

Verwaltungsbericht der Polizeidirektion = Rapport de gestion de la Direction de la Police

Autor(en): **Hofstetter, B. / Schmid, P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1987)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418078>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Polizeidirektion

Direktor: Regierungsrat Dr. B. Hofstetter
Stellvertreter: Regierungsrat P. Schmid

Rapport de gestion de la Direction de la police

Directeur: M. B. Hofstetter, conseiller d'Etat
Suppléant: M. P. Schmid, conseiller d'Etat

1. Einleitung

Vor allem zwei Tätigkeitsbereiche der Polizeidirektion machten im Berichtsjahr Schlagzeilen und boten Anlass zu Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. Es waren dies einerseits der Straf- und Massnahmenvollzug im Zusammenhang mit Unruhen auf dem Thorberg sowie dem Aufenthalt von Walter Stürm in der Bewachungsstation des Inseleospitals, andererseits die Ordnungsdienstesätze der Polizei bei Demonstrationen.

Auf dem Thorberg verursachten einige Rädelsführer mit falschen Behauptungen sowie Forderungen, welche sogar die Amtsenthebung des Direktors verlangten, während mehrerer Monate eine Destabilisierung der ohnehin schon mehr oder weniger labilen Situation. Kaum war auf dem Thorberg wieder Ruhe eingeleitet, wurde Walter Stürm auf Ersuchen der Zürcher Behörden in die Bewachungsstation des Inseleospitals aufgenommen. Damit erhielten die (meist irrationalen) Auseinandersetzungen um den Straf- und Massnahmenvollzug neuen Auftrieb. Solche Ereignisse stellen jeweils eine grosse Belastung für die Vollzugsbehörden dar, deren Auftrag, einen humanen Vollzug im Sinne der Resozialisierung zu praktizieren, schon in normalen Zeiten grösste Anforderungen stellt.

Auch die Polizei sah sich mit delikaten Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit der Pfingstdemonstration in Bern und Mühleberg, konfrontiert. Obwohl diese Kundgebung wegen des schlechten Wetters bei weitem nicht das vorgesehene Ausmass erreichte, musste das Dispositiv auf die Beherrschung schwieriger Situationen bei möglichst grosser Unaufälligkeit ausgerichtet sein.

Andere Tätigkeitsschwerpunkte erweckten kein Aufsehen, erforderten aber nicht weniger Einsatz. Erwähnt seien insbesondere die Anstrengungen

- zur Senkung der Unfallzahlen und Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr. Zu diesem Zweck wurden 1987 zwei Aktionen «Präventivo» durchgeführt, die sich positiv auf die Unfallbilanz ausgewirkt haben, wie es die Unfallstatistiken für 1987 belegen;
- zur Lösung der neuen Aufgaben, welche die Abgaskontrollen mit sich bringen. Dazu wurden dem Expertenbüro vom Grosse Rat zusätzliche Expertenstellen bewilligt;
- zur Bewältigung der Überbelastungssituation im Schutzaufsichtsamt. Zwischen Spätsommer und Ende 1987 wurden eine Problemanalyse vorgenommen und mögliche Massnahmen definiert, in der Absicht, die zu grosse Anzahl Klienten pro Sozialarbeiter zu reduzieren. Dabei wurde es klar, dass der in den Regierungsrichtlinien erwähnte Ausbau der Schutzaufsicht ohne zusätzliches Personal kein quantitativer, sondern ein qualitativer sein muss;
- zum Vollzug des neuen Eherechts. Das Amt für Zivilstands- und Bürgerrechtssachen organisierte Einführungskurse für die Zivilstandsbeamten.

1. Introduction

Au cours de l'exercice, deux domaines relevant de l'activité de la Direction de la police furent l'objet de gros titres et de démêlés dans le public. Il s'agissait d'une part de l'exécution des peines et mesures en raison des troubles survenus à Thorberg et en raison du séjour de Walter Stürm à la division cellulaire de l'Hôpital de l'île et d'autre part des engagements du service d'ordre de la police lors de manifestations.

À Thorberg, quelques meneurs ont contribué pendant plusieurs mois à perturber une situation déjà passablement instable, en répandant des assertions mensongères et en allant jusqu'à exiger que le directeur soit démis de ses fonctions. À peine le calme était-il revenu à Thorberg que Walter Stürm était admis à la division cellulaire de l'Hôpital de l'île sur demande des autorités zurichoises. Les démêlés (le plus souvent irrationnels) au sujet de l'exécution des peines et mesures obtinrent ainsi un regain d'actualité. De tels événements mettent à rude épreuve les autorités d'exécution, dont le mandat, à savoir une exécution des peines humaine allant dans le sens de la resocialisation, exige déjà beaucoup en temps normal.

La police aussi s'est vue confrontée à des tâches délicates, particulièrement lors de la manifestation de Pentecôte à Berne et à Mühleberg. Bien que cette manifestation n'atteignit pas, en raison du mauvais temps, l'importance prévue, le dispositif dut être mis au point en fonction de la maîtrise de situations difficiles, tout en restant aussi discret que possible.

D'autres points forts de l'activité ne produisirent aucun éclat bien qu'ils ne requirèrent pas moins d'engagement. Mentionnons en particulier les efforts entrepris pour:

- Abaisser le nombre des accidents et pour augmenter la sécurité dans le trafic routier. C'est dans ce but qu'en 1987 deux actions «Präventivo» furent organisées; elles eurent une influence positive sur le bilan des accidents, comme le montrent les statistiques de l'année 1987.
- Accomplir les nouvelles tâches qui s'imposent dans le domaine du contrôle des gaz d'échappement. Pour leur faire face, le Grand Conseil a accordé au Bureau des experts des postes supplémentaires.
- Maîtriser la situation de surcharge dans laquelle se trouve l'Office du patronage. Depuis l'arrière-été 1987 et jusqu'à la fin de l'année, une analyse des problèmes fut effectuée et les mesures envisageables furent définies afin de réduire le nombre de clients trop élevé dont chaque travailleur social a la charge. Il est clairement apparu à cette occasion que l'extension de l'Office du patronage prévue dans les lignes directrices du Conseil-exécutif ne peut, sans personnel supplémentaire, pas être de nature quantitative mais doit être de nature qualitative.
- Mettre en application le nouveau droit matrimonial. Le Service de l'état civil et de l'indigénat a organisé des cours d'introduction destinés aux officiers de l'état civil.

Die Polizeidirektion musste im Berichtsjahr, wie übrigens die ganze Staatsverwaltung, eine bedeutende Aufgabe sozusagen in eigener Sache in Angriff nehmen: EFFISTA. Für das Polizeikorps wurde ein Sonderprojekt ins Auge gefasst, das durch eine Firma mit Erfahrungen im polizeilichen Bereich, Team Consult, begleitet wird. 1987 wurde die Voranalyse durchgeführt und das Vorgehen für die Überprüfung des Vertrages mit der Stadt Bern sowie dasjenige für die Hauptuntersuchung des kantonalen Polizeikorps festgelegt. Für die anderen Dienste der Polizeidirektion (ausgenommen die Annexbetriebe) wurde die Voranalyse durch die Firma Häusermann vorgenommen. Diese Projekte verlangten besonders von den Chefbeamten bzw. von den Offizieren der Kantonspolizei einen bedeutenden zusätzlichen Einsatz.

2. **Berichte der einzelnen Ämter und Abteilungen**

2.1 **Direktionssekretariat**

2.1.1 *Sekretariat*

Filmwesen

Der Trend zur Unterteilung bestehender Stadtkinos hält an. 1987 wurden in Bern drei Triplex-Betriebe bewilligt. Das Bundesgericht hat im April die liberale Praxis der Bewilligungsinstanz zu diesen Unterteilungen vollumfänglich geschützt. Sowohl den Eltern als auch den Behörden macht das Gefälle zwischen den öffentlichen und den privaten Filmvorführungen zu schaffen. Während in Kinos eine vergleichsweise restriktive Zutrittsregelung für Kinder und Jugendliche gilt, können mittels Video und Fernsehen immer mehr für Kinder und Jugendliche schädliche Filme, die nicht den Brutalo-Filmen zugeordnet werden müssen, konsumiert werden. Unabhängig davon erfüllt die zuständige Bewilligungsinstanz ihre gesetzliche Aufgabe. Wie im Rahmen der vergangenen Jahre wurde in 81 Fällen das Zutrittsalter für Kinder und Jugendliche zu öffentlichen Filmvorführungen herabgesetzt.

Aussen- und Strassenreklame

Im Berichtsjahr war ein ausserordentlicher Anstieg der Aussenwerbetätigkeit zu verzeichnen. Obschon die Kantonale Reklameverordnung vom 23. April 1986 verschiedene Aussenreklamen nicht mehr erfasst, wurden 2008 neue Reklamen bewilligt (Vorjahr 1767). Während die an Gebäude angebrachten Reklamen von 1134 auf 1052 zurückgingen, stieg die Anzahl freistehender Werbeanlagen auf 206 Einheiten (Vorjahr 120).

Die Zunahme ist hauptsächlich eine Folge der gelockerten Garagevorschriften. Auch die Veranstalter temporärer Anlässe nutzen vermehrt die ihnen neuerdings offenstehenden Reklamemöglichkeiten in Form freistehender Reklamen an den Ortseingängen.

102 Gesuche (81) mussten abgewiesen und 52 (31) unzulässige, ohne Bewilligung angebrachte Reklamen entfernt werden. Gegen Verfügungen der Abteilung erfolgten drei (6) Einsprachen. Eine Beschwerde hatte das Verwaltungsgericht zu entscheiden. 442 (346) Gesuche mussten an Ort und Stelle geprüft werden. In verschiedenen Gemeinden konnten 69 (39) neue Kleinplakatstellen für Vereinsnähe eingerichtet und bewilligt werden. Ausserdem überprüfte die Abteilung 436 Reklamen der Städte Bern, Thun und Biel.

Au cours de l'exercice, la Direction de la police dut, comme d'ailleurs toute l'administration de l'Etat s'atteler une tâche importante pour ainsi dire pro domo: EFFISTA. En ce qui concerne le corps de police, un projet particulier fut envisagé; il fut confié à une firme ayant l'expérience requise dans le domaine policier, Team Consult. En 1987, une analyse préliminaire fut effectuée et la manière de procéder pour le réexamen du contrat avec la Ville de Berne ainsi que celle pour réaliser l'analyse principale du corps de la police cantonale furent arrêtées. En ce qui concerne les autres services de la Direction de la police (à l'exception des établissements annexes), l'analyse préliminaire fut effectuée par la maison Häusermann. Ces projets exigèrent en particulier des fonctionnaires en chef, resp. des officiers, un engagement supplémentaire important.

2. **Rapports des offices et sections**

2.1 **Secrétariat de la Direction**

2.1.1 *Secrétariat*

Service du film

La tendance à subdiviser les cinémas de ville se maintient. Trois cinémas en triplex ont été autorisés en Ville de Berne au cours de l'exercice. Au mois d'avril, le Tribunal fédéral a entièrement soutenu la pratique plus libérale de l'instance délivrant les autorisations pour ces subdivisions.

Aussi bien les parents que les autorités sont préoccupés de la disparité séparant les projections de films en public et en privé. Tandis qu'une réglementation restrictive est appliquée pour les enfants et les adolescents quant à la permission d'assister à des projections de films, un nombre toujours plus grand de cette catégorie de spectateurs consomme, par le biais de la vidéo et de la télévision, des films qui leur sont nuisibles, bien qu'ils ne puissent pas être classés comme films d'horreur. En dépit de cela, l'instance compétente délivrant les autorisations remplit la tâche qui lui est fixée par la loi. L'âge d'accès aux représentations cinématographiques publiques a été abaissé dans 81 cas pour les enfants et adolescents; ce nombre correspond à celui des années précédentes.

Réclame extérieure et routière

Dans le courant de l'exercice, une forte progression a été enregistrée dans le secteur de la réclame extérieure. Bien que l'ordonnance cantonale du 23 avril 1986 sur la réclame ne concerne plus différentes sortes de réclames extérieures, 2008 nouvelles réclames ont été autorisées (1986: 1767). Alors que le nombre des réclames placées contre les bâtiments a reculé de 1134 à 1052, celui des réclames isolées a passé de 120 l'année précédente à 206.

Cette augmentation est due principalement à une libéralisation des dispositions particulières aux garages. Les organisateurs de manifestations temporaires profitent aussi davantage des nouvelles possibilités qui leur sont offertes sous forme de réclames isolées, qui peuvent être placées à l'entrée de la localité où se tient la manifestation.

102 (81) requêtes ont été rejetées et 52 (31) réclames non autorisées ont dû être enlevées. Trois (6) oppositions ont été formulées contre des décisions de notre Service. Le Tribunal administratif a dû prendre une décision au sujet d'un recours. 442 (346) réclames ont été examinées sur place. 69 (39) petits panneaux d'affichage au total ont été à nouveau autorisés et réalisés dans différentes communes pour des manifestations organisées par des sociétés. Notre service a en outre

Die Kantonale Reklamekommission behandelte an sieben Sitzungstagen 65 (84) Sonderfälle nach Vornahme der notwendigen Besichtigungen.

Passbüro

Keine besonderen Vorkommnisse.

Rechnungswesen

Keine besonderen Vorkommnisse.

Hausier- und Wandergewerbe

Gestützt auf die entsprechenden Bestimmungen des bernischen Gewerbegesetzes vom 4. Mai 1969 wurden folgende Patente erteilt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Kurzfristige Verkaufspatente	2386	(2490)
Hausierpatente	273	(246)
Ambulanter Ankauf von Waren	24	(23)
Gewerbepatente	78	(76)
Veranstalterpatente	1685	(1720)
Wanderlagerpatente	35	(37)
Betriebspatente für Verkaufswagen	72	(69)

Privatdetekteien, Bestattungsunternehmen, Ehevermittler

Gestützt auf die entsprechenden Verordnungen vom 5. Januar 1972 wurden zur Ausübung obgenannter Gewerbe folgende Berufsausübungsbewilligungen erteilt bzw. erneuert (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Privatdetekteien und Auskunfteien	9	(21)
Bestattungs- und Leichenbitterunternehmen	13	(118)
Ehevermittlungen	1	(11)

Waffenhandel

Gemäss den Vorschriften des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial, der Verordnung vom 10. Januar 1973/8. Februar 1978 über das Kriegsmaterial, des interkantonalen Konkordates vom 27. März 1969 über den Handel mit Waffen und Munition sowie der bernischen Vollziehungsverordnung vom 28. Februar 1961/12. Dezember 1973 wurden erteilt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Waffen- und Munitionshändlerpatente	3	(4)
Bewilligungen zum Erwerb von Serief Feuerwaffen (sog. Sammlerbewilligungen)	119	(81)
Bewilligungen zum Verkauf von Serief Feuerwaffen	21	(29)

Sprengstoffhandel und pyrotechnische Gegenstände

Gestützt auf das Eidgenössische Sprengstoffgesetz vom 25. März 1977, die Eidgenössische Sprengstoffverordnung vom 26. März 1980 sowie die bernische Verordnung vom 2. September 1980 zum Sprengstoffgesetz wurden im Berichtsjahr erteilt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Bewilligungen für den Verkauf pyrotechnischer Gegenstände zu industriellen, technischen oder landwirtschaftlichen Zwecken	1	(2)
Bewilligungen für den Verkauf pyrotechnischer Gegenstände zu Vergnügungszwecken, wie Feuerwerkskörper (1.-August-Artikel)	34	(32)

vérifié 436 réclames autorisées par les villes de Berne, Thoune et Bienne.

Au cours de sept séances, la Commission cantonale de la réclame a examiné 65 (84) cas spéciaux après avoir procédé à l'inspection d'usage.

Bureau des passeports

Rien à signaler.

Comptabilité

Rien à signaler.

Colportage et industries ambulantes

En vertu des prescriptions correspondantes de la loi cantonale du 4 mai 1969 sur l'industrie, les patentes suivantes ont été délivrées (chiffres de 1986 entre parenthèses):

Patentes de vente à validité limitée	2386	(2490)
Patentes de colportage	273	(246)
Achats ambulants de marchandises	24	(23)
Patentes d'industrie	78	(76)
Patentes pour spectacles et exhibitions	1685	(1720)
Patentes de déballage	35	(37)
Patentes d'exploitation pour camions de vente	72	(69)

Agences privées de détectives, entreprises de pompes funèbres, agences matrimoniales

En vertu des ordonnances correspondantes du 5 janvier 1972, les autorisations suivantes ont été octroyées ou renouvelées pour les professions susmentionnées (chiffres de 1986 entre parenthèses):

Autorisations de gérer une agence privée de détectives et de recherches	9	(21)
Autorisations de gérer une entreprise de pompes funèbres et de veilles des morts	13	(118)
Autorisations de gérer une agence matrimoniale	1	(11)

Commerces d'armes

Conformément aux prescriptions de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre, de l'ordonnance du 10 janvier 1973/8 février 1978 sur le matériel de guerre et du concordat intercantonal du 27 mars 1969 sur le commerce des armes et des munitions ainsi que de l'ordonnance d'exécution du 28 février 1961/12 décembre 1973, il a été octroyé (chiffres de 1986 entre parenthèses):

Patentes d'armurier	3	(4)
Autorisations d'achat d'armes automatiques (autorisations de collectionneurs)	119	(81)
Autorisations de vente d'armes automatiques	21	(29)

Commerces d'explosifs et d'engins pyrotechniques

En vertu de la loi fédérale du 25 mars 1977 sur les explosifs, de l'ordonnance fédérale du 26 mars 1980 sur les explosifs ainsi que de l'ordonnance bernoise du 2 septembre 1980 relative à la loi fédérale sur les explosifs, il a été octroyé (chiffres de 1986 entre parenthèses):

Autorisations de vendre des engins pyrotechniques destinés à des fins industrielles, techniques ou agricoles	1	(2)
Autorisations de vendre des engins pyrotechniques destinés au divertissement, comme les pièces d'artifice du 1 ^{er} août	34	(32)

Lotterien, Tombolas und Lottos

Im Berichtsjahr bewilligte die Direktion folgende Lotterien mit einer Emissionssumme von über 50 000 Franken:

	Fr.
Berner Theaterverein Bern	135 000.–
OK Schweizerische Marathonmeisterschaft, Meiringen	60 000.–
OK 46. Berner Kantonalturnfest Biel 1987 (1. Tranche)	100 000.–
OK 46. Berner Kantonalturnfest Biel 1987 (2. Tranche)	100 000.–
OK Spitalbasar 1987, Meiringen	100 000.–
Musikgesellschaft Sutz-Lattrigen, Sutz	75 000.–
Interessengemeinschaft für das Kornhaus-Quartier, Burgdorf	75 000.–
Theaterverein Biel	90 000.–
OK Dorrfest 1987, Langenthal	100 000.–
OK 32. Bernisch-Kantonales Jodlerfest 1988, Ostermundigen	250 000.–
Verein Unteremmentalischer Bienenfreunde, Burgdorf	60 000.–
Harmoniemusik der Stadt Burgdorf	100 000.–
Harmonie Ittigen-Papiermühle, Ittigen	90 000.–
OK Seeländisches Schwingfest 1988, Baggwil	70 000.–
Unteroffiziersverein der Stadt Bern	100 000.–
OK 11. Eidgenössisches Jugendmusikfest 1988, Interlaken	100 000.–
OK 28. Eidgenössisches Hornusserfest 1988, Kappelen	100 000.–
Stadtmusik Thun	60 000.–
Fussballclub Minerva, Bern	150 000.–
Verein für das Thuner Seenachtfest, Thun	100 000.–
Freier Kegler-Verband des Kantons Bern, Bern	100 000.–
OK «Schweiz. Polizei-Matchmeisterschaften 1988 in Bern», Bern	100 000.–
Verein für das regionale Altersheim, Lotzwil	75 000.–
Vereinigung zur Förderung des Jugendsports in der Stadt Bern	300 000.–
Musikgesellschaft Safnern	75 000.–
Arbeiterschützen Bümpliz, Bern	100 000.–
Stadtmusik Biel	100 000.–
Verkehrsverein Kandersteg	80 000.–
Ornithologischer Verein Belp	100 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 294, Serie P	1 150 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 295, Serie Q	1 250 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 296, Serie R	1 150 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 297, Serie S	1 150 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 298, Serie T	1 200 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 299, Serie U	1 150 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 300, Serie V	1 250 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 301, Serie W	1 150 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 302, Serie X	1 250 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, Emission 303, Serie Y	350 000.–

Sie erteilte zudem drei Tombola-Bewilligungen mit einer Lossumme von über 50 000 Franken.

Es wurden überdies bewilligt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

	Fr.
252 (233) Kleinlotterien	mit einer Emissionssumme bis zu 50 000.–
2508 (2591) Tombolas	mit einer Emissionssumme bis zu 50 000.–
1277 (1351) Lottos	

Lotteriefonds

Die mit der Schaffung einer neuen Sachbearbeiterstelle für den Bereich des Lotteriefonds gemachten Erfahrungen waren auch im Berichtsjahr positiv. Der Verwaltungsaufwand für die Bearbeitung der annähernd 400 Gesuche war – wie sich herausstellte – allerdings ausserordentlich hoch und mit einer Halbtagsstelle, die im Verlaufe des Jahres in eine 100-Prozent-Stelle umgewandelt werden musste, nicht mehr länger zu bewältigen.

Bei der Weiterbildung der Beitragspraxis kam dem Jahr 1987 mit Hinblick auf die zu treffende gesetzliche Regelung über die Verwendung von Lotteriegeldern grosse Bedeutung zu. Ohne Berücksichtigung und Verwertung der mit der neu geordneten Sachbearbeitung erst seit eineinhalb Jahren gemachten Erfahrungen war an eine Inangriffnahme von Gesetzgebungsarbeiten nicht zu denken. Darüber hinaus benötigte die Erstellung des durch den Regierungsrat in Auftrag gegebenen Gutach-

Loteries, tombolas et lotos

Au cours de l'exercice, la Direction a autorisé les loteries suivantes dont la valeur d'émission dépassait 50 000 francs:

	Fr.
Berner Theaterverein Bern	135 000.–
OK Schweizerische Marathonmeisterschaft, Meiringen	60 000.–
OK 46. Berner Kantonalturnfest Biel 1987 (1 ^{re} tranche)	100 000.–
OK 46. Berner Kantonalturnfest Biel 1987 (2 ^e tranche)	100 000.–
OK Spitalbasar 1987, Meiringen	100 000.–
Musikgesellschaft Sutz-Lattrigen, Sutz	75 000.–
Interessengemeinschaft für das Kornhaus-Quartier, Burgdorf	75 000.–
Theaterverein Biel	90 000.–
OK Dorrfest 1987, Langenthal	100 000.–
OK 32. Bernisch-Kantonales Jodlerfest 1988, Ostermundigen	250 000.–
Verein Unteremmentalischer Bienenfreunde, Burgdorf	60 000.–
Harmoniemusik der Stadt Burgdorf	100 000.–
Harmonie Ittigen-Papiermühle, Ittigen	90 000.–
OK Seeländisches Schwingfest 1988, Baggwil	70 000.–
Unteroffiziersverein der Stadt Bern	100 000.–
OK 11. Eidgenössisches Jugendmusikfest 1988, Interlaken	100 000.–
OK 28. Eidgenössisches Hornusserfest 1988, Kappelen	100 000.–
Stadtmusik Thun	60 000.–
Fussballclub Minerva, Bern	150 000.–
Verein für das Thuner Seenachtfest, Thun	100 000.–
Freier Kegler-Verband des Kantons Bern, Bern	100 000.–
OK «Schweiz. Polizei-Matchmeisterschaften 1988 in Bern», Bern	100 000.–
Verein für das regionale Altersheim, Lotzwil	75 000.–
Vereinigung zur Förderung des Jugendsports in der Stadt Bern	300 000.–
Musikgesellschaft Safnern	75 000.–
Arbeiterschützen Bümpliz, Bern	100 000.–
Stadtmusik Biel	100 000.–
Verkehrsverein Kandersteg	80 000.–
Ornithologischer Verein Belp	100 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 294, série P	1 150 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 295, série Q	1 250 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 296, série R	1 150 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 297, série S	1 150 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 298, série T	1 200 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 299, série U	1 150 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 300, série V	1 250 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 301, série W	1 150 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 302, série X	1 250 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, émission 303, série Y	350 000.–

Trois tombolas dont la valeur d'émission dépassait 50 000 francs ont été en outre autorisées.

Ont en outre été autorisés (chiffres de 1986 entre parenthèses):

	Fr.
252 (233) petites loteries avec une valeur d'émission ne dépassant pas	50 000.–
2508 (2591) tombolas avec une valeur d'émission ne dépassant pas	50 000.–
1277 (1351) lotos	

Fonds de loterie

Le poste créé pour le spécialiste du Fonds de loterie a donné à nouveau de bons résultats. Le traitement des demandes d'allocation de subventions, dont le nombre a été approximativement de 400, a nécessité un travail administratif considérable qui ne pouvait plus être liquidé par un fonctionnaire employé à mi-temps, c'est la raison pour laquelle cette place de travail a été convertie, au cours de l'année, en un poste à plein temps.

L'année 1987 a revêtu une importance particulière quant au perfectionnement de la pratique en matière d'allocation de subventions en vue de l'élaboration de la réglementation légale déterminant l'affectation des recettes de loterie. Il était impensable d'entreprendre les travaux concernant la législation sans tenir compte et sans tirer les enseignements des expériences faites par la nouvelle organisation de ce service qui ne date que d'une année et demie. En plus, la préparation du rapport

tens betreffend die Struktur des Lotteriewesens wesentlich mehr Zeit, als man bei Erlass der geltenden provisorischen Verordnung und bei Festlegung ihrer Geltungsdauer angenommen hatte. Aus diesen Gründen wird die ursprünglich auf den 1. Januar 1990 vorgesehene Inkraftsetzung von definitiven Vorschriften nicht möglich sein und sich um ein Jahr verzögern. Es darf jedoch festgehalten werden, dass die genannte Verordnung eine genügende und durchaus praktikable Handhabe für die Bearbeitung der betreffenden Beitragsgesuche darstellt.

Der dem Kanton 1987 zur Verfügung stehende *Gewinnanteil* (pro 1986) betrug 11448 339.70 Franken* (876 320 Fr. aus der SEVA-Loterie und 10 572 019.70 Fr. aus dem Schweizer Zahlenlotto).

Im Berichtsjahr wurden durch den Grossen Rat und den Regierungsrat für folgende Zwecke Beiträge bewilligt:

	Fr.
Erhaltung von Kunstaltertümern	6 597 400.–
Kulturbeiträge	3 210 800.–
Heimat-, Natur-, Uferschutz	2 213 000.–
Verkehrswerbung und Förderung des Fremdenverkehrs	1 562 550.–
Kunst und Wissenschaft	741 718.–
Förderung der Volksgesundheit	434 930.–
Gemeinnützige und wohltätige Institutionen und Vereine	3 592 382.65
Total	18 352 780.65*

Die folgenden Geschäfte wurden dabei vom Grossen Rat genehmigt:

	Fr.
Naturschutzgebiet Fanel bei Witzwil	300 000.–
Nordrampe-Höheweg BLS Ramslauenen-Kandersteg	220 000.–
St. Petersinsel, Erhaltung der vorhandenen Kulturgüter	350 000.–
Schlossscheune Münsingen	160 000.–
Stiftung Bernisches Hilfswerk	500 000.–
Überlieferungs- und Rettungskonzept prähistorischer Ufersiedlungen Bielersee	85 000.–
Truppenunterkunft/Mehrzweckgebäude Gadmen	150 000.–
Münsterplattform-Stützmauer Bern	100 000.–
Vivarium Tierpark Dählhölzli	500 000.–
Münster Bern, Restaurierungsarbeiten 1983–1990	1 200 000.–
Stiftung Mühle, Langenthal	600 000.–
Schweizerische Bibliothek für Blinde und Sehbehinderte, Zürich	610 035.–
Stiftung Reine Berthe, Saint-Imier	1 000 000.–
Schloss Jegenstorf, Waschhaus	297 900.–
Bonstettengut Gwatt	350 000.–
Kleintheater «Alte Oele», Thun	235 000.–
Stiftung «Giessbach dem Schweizervolk»	1 020 000.–
Genossenschaft KIO und BAND, Bauvorhaben Bern-Bethlehem	220 000.–
Stiftung Kornhaus, Burgdorf	1 000 000.–
Stiftung Schweizerisches Freilichtmuseum Ballenberg,	
Bauernhaus «Grosstannen» von Eggwil	328 000.–
Hilfe an Unwettergeschädigte des Jahres 1987	500 000.–

* Der Umstand, dass die «Ausgaben» die «Einnahmen» übersteigen, erklärt sich dadurch, dass an sich beschlossene Beiträge zum Teil auf mehrere Jahre verteilt gestaffelt zur Auszahlung gelangen.

2.1.2 Rechtsabteilung

Die Rechtsabteilung behandelte 42 Beschwerden gegen Entschiede der Regierungsstatthalter und der Abteilungen der Polizeidirektion. Es handelte sich vorwiegend um Beschwerden in fremdenpolizeilichen, strafvollzugsrechtlichen sowie verkehrsrechtlichen Angelegenheiten. Die Abteilung erliess insgesamt 184 Verfügungen. Weitere Geschäfte der Rechts-

ordonnée par le Conseil-exécutif au sujet de la structure de la loterie a nécessité beaucoup plus de temps que prévu au moment de la promulgation de l'ordonnance provisoire en vigueur et de la détermination de la durée de sa validité. Pour ces motifs, l'entrée en vigueur des prescriptions définitives, qui avait été fixée à l'origine pour le 1^{er} janvier 1990, ne sera pas possible et doit être différée d'une année. Il faut toutefois préciser que ladite ordonnance représente une base suffisante qui peut être entièrement appliquée pour le traitement des demandes d'allocation de subventions.

La *part du bénéfice* (pour 1986) mise à la disposition du canton pour l'année 1987 s'est élevée à 11448 339 francs 70* (876 320 fr. de la loterie SEVA et 10 572 019 fr. 70 de la Loterie suisse à numéros).

Au cours de l'exercice, le Grand Conseil et le Conseil-exécutif ont octroyé des subventions pour les buts mentionnés ci-après:

	Fr.
Conservation des objets d'art	6 597 400.–
Subventions culturelles	3 210 800.–
Protection du Patrimoine, de la nature et des rives	2 213 000.–
Promotion du tourisme et des transports publics	1 562 550.–
Beaux-arts et sciences	741 718.–
Aide à la santé publique	434 930.–
Institutions et associations poursuivant des buts d'utilité publique et de bienfaisance	3 592 382.65
Total	18 352 780.65*

A cette occasion, les affaires suivantes ont été approuvées par le Grand Conseil:

	Fr.
Réserve naturelle du Fanel près de Witzwil	300 000.–
Chemin de montagne de la rampe nord BLS Ramslauenen-Kandersteg	220 000.–
Ile Saint-Pierre, sauvegarde des biens culturels	350 000.–
Grange du château de Münsingen	160 000.–
Fondation «Œuvre bernoise de secours»	500 000.–
Lac de Biemme, sauvegarde des stations littorales préhistoriques	85 000.–
Gadmen, cantonnement/bâtiment polyvalent	150 000.–
Mur de soutènement de la plate-forme de la cathédrale de Berne	100 000.–
Vivarium du parc zoologique du Dählhölzli	500 000.–
Cathédrale de Berne, travaux de restauration effectués de 1983–1990	1 200 000.–
Fondation «Mühle Langenthal»	600 000.–
Bibliothèque suisse pour les aveugles et les faibles de vue, Zurich	610 035.–
Fondation de la Reine Berthe, Saint-Imier	1 000 000.–
Buanderie du château de Jegenstorf	297 900.–
Bonstettengut Gwatt	350 000.–
Théâtre de poche «Alte Oele», Thoune	235 000.–
Fondation «Le Giessbach au peuple suisse»	1 020 000.–
Coopératives «OMI» et du «LIEN», projet de construction à Berne-Bethlehem	220 000.–
Fondation de la Grenette de Berthoud	1 000 000.–
Fondation du Musée suisse de l'habitat rural du Ballenberg, maison rurale «Grosstannen» d'Eggwil	328 000.–
Aide aux victimes des intempéries de 1987	500 000.–

* Le fait que les «dépenses» dépassent les «recettes» est dû au fait que le versement de certaines subventions peut s'échelonner sur plusieurs années.

2.1.2 Service juridique

Le Service juridique a traité 42 recours contre des décisions prises par des préfets et des services de la Direction de la police. Ils concernaient en majorité des affaires relevant de la police des étrangers ainsi que du droit en matière d'exécution des peines et de la circulation. Il a pris 184 décisions et traité les affaires concernant les directives données aux préfetures et

abteilung betrafen Richtlinien an die Regierungsstatthalterämter und Ortspolizeibehörden für die Ausstellung von Identitätskarten.

Die Rechtsabteilung veranstaltete im Berichtsjahr zwei Konferenzen über die polizeirechtlichen Probleme für die Mitarbeiter von Regierungsstatthalterämtern und Polizei-Inspektoraten. Im Februar in Courtelary in französischer Sprache und im November in Interlaken in deutscher Sprache. An den Veranstaltungen nahmen 100 Beamte (unter ihnen 15 Regierungsstatthalter) teil.

Im Berichtsjahr erliess die Abteilung ein Musterreglement über Hundehaltung und Hundetaxe. Das Reglement wurde unter Mitwirkung der Fachverbände (Schweizerische Kynologische Gesellschaft, Interessengemeinschaft Kynologischer Organisationen, Tierschutzvereine, Polizei-Inspektoren usw.) erarbeitet. Unter dem Eindruck der parlamentarischen Vorstösse bezüglich Verbot von motorsportlichen Veranstaltungen wurden auf diesem Gebiet keine neue Bewilligungen mehr erteilt, sondern nur noch die bisherigen Bewilligungen erneuert. Eine kantonale Arbeitsgruppe bereitete unter der Leitung der Rechtsabteilung die Totalrevision des Ortspolizeidekretes aus dem Jahre 1920 vor.

Schwierigkeiten ergaben sich bei der Anwendung des abgeänderten Dekrets über die Besteuerung von Motorfahrzeugen. Die Bestimmung, wonach Fahrzeuge, welche zwischen dem 1. Januar und 30. September 1987 neu in Verkehr gesetzt werden, ohne den erst ab 1. Oktober 1987 obligatorischen US-83-Abgasnormen zu entsprechen, mit einer um 25 Prozent erhöhten Steuer belegt werden, gab Anlass zu weit über einem Dutzend Beschwerden. Ein rechtskräftiger Entscheid höherer Instanz (Verwaltungsgericht) steht zurzeit noch aus. Die Rechtsabteilung übernahm innerhalb der Polizeidirektion ferner die Federführung bei der Erarbeitung einer Lösung für die Feuerwehr- und Rettungsdienste auf der Nationalstrasse N8 am linken Brienerseeufer. Nebst zahlreichen Verhandlungen mit Gemeindevertretern, Fachleuten und Vertretern des Bundesamtes für Strassenbau (Bundessubventionen) waren zwei umfangreiche Grossratsbeschlüsse samt Vorträgen zu erarbeiten und Verträge mit den Gemeinden Interlaken und Brienz auszuarbeiten.

In Anwendung von Artikel 45 des Gemeindegesetzes wurden 37 Gemeindereglemente genehmigt.

2.1.3 Gefängnisinspektorat

Die interkantonale Zusammenarbeit im Vollzugsbereich

Die Konkordatskonferenz über die Planung im Strafvollzugswesen der elf Kantone der Nordwest- und Innerschweiz beschloss 1987 neue Richtlinien über die Urlaubsgewährung, gültig ab 1. Mai 1988. Diese bringen für die halboffenen Anstalten (Kanton Bern: Witzwil und Hindelbank) die Möglichkeit der Gewährung von Beziehungsurlauben nach Erstehung eines Viertels der Strafe (bisher Drittel) und für die geschlossenen Anstalten eine flexiblere Handhabung des Beziehungsurlaubes. Die Konkordatskonferenz lehnte einen Antrag des bernischen Polizeidirektors, der die kurzfristige Einführung kosten deckender Kostgelder verlangte, ab, stimmte jedoch einer massvollen Erhöhung der Kostgeldansätze für die Erwachsenenanstalten von 3 bis 15 Prozent je nach Kategorie zu. Auf Antrag der Arbeitsgruppe Bestand wie des Sekretariates hielt sie ferner an der Weigerung zur Abgabe von sterilen Spritzen im gesamten und von Methadon im mittel- und langfristigen Vollzug konsequent fest. Mit Bestandesproblemen hatte sich die Konferenz nicht speziell zu befassen, ergaben sich doch bei durchschnittlich hohen Beständen im Männervollzug keine und im Frauenvollzug rückläufige Wartelisten. Die interkantonale Zusammenarbeit auf der Ebene der Konkordatskonferenz der Nordwest- und Innerschweiz, der Subkonferenzen der Gefäng-

aux autorités de police locale pour l'établissement des cartes d'identité.

Il a organisé deux conférences sur les problèmes du droit de police pour les préfetures et les inspections de police. Ces conférences ont été tenues en français à Courtelary au mois de février et en allemand à Interlaken au mois de novembre. 100 fonctionnaires, dont 15 préfets, y ont assisté.

Il a édicté le règlement-modèle concernant la garde de chiens et la taxe sur les chiens; ce règlement a été élaboré en collaboration avec les associations spécialisées (Société cynologique suisse, Communauté d'intérêts des organisations cynologiques, sociétés de protection des animaux, inspecteurs de police, etc.). Suite à des interventions parlementaires concernant l'interdiction des manifestations de sport automobile, aucune nouvelle autorisation n'a été délivrée dans ce domaine, seules les anciennes autorisations ayant été renouvelées. Un groupe de travail cantonal prépare, sous la direction du Service juridique, la révision totale du décret sur la police locale, datant de 1920.

L'application du décret modifié sur l'imposition des véhicules routiers a causé des difficultés. Plus de douze recours ont été déposés au sujet de la prescription selon laquelle l'imposition est augmentée de 25 pour-cent pour les véhicules mis en circulation entre le 1^{er} janvier et le 30 septembre 1987 s'ils ne répondent pas aux normes 83 en vigueur aux Etats-Unis, qui ne sont obligatoires qu'à partir du 1^{er} octobre 1987. Une décision ayant force exécutoire à prendre par l'instance supérieure qu'est le Tribunal administratif est en suspens.

Le Service juridique a été chargé au sein de la Direction de la police, de trouver une solution pour le service de défense contre le feu et de sauvetage sur la route nationale N8 située sur la rive gauche du lac de Brienz. Outre les nombreux pourparlers avec les représentants des communes, les spécialistes et les représentants de l'Office fédéral des routes (subventions fédérales), il a fallu élaborer deux arrêtés du Grand Conseil étayés de rapports et rédiger les contrats qui ont dû être conclus avec les communes d'Interlaken et de Brienz.

En application de l'article 45 de la loi sur les communes, 37 règlements communaux ont été approuvés.

2.1.3 Inspection des prisons

La coopération intercantonale dans l'exécution des peines

Au cours de l'exercice, la conférence concordataire sur la planification de l'exécution des peines et mesures des onze cantons du nord-ouest et de Suisse centrale a adopté des directives concernant l'octroi de congé qui seront valables à partir du 1^{er} mai 1988. Les établissements semi-ouverts (Witzwil et Hindelbank pour le canton de Berne) ont ainsi la possibilité d'accorder des congés pour entretenir les liens avec le monde extérieur après exécution du quart de la peine (un tiers jusqu'à maintenant), tandis que les établissements fermés peuvent appliquer un système plus flexible dans ce domaine. La conférence concordataire a rejeté une proposition du directeur de la police du canton de Berne demandant l'introduction à court terme des prix de pension couvrant les frais dans le cadre de l'exécution des peines et des mesures; elle a par contre approuvé une augmentation raisonnable des taux de prix de pension de 3 à 15 pour-cent selon les catégories. Sur proposition du groupe de travail s'occupant des effectifs et du secrétariat, la conférence a maintenu son refus concernant la distribution de seringues stériles en général et de méthadone à moyen et à long terme dans le cadre de l'exécution. Aucun problème particulier ne s'est présenté dans le domaine des effectifs; aucune liste d'attente n'a été nécessaire pour l'exé-

nis- und Anstaltsleiter und der Einweisungs- und Vollzugsbeamten, der Arbeitsgruppe Bestand und des Dreiersekretariates war weiterhin ausgesprochen gut und recht wirkungsvoll.

Die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen

Die Aufgabe des Straf- und Massnahmenvollzuges wird immer komplexer; die Vollzugsinstitutionen für Jugendliche und Erwachsene entwickeln sich mehr und mehr in Richtung Klinik, um mit den Problemen der geisteskranken und psychisch abnormen Straftäter, der alkohol- und rauschgiftsüchtigen, der an AIDS manifest erkrankten wie der selbstmordgefährdeten Eingewiesenen fertig zu werden. Das Betreuungs- und Behandlungsangebot muss geändert und verstärkt werden, Betriebs- und Vollzugskonzepte bedürfen der Überprüfung und selbst neuere Vollzugseinrichtungen müssen baulich/betrieblich ständig angepasst werden. Im Augenblick verfügt der Staat nicht über die finanziellen und personellen Mittel, die für eine kurz- bis mittelfristige Abdeckung aller Bedürfnisse aus dem Vollzugsbereich notwendig wären. Er ist deshalb dankbar dafür, dass sich private Organisationen zur Verfügung stellen und mithelfen, die an sich staatliche Vollzugsaufgabe zu erfüllen. Auch im Berichtsjahr ergab sich eine erfreuliche Zusammenarbeit mit einer grossen Zahl von privaten Heilstätten, therapeutischen Wohngemeinschaften, Übergangsheimen wie auch mit verschiedenen Betreuungsorganisationen. Besonders intensiv war diese mit dem Bernischen Verein für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge BeVGe, der in Bern/Felsenau ein Wohnheim und in Bern/Stadt eine Beratungsstelle führt und damit einen wesentlichen Beitrag an die Vollzugsaufgabe leistet.

Aus der Arbeit der Aufsichtskommissionen

Die Aufsichtskommissionen erfüllen heute zwei wesentliche Aufgaben. Sie unterstützen den Gefängnisinspektor in der Ausübung seiner Aufsichtspflicht und beraten die Heim- und Anstaltsleitungen und die Polizeidirektion in konzeptionellen, betrieblichen und personellen Belangen. Die Aufsichtskommissionen werden deshalb nicht mehr nach politischen, sondern nach fachlichen Überlegungen zusammengesetzt.

Die Aufsichtskommission über die Erwachsenenanstalten wurde im Berichtsjahr um zwei Mitglieder – einen zweiten Vertreter aus dem Berner Jura und eine dritte Frau – erweitert. Ihre vier Delegationen setzten sich vor allem mit folgenden Problembereichen auseinander: Betriebs- und Vollzugskonzepte, Hausordnungen, ärztliche und psychiatrische Dienste, baulich-betriebliche Teil- und Gesamtsanierungen, Personal. Die Delegation Thorberg untersuchte eine Petition von über hundert Eingewiesenen; die Delegation St. Johanssen wurde ins Verfahren um die Wahl des neuen Anstaltsleiters miteinbezogen. Ein Einzelmitglied führte ein Disziplinarverfahren gegen eine Mitarbeiterin der Anstalten Hindelbank durch. Die Gesamtkommission befasste sich an ihrer Jahressitzung u. a. mit dem Verhältnis Bund/Kanton im Vollzug.

Die Aufsichtskommission über das Jugendheim Prêles befasste sich auch 1987 intensiv und im Detail mit dem Heimgeschehen und den aufgetretenen Problemen. Sie verfolgte vor allem die Entwicklung im Bestand und diskutierte Bedürfnisse und Möglichkeiten für eine Erweiterung des Aufgabenbereichs. Sie setzte sich aber auch besonders mit der Flüchtlingsproblematik auseinander.

cution des peines des hommes, bien que les effectifs aient été généralement élevés; ces listes ont diminué pour l'exécution des peines des femmes. La coopération intercantonale dans le cadre de la conférence concordataire des cantons du nord-ouest et de Suisse centrale, des sous-conférences des directeurs de prisons et d'établissements pénitentiaires et des fonctionnaires chargés du placement et de l'exécution, du groupe de travail s'occupant des effectifs et du secrétariat est restée excellente et fructueuse.

La coopération avec les organisations privées

Les tâches liées à l'exécution des peines et des mesures deviennent de plus en plus complexes; les institutions chargées de l'exécution pour les adolescents et les adultes s'orientent de plus en plus vers une activité clinique, ceci afin de maîtriser les problèmes posés par les délinquants qui sont des malades mentaux et psychiquement déséquilibrés, les alcooliques et les toxicomanes, les malades du SIDA et les candidats au suicide. L'offre dans le secteur de l'assistance et du traitement doit être modifiée, les concepts d'exploitation et d'exécution doivent être réexaminés et même les établissements d'exécution récents doivent être constamment adaptés au niveau de la construction et de l'exploitation. Actuellement, l'Etat ne dispose pas des moyens nécessaires au niveau des finances et du personnel pour couvrir tous les besoins à court et à moyen terme dans le domaine de l'exécution. Aussi est-il reconnaissant aux organisations privées qui se mettent à disposition et l'aident à remplir les tâches qui lui incombent en fait en matière d'exécution. Une collaboration fructueuse a de nouveau été établie au cours de l'exercice avec un nombre important d'institutions privées, telles que des stations thérapeutiques, des groupes d'habitation thérapeutiques, des établissements de semi-liberté et différentes organisations s'occupant de l'assistance. Cette collaboration a été particulièrement intensive avec le «Bernischer Verein für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge», qui dispose d'un home d'habitation à Berne/Felsenau ainsi que d'un service de consultation et ville de Berne contribuant ainsi grandement à alléger les tâches de l'exécution.

Activité des commissions de surveillance

De nos jours, les commissions de surveillance remplissent deux tâches essentielles. Elles soutiennent l'inspecteur des prisons dans l'exercice de son obligation de surveillance et conseillent les directions des foyers et des établissements ainsi que la Direction de la police dans les domaines structurel, personnel et de l'exploitation. C'est pourquoi la désignation des commissions de surveillance doit répondre non plus à des critères politiques mais professionnels.

La commission de surveillance des établissements pour adultes compte deux membres de plus, soit un second représentant du Jura bernois et une troisième femme. Les quatre délégations se sont occupées en particulier des problèmes touchant les domaines suivants: les concepts d'exploitation et d'exécution, les règlements intérieurs, les services médicaux et psychiatriques, les rénovations partielles et globales dans les secteurs des constructions et des exploitations, le personnel. La délégation de surveillance de Thorberg a examiné une pétition déposée par plus de cent détenus; la délégation de surveillance de Saint-Jean a pu s'exprimer au cours de la procédure de nomination du nouveau directeur de cet établissement. Un membre a ouvert une procédure disciplinaire envers une collaboratrice des établissements de Hindelbank. Au cours de son assemblée annuelle, le plenum de la Commission s'est occupé, entre autres, des rapports Confédération/canton dans l'exécution des peines.

La Commission de surveillance du foyer pour jeunes de Prêles s'est occupée en détail de son activité et de ses problèmes. Elle a suivi en particulier le développement des effectifs et a

Die Aufsichtskommission über das Jugendheim Lory wurde im Berichtsjahr mit einem Vertreter der Versorgerbehörden ergänzt. Sie nahm die rückläufige Bestandesentwicklung zur Kenntnis und diskutierte mögliche Erweiterungen von Auftrag und Angebot; sie setzte sich aber auch mit der finanziellen Seite und der Kostgelpolitik auseinander.

Heim- und Anstaltspersonal

Die Arbeitszeitreduktion auf 42 Wochenstunden konnte im Betreuungs- und Aufsichtsbereich nur zum Teil durch die Schaffung neuer Stellen aufgefangen werden; in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Freizeit, Versorgung und Verwaltung erfolgte überhaupt kein Ausgleich. Durch strukturelle und organisatorische Massnahmen in den Vollzugsbetrieben liess sich im Rahmen des 24-Stunden-Betriebes nur eine geringe Rationalisierung erzielen. Mehr Effekt brachte die Einführung eines neuen Stellenbewirtschaftungssystems, das trotz einer unverhältnismässig grossen Zahl von Mutationen eine hundertprozentige Ausnützung der bewilligten Stellen erlaubt. Die Belastung des Heim- und Anstaltspersonals nahm zu; es mussten vermehrt Überstunden geleistet werden. Die Folgen blieben nicht aus. Einerseits mussten vermehrt krankheitsbedingte Ausfälle in Kauf genommen werden; andererseits konnte die notwendige Aus- und Weiterbildung des Vollzugspersonals nicht im gewünschten Ausmass angeboten werden. Geschaffen wurde auf Ende des Berichtsjahres ein zweitägiger Einführungskurs, den alle neueingetretenen Mitarbeiter obligatorisch zu besuchen haben; dieser beinhaltet neben Informationen über die Organisation des Straf- und Massnahmenvollzuges und Heim- und Anstaltswesens und die Rechte und Pflichten des Beamten auch eine Konfrontation mit der Person des Eingewiesenen, seinen Problemen und seinen Bedürfnissen.

2.1.4 *Anstalten und Jugendheime*

Strafanstalt Thorberg

Eingewiesene

Der Bestand der Eingewiesenen blieb mit 204 Eintritten und 202 Austritten praktisch unverändert und betrug am Jahresende 198 (Vorjahr 196), davon 102 (75) Schweizer und 96 (121) Ausländer aus 19 (23) Ländern. Die Neueintritte wiesen folgende Hauptdelikte auf: 37 Vergehen gegen Leib und Leben, 8 Vergehen gegen die Sittlichkeit, 49 Vermögensdelikte, 63 Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz und 47 andere. Die Halfreiheit in Übergangsheimen wurde 12 (19) Männern gewährt, von denen 3 (6) scheiterten und in den Strafvollzug zurückgeführt werden mussten.

Bei total 410 (419) Urlauben wurde in 19 (17) Fällen eine Flucht oder massiv verspätete Rückkehr festgestellt, was 4,6 Prozent (4,05%) entspricht. Von 44 (41) Entweichungen erfolgten 19 (17) ab Urlaub, 22 (19) ab Aussenarbeit, 1 (2) ab Transport oder Klinik und 2 (3) aus dem Innern der Anstalt. Letztere konnten noch auf Anstaltsgebiet wieder verhaftet werden. Am Jahresende waren 33 (32) Mann wieder verhaftet oder freiwillig zurückgekehrt und 11 (9) noch auf der Flucht.

Betrieb

Anfang Jahr inszenierten einige Aktivisten unter den Eingewiesenen eine Nahrungsboykott-Woche. Rund ein Drittel verweigerte das Anstaltsessen, deckte sich aber gleichzeitig am Insassenmarkt mit Esswaren ein. Ein Forderungskatalog in Form einer Petition wurde den Massenmedien zugespielt,

discuté les possibilités touchant à l'élargissement du champ d'activité. Le problème des fuites a retenu tout spécialement son attention.

La Commission de surveillance du foyer pour jeunes «Lory» a été complétée par un représentant des autorités de placement. Elle a pris connaissance du recul de l'effectif et débattu des possibilités d'expansion des commandes et de l'offre; elle a également examiné à fond le domaine financier et la politique des prix de pension.

Personnel des foyers et établissements

La réduction du temps de travail à 42 heures par semaine n'a pu être compensée que partiellement par la création de nouveaux postes de travail dans le domaine de l'assistance et de la surveillance; tel n'a absolument pas été le cas dans les secteurs du travail, de la santé, des loisirs, de l'économat et de l'administration. Des mesures prises au niveau de la structure et de l'organisation des établissements permettant une exploitation 24 heures sur 24 n'ont apporté qu'une rationalisation de peu d'importance. L'introduction d'un nouveau système d'exploitation des places de travail a donné un meilleur résultat; malgré un nombre disproportionné de mutations, ce système a permis l'exploitation à cent pour-cent des places autorisées. La charge de travail du personnel des foyers et des établissements s'est accrue ainsi que les heures supplémentaires. Les effets n'ont pas tardé à se faire sentir. D'une part, on a dû s'accommoder d'un nombre plus élevé d'absences dues à la maladie, d'autre part, le personnel de l'exécution n'a pas pu profiter dans la mesure souhaitable d'une formation de base et d'une formation continue. A la fin de l'exercice, un cours d'introduction de deux jours a été créé, auquel tous les nouveaux collaborateurs ont dû prendre part; en plus des informations sur l'organisation de l'exécution des peines et des mesures et sur celle des foyers et des établissements ainsi que sur les droits et les devoirs des fonctionnaires, ce cours touchait également la personnalité du détenu, ses problèmes et ses besoins.

2.1.4 *Etablissements et foyers pour jeunes*

Etablissement pénitentiaire de Thorberg

Détenus

L'effectif des détenus n'a guère changé: avec 204 entrées et 202 sorties, on enregistrait à la fin de l'année 198 détenus (1986: 196), dont 102 (75) Suisses et 96 (121) étrangers provenant de 19 (23) pays. Voici les principaux délits commis par les nouveaux arrivés: 37 délits contre la vie et l'intégrité corporelle, 8 délits contre les bonnes mœurs, 63 infractions contre la loi sur les stupéfiants et 47 autres. Douze (19) hommes ont été placés dans les foyers de semi-liberté, 3 (6) d'entre eux ont dû être reconduits en milieu pénitentiaire.

Sur un total de 410 (419) congés, 19 (17) cas de fuites ou de rentrées fort tardives ont été dénombrés, ce qui représente 4,6 pour-cent (4,05%). Des 44 (41) évasions, 19 (17) ont eu lieu pendant les congés, 22 (19) pendant le travail externe, 1 (2) pendant un transport ou d'une clinique et 2 (3) depuis l'intérieur de l'établissement. Dans ce dernier cas, ils ont pu être arrêtés à nouveau sur le domaine de l'établissement. A la fin de l'année, 33 (32) évadés ont été à nouveau arrêtés ou sont revenus de plein gré et 11 (9) étaient encore en fuite.

Exploitation

Au début de l'année, quelques meneurs parmi les détenus ont fomenté un boycottage touchant à la nourriture durant une semaine. A peu près un tiers des détenus ont refusé les repas servis par l'établissement, s'approvisionnant en revanche en denrées alimentaires au magasin réservé aux détenus. Un

bevor Behörden und Anstaltsleitung davon Kenntnis erhielten.

Nachdem die Aktion im Unterschied zu andern Anstalten des In- und Auslandes friedlich abließ, war die Anstaltsleitung zum Gespräch mit den Aktivisten bereit, welche insbesondere behaupteten, die Vollzugsverordnung vom 26. Mai 1986 werde noch nicht eingehalten. Punkt für Punkt konnte dargelegt werden, dass die Vorschriften im Bereich Korrespondenz, Besuche, Telefon, Urlaub, Berufsausbildung, Disziplinarstrafen und sozialdienstliche Betreuung eingehalten wurden, dass jedoch infolge der veralteten Bauten z. B. der Wohngruppenvollzug, Unterkünfte und Hygiene, Sport und Freizeit usw. noch nicht den Vorschriften entsprechend realisiert werden konnten. Deshalb verzögerte sich auch die Herausgabe einer neuen Hausordnung.

Im April lancierten dieselben Aktivisten eine neue «Petition» mit 107 Unterschriften, in welcher neben bereits bekannten Forderungen mit massiven Anschuldigungen u. a. die Absetzung des Anstaltsleiters verlangt wurde. Die Polizeidirektion setzte eine Untersuchungskommission ein, welche nach Anhörung zufällig ausgewählter Unterzeichner feststellte, dass die meisten den Inhalt der «Petition» nicht kannten. Sie stellte aber auch fest, dass die Anschuldigungen gegen die Verantwortlichen der Anstalt jeder Grundlage entbehrten und nur den Zweck hatten, die Ordnung in der Anstalt zu destabilisieren. Dies bestätigten die drei Hauptaktivisten gegenüber der Kommission.

Die Administration der Anstalt wurde durch die Einführung des neuen Rechnungsmodells KOFINA und der EDV erheblich belastet. Die Auslösung von ordentlichen Budgetkrediten stiess in zum Teil unverständlicher Weise auf Widerstand, weil die Neukonzepte für die Anstalt und den Landwirtschaftsbetrieb zwar vorlagen, aber von der Regierung noch nicht genehmigt waren. Die Anstaltsleitung ist bestrebt, trotz veralteten Gebäuden den Betrieb schrittweise zu modernisieren, bedarf aber dazu auch der notwendigen Mittel.

Anstalten Witzwil

Eingewiesene

Im Berichtsjahr verzeichnete Witzwil 296 (296 im Vorjahr) Eintritte und 304 (264) Austritte. 81 Prozent der Insassen wurden vom Kanton Bern eingewiesen. Der Ausländeranteil betrug 13,9 Prozent.

Bei total 1387 gewährten Urlauben im Berichtsjahr wurde in 17 Fällen eine Flucht oder massiv verspätete Rückkehr festgestellt, was 1,23 Prozent entspricht. Von 62 Entweichungen erfolgten 8 ab Arbeitsplatz, 30 ab Wohngruppen, 17 ab Urlaub, 3 ab Ausgang, 1 ab Klinik, 2 ab Arrestabteilung und 1 ab Halfreiheit. 31 Insassen wurden noch vor Jahresende wieder verhaftet; 21 haben sich freiwillig zurückgemeldet, während 10 noch flüchtig sind.

Die Halfreiheit in Übergangsheimen wurde 41 Männern (28 im Eschenhof) gewährt. In 4 Fällen musste sie wegen massiven Drogenvergehen abgebrochen werden.

Die Einweisung von AIDS-Virusträgern nahm weiterhin zu. Nach Angaben des Gesundheitsdienstes der Anstalt waren 1987 ca. 20 bis 25 Prozent der Insassen HIV-positiv. Weiter waren im Berichtsjahr 3 Todesfälle von Insassen zu beklagen; 2 Suizide und 1 Arbeitsunfall.

Im Freizeitbereich wurden die zahlreichen Angebote rege benützt. Erstmals wurden Computerkurse angeboten, die auf grosses Interesse stiessen; ebenso konnten Nothelfer- und

catalogue de revendications a été transmis sous forme de pétition aux mass-media avant même que les autorités et la direction de l'établissement en aient pris connaissance.

Après que cette démarche se soit déroulée pacifiquement, contrairement à ce qui se passe dans d'autres établissements en Suisse ou à l'étranger, la direction de l'établissement était prête à discuter avec ces fauteurs, qui prétendaient, en particulier, que les dispositions de l'ordonnance sur l'exécution des peines du 26 mai 1986 n'étaient pas encore appliquées. Il a ainsi été possible de leur montrer point par point que ces prescriptions étaient respectées en ce qui concerne la correspondance, les visites, les téléphones, les congés, la formation professionnelle, les peines disciplinaires et l'assistance sociale. Par contre, la vétusté des constructions retardait l'exécution en groupes d'habitation, tandis que les conditions de logement et d'hygiène, ainsi que l'exercice des sports et des loisirs, etc. ne pouvaient encore être réalisées selon les prescriptions. C'est pourquoi la parution du nouveau règlement interne a été retardée.

Au mois d'avril, ce même groupe de détenus a lancé une nouvelle «pétition» munie de 107 signatures demandant, outre les revendications déjà connues assorties de graves accusations, la démission du directeur de l'établissement. La Direction de la police a désigné une commission d'enquête, qui a constaté, après avoir entendu un certain nombre de signataires choisis au hasard, que la plupart d'entre eux ne connaissaient pas le libellé de cette «pétition». Elle a également constaté que les accusations émises à l'encontre des responsables de l'établissement étaient absolument sans fondement et visaient simplement à perturber l'ordre dans l'établissement. Ceci a été confirmé à la commission d'enquête par les trois principaux meneurs.

L'administration de l'établissement a été mise à forte contribution par l'introduction du nouveau système KOFINA et du TED. La libération de crédits ordinaires du budget s'est parfois heurtée à une résistance incompréhensible, parce que les nouveaux concepts pour l'établissement et l'exploitation agricole étaient bien existants, mais n'avaient pas encore été adoptés par le Gouvernement. La direction de l'établissement s'efforce de moderniser petit à petit l'exploitation, malgré la vétusté des bâtiments, mais elle a besoin des moyens indispensables pour mener à bien cette tâche.

Etablissements de Witzwil

Détenus

Au cours de l'exercice, 296 (1986: 296) entrées et 304 (264) sorties ont été enregistrées. 81 pour-cent des détenus ont été placés par le canton de Berne; 13,9 pour-cent étaient des étrangers.

Sur un total de 1387 congés, 17 cas (1,23%) de fuites ou de rentrées fort tardives ont été dénombrés. Des 62 évasions, 8 ont eu lieu de la place de travail, 30 des groupes d'habitation, 17 pendant les congés, 3 pendant les sorties, 1 de la clinique, 2 de la section des arrêts et 1 en semi-liberté. 31 évadés ont été à nouveau arrêtés jusqu'à la fin de l'année, 21 sont revenus de plein gré, tandis que 10 sont encore fugitifs.

41 hommes (28 à l'Eschenhof) ont été placés dans des établissements de semi-liberté. Dans 4 cas, le régime de semi-liberté a dû être interrompu à cause de graves infractions dues à la drogue.

Le placement de détenus porteur du virus HIV-1 n'a pas cessé de progresser. D'après les informations du service de santé des établissements, au cours de l'exercice, environ 20 à 25 pour-cent des détenus étaient séropositifs. Trois détenus sont décédés, soit 2 suicides et 1 accident du travail.

Les nombreuses possibilités offertes dans le domaine des loisirs ont été largement utilisées. Pour la première fois, des cours sur ordinateurs ont été organisés et ont suscité un grand inté-

Englischkurse erfolgreich abgeschlossen werden. Generell ist festzustellen, dass der Freizeitbereich für die Insassen eine wichtige Rolle spielt; einerseits erlaubt er der Betreuung, günstig auf die Insassen einzuwirken und andererseits vermittelt er ihnen heilsame Gruppen- und Erfolgserlebnisse.

Betrieb

Das Resultat des Landwirtschaftsjahres fiel trotz verschiedenen, wetterbedingten Negativeinflüssen zufriedenstellend aus. Ein Hagelunwetter verursachte grosse Schäden in den Obstanlagen; der nasse Sommer generell und die sintflutartigen Niederschläge im September wirkten sich ebenfalls ungünstig aus. Entsprechend bescheiden fielen die Erträge bei Getreide und Zuckerrüben aus. Mehrheitlich positiv wirkten sich dagegen die Diversifikationskulturen (verschiedene Gemüse und Kartoffeln zur industriellen Verarbeitung) und der Futterbau aus. Dank züchterischen Fortschritten in der Rindvieh- und Schweinezucht und besseren Fleischpreisen konnte in der tierischen Produktion ein befriedigendes Resultat erzielt werden. Gesamthaft gesehen konnte die Summe der budgetierten Einnahmen erreicht werden.

Anstalten St. Johannsen

Eingewiesene

Zu Beginn des Berichtsjahres betrug der Insassenbestand 80 Männer, währenddem am Ende des Jahres 76 Insassen verblieben. Lediglich in den Monaten März und April war leichte Bestandesreduktion zu verzeichnen. Der Durchschnittsbestand stieg im Vergleich zum Vorjahr (74) um 6 Einheiten auf 80. Die mittlere Auslastung betrug rund 85 Prozent.

Die Anstalten St. Johannsen sahen sich in zunehmendem Mass veranlasst, IV-Rentner und psychisch Behinderte aufzunehmen. Diese Tatsache verlangte ein Höchstmass an Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter auf allen Stufen. Im Arbeitsbereich ergaben sich dadurch zusätzliche Schwierigkeiten, zumal viele Insassen nicht in einen ordentlichen Arbeitsprozess einschaltbar sind oder aber die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten drastisch reduziert werden.

Betrieb

Mitte September wurde der Direktor der Anstalten St. Johannsen zum neuen Leiter des Alters- und Pflegeheims Frienisberg mit Amtsantritt auf den 1. Juli 1988 gewählt.

Per 1. Januar 1987 wurde in St. Johannsen der Pilotbetrieb des EDV-Projektes KOFINA-P aufgenommen. Neben den Gebieten Rechnungswesen, Inventar-, Kioskwesen, Personaladministration und der Textverarbeitung wird die ganze Insassenadministration nun mit EDV bearbeitet. Die bisher gemachten Erfahrungen sind positiv.

Im Zusammenhang mit dem Neukonzept Landwirtschaft konnten die Garten-Lagerräume ausgebaut und das in einem bestehenden Gebäude untergebrachte neue Schlachtlokal zum grössten Teil erstellt werden.

Anstalten Hindelbank

Eingewiesene

Anhaltender, hoher Aufnahmepressure bewirkte permanent volle Auslastung der Abteilungen über das ganze Jahr. Der allgemeine Gesundheitszustand der Insassinnen verschlechterte sich zusehends: Chronische, physische und psychische Leiden, akute und latente AIDS-Infizierte, grosse Suchtproblematik, Zunahme des internen und externen Drogenmissbrauchs. Der Ausländerinnenbestand (Langstrafen) lag bei etwa 40 Prozent. Die psychologische, psychiatrische und sozialarbeiterische Unterstützung reichte nicht aus und muss dringend aus-

rêt; des cours de premiers secours et d'anglais ont été achevés avec succès. Soulignons ici le rôle joué par les loisirs: l'encadrement des détenus en est amélioré par l'effet salutaire obtenu grâce à des activités exercées au sein d'un groupe.

Exploitation

Malgré un temps défavorable, les résultats obtenus dans le secteur de l'agriculture ont été satisfaisants. La grêle a causé de gros dégâts dans les vergers; l'été pluvieux et les pluies diluviennes du mois de septembre n'ont guère été favorables aux cultures. Les récoltes de céréales et de betteraves sucrières ont été par conséquent modestes. Par contre, les cultures diversifiées (divers légumes et pommes de terre pour l'utilisation industrielle) et les cultures de fourrage ont donné généralement de bons résultats. Grâce aux progrès réalisés dans la sélection des bœufs et des porcs d'élevage, la production animale a donné des résultats satisfaisants et les prix de la viande ont été aussi plus élevés. Vue dans leur ensemble, les recettes escomptées au budget ont été atteintes.

Etablissements de Saint-Jean

Détenus

L'effectif des détenus était de 80 hommes au début de l'année et de 76 à la fin de l'exercice. Une légère diminution de cet effectif a été enregistrée uniquement pendant les mois de mars et d'avril. L'effectif moyen est monté de 6 unités en comparaison de l'année précédente pour arriver à 80 (74). Le taux d'occupation moyen a été de 85 pour-cent environ.

Les établissements de Saint-Jean ont dû accueillir de plus en plus de rentiers touchant l'assurance-invalidité et des handicapés mentaux, ce qui a fortement sollicité leurs collaborateurs à tous les niveaux. Des difficultés supplémentaires sont apparues à ce sujet dans le domaine du travail, étant donné que plusieurs détenus ne peuvent pas être intégrés dans un processus de travail ordinaire ou parce que les possibilités de trouver du travail sont fortement réduites.

Exploitation

Mi-septembre, le directeur des établissements de Saint-Jean a été nommé en qualité de nouveau directeur du foyer médicalisé pour personnes âgées de Frienisberg; son entrée en fonction a été fixée au 1^{er} juillet 1988.

L'exploitation pilote du projet de traitement des données KOFINA P a commencé le 1^{er} janvier. Outre la facturation, l'inventaire, le kiosque, l'administration du personnel et le traitement de textes, toute l'administration concernant les détenus est également traitée sur ordinateur. Les expériences faites jusqu'à maintenant sont positives.

Dans le cadre du nouveau concept agricole, les dépôts pour l'horticulture ont été agrandis et le nouvel abattoir situé dans un bâtiment existant a pu être construit dans sa plus grande partie.

Etablissements de Hindelbank

Détenues

Les établissements ont été totalement et en permanence occupés durant toute l'année. L'état de santé général des détenues s'est aggravé à vue d'œil: souffrances chroniques, tant physiques que psychiques, atteintes dues au SIDA, problèmes énormes dus à la toxicomanie, progression des abus de drogue à l'intérieur et à l'extérieur des établissements. Le taux des détenues étrangères (peines de longue durée) était de 40 pour-cent environ. L'assistance psychologique, psychiatrique et sociale a été insuffisante et doit être complétée dans les

gebaut werden. Die besondere Abteilung «Behandlungsvollzug» wurde 1987 geschlossen; sie soll durch eine neue, betreuungsorientierte Wohnabteilung IV ersetzt werden. Die Verlängerung der vom Bund erteilten speziellen Bewilligungen zum Vollzug aller Strafen und Massnahmen wird 1988 Gegenstand von Verhandlungen mit dem EJPD sein.

Betrieb

Im August 1987 fand die Jurierung des Wettbewerbs zur Gesamtsanierung der Anstalten statt: Zwei Projekte wurden zur Weiterbearbeitung ausgewählt. Im Juni 1988 soll die Wahl des definitiv zu realisierenden Projektes getroffen werden.

Die Nettoeinnahmen der Gewerbebetriebe konnten gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesteigert werden, dies auch u. a. dank der grossen Unterstützung durch den Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverein mit seinen kantonalen Sektionen sowie dank grossem Einsatz von Seiten des Gewerbestandpersonals.

Dringend sanierungsbedürftig erwiesen sich, baulich wie einrichtungsmässig, der Wäschereibetrieb, die Gärtnerei und der Landwirtschaftsbetrieb.

Der Finanzbedarf wurde mit der Reorganisation der Anstalt sowie der allgemein notwendigen Verbesserung der Vollzugsarbeit und der Betriebsführung grösser. Die damit verbundene Erhöhung der Kostgelder, speziell für einweisende Kantone ausserhalb unseres Konkordates, wurde vom Konkordat beschlossen.

Jugendheim Prêles

Jugendliche

Die bewusste Pflege einer heiminternen und auch nach aussen gerichteten, tragfähigen Zusammenarbeit, das In-den-Mittelpunkt-Stellen der anvertrauten Jugendlichen und die Teilnahme des Personals an verschiedensten Weiterbildungsveranstaltungen trugen einmal mehr dazu bei, ein zeitgemässes Angebot für die über das ganze Schweizerland verteilten Einweiser bereitzustellen. Wenn das Heim auch über längere Zeit einen gewissen Belegungsrückgang erlebte, nahmen die Eintritte gegen Ende des Berichtsjahres wieder zu. Tragischer und trauriger präsentierten sich darunter vermehrt Jugendliche mit ihrer Lebensgeschichte: Angst, Resignation, Entwurzelung, Aggression, Hilflosigkeit, Labilität, Suchtgefährdung. Über viele kleine Schritte erreichte doch eine grosse Zahl der Jugendlichen das gesteckte Ziel, u. a. mit folgenden Lehrabschlüssen: zwei Bäcker, drei Gärtner, zwei Köche, ein Landwirt, vier Maurer, ein Schmied und ein Gartenbearbeiter-Anlehrling. Schwerpunkte im Freizeitbereich waren: Ski- und Wanderlager, Nothelferkurse, Urlaubsaktionen, Schlauchbootfahrt, «Canyon-Band», Fussballturniere, Sporttag, Zirkus Knie, Lehrlingswettbewerb und vier Jugendliche schlossen den Unterricht mit der Konfirmation ab. Acht Stellungspflichtige machten an der Rekrutierung mit; drei davon erwarben das Armeesportabzeichen. Zwei AIDS-Reihenuntersuchungen wurden durchgeführt.

Betrieb

Im Dezember 1987, nach knapp zehnjähriger Erfahrung mit der Abteilung «Anstalt für Nacherziehung», wurde der Polizeidirektion zuhanden des Hochbauamtes die bauliche Sanierung/Erweiterung dieser Wohngruppe beantragt.

Jugendheim Lory

Jugendliche

Das interne Freizeitangebot wurde u. a. mit der Installation einer einfachen Edelsteinschleiferei erweitert. Im Hinblick auf

plus brefs délais. La section spéciale de thérapie a été fermée au cours de l'exercice et sera remplacée par une nouvelle section d'habitation AI chargée d'assister les détenues. La prolongation des autorisations spéciales délivrées par la Confédération pour l'exécution de toutes les peines et mesures seront l'objet de pourparlers avec le DFJP en 1988.

Exploitation

Au mois d'août, le concours concernant la rénovation globale des établissements a été jugé; deux projets ont été retenus et devront être complétés. Le projet définitif sera choisi au mois de juin 1988.

Les recettes nettes des différentes branches d'exploitation ont fortement augmenté en comparaison de l'année précédente; ceci est dû, entre autres, à l'appui important de la Société d'utilité publique des femmes suisses et des ses sections cantonales et grâce à l'engagement du personnel des exploitations.

Les secteurs blanchisserie, horticulture et agriculture doivent être rénovés dans les plus brefs délais, tant pour ce qui est des bâtiments que de l'aménagement.

La réorganisation des établissements et les améliorations devenues indispensables dans les domaines de l'exécution et de la conduite des établissements ont eu des répercussions financières. Le concordat a adopté l'augmentation des prix de pension devenue nécessaire, en particulier pour les cantons de placement extraconcordataires.

Foyer pour jeunes de Prêles

Adolescents

Le soin tout particulier accordé à la collaboration à l'intérieur aussi bien qu'à l'extérieur du foyer, qui est centrée sur les adolescents qui lui sont confiés, et la participation du personnel à divers cours de formation continue ont permis de mettre à la disposition des autorités de placement réparties sur tout le territoire suisse une institution répondant aux exigences actuelles. Bien que le foyer ait enregistré un léger recul du taux d'occupation pendant un certain temps, le nombre des entrées a augmenté vers la fin de l'année. La peur, la résignation, le déracinement, l'agression, la détresse, l'instabilité, la menace de toxicomanie sont les reflets tragiques et affligeants de la biographie de nombreux adolescents. Et pourtant, beaucoup ont, pas à pas, atteint le but qu'ils s'étaient fixé en réussissant, entre autres, leur examen de fin d'apprentissage: deux boulangers, trois jardiniers, un agriculteur, quatre maçons et un forgeron, un adolescent obtenant la formation élémentaire d'ouvrier jardinier. Les éléments principaux dans le domaine des loisirs ont été: les camps de ski et de randonnée, les cours de premiers soins, les manifestations organisées pendant les congés, un voyage en canots pneumatiques, le «Canyon-Band», les tournois de football, la journée sportive, le cirque Knie, le concours des apprentis, quatre adolescents ont été confirmés. Huit adolescents se sont présentés au recrutement militaire. Trois d'entre eux ont obtenu l'insigne sportif de l'armée. Deux examens de dépistage du SIDA ont été organisés.

Exploitation

Au mois de décembre, après une expérience datant à peu près de dix ans, la Direction de la police a demandé la rénovation et l'agrandissement de la Maison de rééducation.

Foyer pour jeunes «Lory»

Adolescentes

L'offre dans le domaine des loisirs a été élargie, entre autres avec l'installation d'une machine à tailler les pierres véritables;

die Inbetriebnahme dieser neuen Edelsteinschleifanlage wurden für die Töchter erstmals Goldsuch-Wochenende im Emmental durchgeführt. Radausflüge, Wochenlager, Kino- und Theaterbesuche und Badeausflüge gehörten weiter zum externen Freizeitangebot.

Alle für das Haushaltlehrexamen angemeldeten Schülerinnen bestanden die Prüfung (7 Töchter die BIGA-Prüfung, 2 Töchter die kantonale Vorlehrprüfung).

Betrieb

Im Mittelpunkt der Diskussion mit der Polizeidirektion und der Aufsichtskommission standen die Heimunterbelegung, der Ausbau der heiminternen Abklärungsangebote (psychiatrische und psychologische Abklärungen, Berufsabklärungen), die therapeutische Begleitung der Töchter durch eine freischaffende Psychologin und die Erweiterung des Ausbildungsangebotes (nebst dem Haushaltlehrjahr Anlehren im Bereich Garten und Schreinerei).

Die zu Jahresbeginn in Kraft gesetzte Hausordnung bewährte sich voll und ganz, nicht zuletzt, weil trotz aller Liberalisierungs-bemühungen die klare pädagogische Grundhaltung weiterhin Gültigkeit hat. Der in den letzten Jahren aufgebaute Gesundheitsdienst trug Früchte. Bedeutend weniger Töchter suchten den Arzt auf und die krankheitsbedingte Abwesenheit des Personals reduzierte sich wesentlich.

2.2 **Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug**

2.2.1 *Strafvollzugsverordnung vom 28. Mai 1986*

Nachdem sie vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement genehmigt und im Amtsblatt veröffentlicht worden war, trat die Strafvollzugsverordnung am 19. November 1986 in Kraft. Das war ein wichtiges Ereignis, vereinigt sie doch sämtliche Grundsätze, die namentlich die Verbüssung der gegen Erwachsene verhängten Freiheitsstrafen leiten. Es kommt ihr nicht nur das Verdienst zu, verschiedene Aspekte des Strafvollzugsrechts zu klären und zu kodifizieren, ebenso wichtig ist auch die Tatsache, dass sie allen beteiligten Parteien ermöglicht, das Vollzugsverfahren der verschiedenen Strafen und Massnahmen als Ganzes besser zu erfassen.

2.2.2 *Vollzugskosten*

Vollzugskonkordat

Die Übernahme der Vollzugskosten von Freiheitsstrafen und strafrechtlichen Massnahmen gegenüber Erwachsenen, die von bernischen Gerichten verhängt werden, ist heute durch die neue Verordnung vom 28. Mai 1986 befriedigend geregelt. So ist die Polizeidirektion gehalten, während der ganzen Dauer der ausgesprochenen, indessen durch die Massnahme ersetzt oder aufgeschobenen Strafe dafür aufzukommen, wo es sich ausschliesslich um das Kostgeld handelt. Demgegenüber trägt das zuständige bernische Gemeinwesen die übrigen Vollzugskosten, wie sie in der erwähnten Verordnung umschrieben sind, unter Vorbehalt interkantonalen Vereinbarungen oder von Bundesgesetzen, die eine Verteilung zwischen den Kantonen vorsehen. Das Konkordat vom 23. Juni 1944, dem der Kanton Bern angehört, vermag in dieser Hinsicht den Anforderungen unserer Zeit offensichtlich nicht mehr zu genügen. Seine An-

à cet effet, les adolescentes ont pu participer pour la première fois à un week-end de chercheurs d'or dans l'Emmental. Tours en bicyclette, camps hebdomadaires, représentations cinématographiques et théâtrales, baignades, tels les loisirs organisés à l'extérieur.

Toutes les élèves qui se sont présentées ont passé avec succès l'examen de fin d'apprentissage d'employée de maison (7 apprentissages reconnus par l'OFIAMT, 2 cours préparatoires).

Exploitation

La discussion avec la Direction de la police et la Commission de surveillance a été centrée sur la sous-occupation du foyer, le développement des recherches internes concernant les domaines de la psychiatrie, de la psychologie et de la profession, l'assistance thérapeutique par une psychologue indépendante et l'élargissement des possibilités de formation (en plus de l'année ménagère, cours préparatoires dans les domaines de l'horticulture et de la menuiserie).

Le règlement intérieur appliqué dès le début de l'année a donné d'excellents résultats, car malgré tous les efforts de libéralisation entrepris, une attitude pédagogique ferme garde encore toute sa valeur. Le service de santé organisé au cours de ces dernières années a porté ses fruits. Beaucoup moins d'adolescentes ont dû avoir recours au médecin et les absences du personnel par suite de maladie ont fortement diminué.

2.2 **Section pour l'exécution des peines et mesures**

2.2.1 *Ordonnance du 28 mai 1986 sur l'exécution des peines*

L'entrée en vigueur, le 19 novembre 1986, après son approbation par le Département fédéral de justice et police et sa publication dans la Feuille officielle, de l'ordonnance sur l'exécution des peines constitue un événement important puisqu'elle renferme l'ensemble des principes fondamentaux régissant notamment l'application des sanctions privatives de liberté prononcées contre des adultes. Elle a non seulement le mérite de clarifier et de codifier divers aspects du droit d'exécution pénale mais celui, tout aussi essentiel, de permettre à toutes les parties concernées de mieux saisir l'ensemble des processus d'application des différentes peines et mesures.

2.2.2 *Frais d'exécution des peines et mesures*

Concordat concernant l'exécution des peines et mesures

La prise en charge des frais d'exécution des peines privatives de liberté et des mesures de droit pénal à l'égard des adultes, prononcées par les tribunaux bernois, est aujourd'hui réglée à satisfaction par la nouvelle ordonnance du 28 mai 1986. C'est ainsi que, pendant toute la durée de la peine prononcée, voire suspendue ou remplacée par une mesure, la Direction de la police est tenue de les assumer dans la mesure où il s'agit exclusivement de frais de pension. En revanche, la collectivité publique bernoise compétente supporte les autres frais d'exécution tels qu'ils sont définis par ladite ordonnance, ceci sous réserve de conventions intercantionales ou lois fédérales prévoyant une répartition entre cantons. A ce propos, le Concordat intercantonal du 23 juin 1944, dont le canton de Berne est partie, n'est manifestement plus adapté aux circonstances de notre temps. Son application crée parfois des divergences

wendung gibt manchmal zu Meinungsverschiedenheiten Anlass, was zu Diskussionen zwischen den Konkordatskantonen führt. Es erscheint immer dringlicher, dass die seit mehreren Jahren im Gang befindliche Revision grundlegende Änderungen bringt. 1987 hat der Kanton Bern aufgrund der letztgenannten Bestimmungen mit 11 (14) Kantonen Verhandlungen geführt.

2.2.3 Kurze Strafen

Anwendung der Vollzugsform «Halbgefängenschaft» und «tageweiser Vollzug»

In den letzten Jahrzehnten wurden die Stimmen, namentlich aus der Praxis, immer lauter, die nicht nur zu Recht oder zu Unrecht die Wirksamkeit der Verbüssung kurzer Freiheitsstrafen in Frage stellten, sondern auch mithelfen, nach Lösungen zu suchen. So entstanden in den siebziger Jahren neue Formen des Vollzugs von Freiheitsstrafen, nämlich die «Halbgefängenschaft» und der «Wochenendvollzug». Diese Vollzugsformen scheinen heute problemlos ins Vollzugssystem integriert zu sein und vor allem von jenen, denen sie zugute kommen, geschätzt zu werden. Ihre Anwendung verlangt selbstverständlich von den Gefängnisverwaltungen allgemein grössere Anstrengungen; sie verlangt aber auch, und dies vor allem, vom Verurteilten eine echte Beteiligung bei der Durchführung. Die Teilrevision des Schweizerischen Strafgesetzbuches, deren Vorentwurf veröffentlicht worden ist, wird zweifellos die Anwendung weiterer Systeme zur Bestrafung von geringfügigen Vergehen ermöglichen.

Die Kurzstrafen bis zu sechs Monaten, die in Form von Halbgefängenschaft oder tageweise vollzogen wurden, verzeichneten im Berichtsjahr mit 820 (756) eine leichte Zunahme.

Halbgefängenschaft bis zu 1 Monat	554	(500)
Halbgefängenschaft von 1 bis 3 Monaten	224	(119)
Halbgefängenschaft von 3 bis 6 Monaten	42	(62)
Aufhebung wegen Missbrauchs	13	(12)
Bedingte Entlassung	13	(17)

Aus den statistischen Angaben geht ausserdem hervor, dass zum grossen Teil (70%) die Altersgruppen zwischen 20 und 35 Jahren sowie die Berufsgruppen Angestellte und Berufsarbeiter von dieser besonderen Vollzugsform Gebrauch machten.

Die Vollzugsform «tageweise Vollzug» betraf lediglich 15 (11) Personen.

2.2.4 Straf- und Massnahmenvollzug

Belegung der Anstalten

Im Gegensatz zur Situation in den vergangenen Jahren hatten die Anstalten für Männer des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz 1987 praktisch keine Schwierigkeiten, verurteilte Personen oder Personen, die darum ersucht hatten, eine Strafe oder eine Massnahme im Sinne von Artikel 123 des Gesetzes über das Strafverfahren des Kantons Bern vorzeitig anzutreten, sofort aufzunehmen. Die Anstalten für Frauen in Hindelbank bilden hier noch eine Ausnahme, auch wenn die Warteliste weniger lang war als im Vorjahr. Es sei daran erinnert, dass diese Situation zum grossen Teil dem Umstand zuzuschreiben ist, dass diese Anstalten die verurteilten Frauen aus der ganzen Schweiz aufnehmen müssen.

entre les cantons adhérents. Il apparaît donc de plus en plus urgent que la révision en cours depuis plusieurs années aboutisse à de profondes modifications. En 1987, le canton de Berne a traité, sur la base de ces dernières dispositions, avec 11 (14) cantons.

2.2.3 Courtes peines

Exécution sous la forme de semi-détention et par journées séparées

Au cours de ces dernières décennies, des voix de plus en plus nombreuses, au niveau notamment des praticiens, se sont fait entendre, non seulement pour mettre en doute, à tort ou à raison, l'efficacité de l'application des courtes peines privatives de liberté, mais aussi pour participer à la recherche de solutions. C'est ainsi que, dans les années septante, de nouvelles formes d'exécution de privation de liberté ont vu le jour, à savoir la «semi-détention» et le «régime de fin de semaine». Ces formes d'exécution paraissent aujourd'hui être tout à fait bien intégrées au régime carcéral et surtout appréciées par ceux qui en sont les bénéficiaires. Leurs applications impliquent naturellement un plus grand effort des administrations pénitentiaires en général, mais aussi et surtout une réelle participation du condamné à leur mise en œuvre. La révision partielle du Code pénal suisse, dont l'avant-projet a été publié, permettra sans doute encore l'application d'autres systèmes propres à sanctionner des infractions mineures.

Au cours de l'exercice écoulé, le nombre des courtes peines allant jusqu'à six mois, exécutées sous la forme de semi-détention ou par journées séparées, a accusé une légère augmentation à 820 (756).

Semi-détention jusqu'à 1 mois	554	(500)
Semi-détention de 1 à 3 mois	224	(119)
Semi-détention de 3 à 6 mois	42	(62)
Suspension du régime à la suite d'abus	13	(12)
Libération conditionnelle	13	(17)

Les données statistiques font en outre apparaître que ce sont le groupe d'âge entre 20 et 35 ans ainsi que les personnes ayant une formation d'employés et d'ouvriers qualifiés qui surtout (70%) ont bénéficié de cette forme particulière d'exécution.

L'exécution par journées séparées n'a concerné que 15 personnes (11).

2.2.4 Exécution des peines et des mesures

Occupation des établissements

Contrairement à la situation qui avait prévalu ces dernières années, les établissements pour hommes que compte le Concordat du Nord-Ouest et de la Suisse centrale n'ont, en 1987, pratiquement pas connu de difficultés pour assurer l'admission, dans les meilleurs délais, des personnes condamnées ou de celles ayant demandé à commencer à subir une peine ou une mesure par anticipation au sens de l'article 123 du CPPb. Les établissements pour femmes de Hindelbank font cependant encore exception à cet état de fait, quand bien même la liste d'attente est moins importante que l'année précédente. Cette situation est due pour une large part, il convient de le rappeler, à la mission particulière qui lui est dévolue d'accueillir des femmes condamnées provenant de l'ensemble de la Suisse.

Bestimmung des Vollzugsortes

Die Einweisung oder Versetzung in eine Anstalt des Straf- oder Massnahmenvollzugs von Erwachsenen, die durch bernische Gerichte verurteilt wurden oder für die die Vollzugskompetenzen abgetreten wurden, ist Sache der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug. Sie verfügt zu diesem Zweck auf kantonaler und konkordatlicher, manchmal sogar auf schweizerischer Ebene über eine grosse Anzahl von Anstalten, deren Vollzugeinrichtung und -konzept von den Gefangenen abhängen, die sie betreuen. Mit der Bestimmung des Vollzugsortes ist ein wichtiges Problem verbunden: jenes der Bestimmung der Kriterien für die Zuweisung der Verurteilten in die verschiedenen Anstalten. Es muss hier gesagt werden, dass niemand Anspruch erheben kann, über ein unfehlbares Rezept zu verfügen.

Man ist sich jedoch im Prinzip einig darüber, dass nur eine individuelle Behandlung der Verurteilten den Straf- und Massnahmenvollzug verbessern kann. Ob es sich um Personen handelt, die eine Strafe oder eine Massnahme im Sinne von Artikel 123 des Gesetzes über das Strafverfahren des Kantons Bern vorzeitig antreten möchten – 1987 waren es 147 (148) –, oder um solche, deren Verurteilung rechtskräftig wurde, die Einweisungsbehörde stützt sich in jedem Fall auf die in Artikel 37 StGB definierten Grundsätze sowie auf jene der Strafvollzugsverordnung. Diese beruhen namentlich darauf, auf der Grundlage von Akten, psychiatrischen Gutachten, Sozialberichten, ja sogar der Meinung des Richters oder von Fachärzten einen Vollzugsort zu bestimmen, der im Rahmen des Möglichen die beste erzieherische Wirkung gewährleistet. Dabei werden auch die verschiedenen Stufen im progressiven Vollzug berücksichtigt, von denen der Verurteilte während der ganzen Dauer der Haft profitieren könnte und deren Grundsätze bereits in früheren Verwaltungsberichten dargelegt wurden.

Anordnung der Halbgefängenschaft	69 (68)
Aufhebung der Halbgefängenschaft wegen Verstössen oder Missbrauchs	12 (14)
Durchschnittliche Dauer dieser Gefängenschaft (in Monaten)	5 (4,6)

Aufgrund von Artikel 38 StGB erlassene Verfügungen

Bedingte Entlassung; Normalvollzug	182 (186)
Bedingte Entlassung; Halbgefängenschaft	13 (17)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer Massnahme der ambulanten Behandlung	25 (19)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer vollzogenen Massnahme der Landesverweisung	58 (45)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer Aufschiebung der Landesverweisung	1 (3)
Rückversetzung nach bedingter Entlassung	49 (33)
Rückversetzung nach bedingter Entlassung, begleitet von einer Aufschiebung des Strafvollzugs	14 (10)
Andere Verfügungen Art. 38 StGB, Einsprache, Ablehnung, Änderung, Aufhebung	18 (14)

Massnahmen gemäss StGB

Im Berichtsjahr wurden in Zusammenhang mit der Anordnung und Vollziehung verschiedener aufgrund von Artikel 43 und 44 StGB (geistig Abnorme, Trunk- und Rauschgiftsüchtige) verhängter stationärer Massnahmen 275 (252) Verfügungen erlassen. 31 (35) Verurteilte wurden in kantonale Anstalten eingewiesen und 43 (37) in privatrechtliche Institutionen und psychiatrische Kliniken. Am 31. Dezember 1987 waren 30 (29) Drogenabhängige, die aufgrund von Artikel 44 Absatz 6 StGB verurteilt worden waren, in 16 (16) Abteilungen für Drogenabhängige und verschiedenen therapeutischen Gemeinschaften untergebracht. In 13 (7) Fällen musste der Massnahmenvollzug aufgehoben und der Eingewiesene dem zuständigen Richter

Fixation du lieu de l'exécution de la peine ou de la mesure

Le placement ou le déplacement, en milieu pénitentiaire ou dans un établissement de mesures des personnes adultes condamnées par les tribunaux bernois ou de celles pour lesquelles les compétences d'exécution ont été déléguées, est du ressort du Service de l'exécution des peines et mesures. Il dispose à cet effet, au plan cantonal et concordataire, voire parfois suisse, de nombreux établissements dont les caractéristiques de détention ou d'internement dépendent des condamnés qui leur sont confiés. Du choix qui doit être fait découle un problème important qui est celui de déterminer les critères de renvoi des condamnés dans les différents établissements. A ce propos, il faut bien le dire, personne ne peut prétendre détenir de recette infaillible, mais chacun est en principe d'accord sur le fait que seule l'individualisation du traitement des condamnés est de nature à améliorer l'exécution des peines et des mesures. Ainsi, qu'il s'agisse de personnes demandant à commencer à subir une peine ou une mesure par anticipation au sens de l'article 123 CPPb, ils étaient 147 en 1987 (148), ou de celles dont le jugement est entré en force, l'autorité de placement s'appuie sur les principes définis à l'article 37 CPS ainsi que sur ceux de l'ordonnance sur l'exécution des peines. Ils consistent notamment, sur la base de dossiers, d'expertises psychiatriques, de rapports sociaux, voire de l'avis du juge ou de médecins spécialistes, de faire un choix de nature à favoriser, dans toute la mesure du possible, la meilleure action éducative, prenant pour cela également en compte les différentes phases de traitement progressif dont le condamné pourrait bénéficier tout au long de sa détention et dont les principes ont déjà été exposés lors de précédents rapports de gestion.

Application du régime de semi-liberté	69 (68)
Suppression du régime de semi-liberté à la suite de manquements ou d'abus	12 (14)
Moyenne de la durée dudit régime (en mois)	5 (4,6)

Décisions prononcées en vertu de l'article 38 CPS

Libération conditionnelle; exécution normale	182 (186)
Libération conditionnelle; semi-détention	13 (17)
Libération conditionnelle; assortie d'une mesure de traitement ambulatoire	25 (19)
Libération conditionnelle; assortie d'une mesure d'expulsion mise à exécution	58 (45)
Libération conditionnelle; assortie d'une suspension de l'expulsion	1 (3)
Révocation de la libération conditionnelle	49 (33)
Révocation de la libération conditionnelle assortie d'une suspension de l'exécution de la peine	14 (10)
Autres décisions article 38 CPS (opposition, refus, modifications, suspension)	18 (14)

Mesures selon le CPS

Au cours de l'exercice écoulé, ce sont globalement 275 (252) ordonnances qui ont été rendues en matière d'application et de traitement de diverses mesures stationnaires prononcées en vertu des articles 43 et 44 CPS (délinquants anormaux, alcooliques et toxicomanes). 31 (35) condamnés ont été placés dans des établissements cantonaux et 43 (37) dans des institutions de droit privé et des cliniques psychiatriques. Le 31 décembre 1987, 30 (29) toxicomanes condamnés en vertu de l'article 44, chiffre 6 CPS, se trouvaient placés dans 16 (16) divisions pour toxicomanes et communautés thérapeutiques diverses. Dans 13 (7) cas, il fallut ordonner une suppression de l'application de la mesure et les soumettre au juge compétent en raison du

vorgeführt werden, weil das Ergebnis unbefriedigend oder die Massnahme unzweckmässig war. Diese Kategorie Verurteilte stellte in bezug auf die Einweisungsmöglichkeiten keine besonderen Probleme; therapeutische Gemeinschaften sind in genügender Anzahl vorhanden. Es lässt sich ausserdem feststellen, dass die Angeschuldigten im Laufe der strafrechtlichen Untersuchung immer öfter um vorzeitige Aufnahme in eine von der zuständigen Behörde anerkannte Anstalt ersuchen. Das hat den Vorteil, dass sie schneller aufgenommen werden können und dass man besser an ihre Motivation herankommt, um die vorgesehene Behandlungsmassnahme auszunützen. Bei der Verurteilung kam es sogar nützliche Hinweise auf die Zweckmässigkeit der Anordnung einer solchen Massnahme geben.

Ambulante Behandlung

Die richterliche Praxis, anstelle einer Strafe eine ambulante Behandlung oder sogar, wenn die Umstände es erlauben, eine stationäre Behandlung anzuordnen, scheint aufrechterhalten worden zu sein, wurden 1987 doch nicht weniger als 104 (105) Massnahmen dieser Art vollzogen. Achtmal wurde die Aufhebung solcher Massnahmen angeordnet, weil sie unwirksam waren, in 27 (35) Fällen wurden sie definitiv aufgehoben, weil die Gründe weggefallen waren.

Der Vollzug dieser Massnahmen wird im allgemeinen psychiatrischen Kliniken oder regionalen sozialmedizinischen Diensten, privaten Fachärzten oder, wenn in Verbindung mit der Strafverbüssung eine Massnahme der ambulanten Behandlung angeordnet worden ist, den Anstaltspsychiatern übertragen.

Verwahrungsmassnahmen (42/100^{bis} StGB)

Verwahrungsmassnahmen gegen Gewohnheitsverbrecher (Art. 42 StGB) wurden 1987 6 (8) angeordnet, Einweisungen in eine Arbeitserziehungsanstalt (Art. 100^{bis} StGB) 16 (5).

Im Zusammenhang mit diesen beiden letzten Massnahmenkategorien wurden folgende Verfügungen erlassen:

Art. 42 StGB	
Bedingte Entlassung	6 (5)
Rückversetzung	1 (3)
Art. 100^{bis} StGB	
Verlängerung der Massnahme	2 (-)
Bedingte Entlassung	5 (4)
Aufhebung der Massnahme	3 (-)

2.2.5 Strafvollzug an militärgerichtlich Verurteilten

Seit 1986 die Verordnung 3 zum StGB (VStGB 3) in Kraft getreten ist, die dem Verurteilten ermöglicht, Strafen bis zu sechs Monaten in Halbgefängenschaft zu verbüssen, wird in der Regel auch hier diese Vollzugsform gewählt.

Vollzug Spital/Gefängnis	
Burgdorf	2 (5)
Moutier	4 (3)
Vollzug in Halbgefängenschaft	
bis 1 Monat	1 (10)
von 1 bis 6 Monaten	34 (24)
Normalvollzug	
St. Johannsen	17 (24)
Witzwil	10 (11)

résultat jugé insatisfaisant ou de l'inopportunité de la mesure. Cette catégorie de condamnés n'a pas posé de problèmes particuliers quant aux possibilités de placement, les communautés thérapeutiques étant en nombre suffisant. On observe en outre de plus en plus fréquemment qu'en cours d'instruction pénale, les prévenues demandent à être admis par anticipation dans des établissements agréés par l'autorité compétente. Cette détermination offre l'avantage d'une prise en charge plus rapide des prévenus, d'une meilleure approche de leur motivation pour mettre à profit la mesure de traitement envisagée, voire des indications utiles, lors du jugement, quant à l'opportunité de prononcer une telle mesure.

Traitement ambulatoire

S'agissant de la pratique des juges de prononcer un traitement ambulatoire au lieu d'une peine, voire d'une mesure stationnaire lorsque les circonstances le permettent, elle semble avoir été maintenue puisqu'en 1987 pas moins de 104 (105) mesures de cette nature ont été appliquées. La suppression de telles mesures a été ordonnée à huit reprises en raison de leur inefficacité, alors qu'elles pouvaient être définitivement levées dans 27 (35) cas, les causes ayant disparu.

L'application de ces mesures est généralement confiée à des centres psychiatriques ou de lutte contre l'alcoolisme régionaux, à des médecins spécialistes du domaine privé ou encore aux médecins-psychiatres des établissements lorsque la peine est assortie d'une mesure de traitement ambulatoire pendant son exécution.

Mesures d'internement (42/100^{bis} CPS)

En ce qui concerne les mesures prononcées à l'égard des délinquants d'habitude (art. 42 CPS), elles ont été, en 1987, au nombre de 6 (8), celles portant sur le renvoi en maison d'éducation au travail (art. 100^{bis} CPS) s'étant élevées à 16 (5).

Les décisions prises en rapport avec ces deux dernières catégories de mesures ont été les suivantes:

Article 42 CPS	
Libération conditionnelle	6 (5)
Réintégration	1 (3)
Article 100^{bis} CPS	
Prolongation de la mesure	2 (-)
Libération conditionnelle	5 (4)
Suppression de la mesure	3 (-)

2.2.5 Exécution des peines prononcées par les tribunaux militaires

Depuis l'entrée en vigueur, en 1986, des dispositions de l'ordonnance 3 relative au CPS (OCP 3) qui donne aux condamnés la possibilité de subir des peines allant jusqu'à six mois en régime de semi-détention, on observe, une fois encore, que c'est cette dernière forme d'exécution qui, en règle générale, a été retenue.

Exécution hôpital/prison	
Berthoud	2 (5)
Moutier	4 (3)
Exécution en semi-détention	
jusqu'à 1 mois	1 (10)
de 1 à 6 mois	34 (24)
Exécution normale	
Saint-Jean	17 (24)
Witzwil	10 (11)

Bedingte Entlassung		
Vollzug in Halbgefängenschaft	20	(7)
Normalvollzug	22	(41)
Rückversetzung	-	(1)

2.2.6 *Bewachungsstation Inselspital*

Diese Abteilung leistet den Vollzugs- und Justizorganen wertvolle Dienste, nicht nur im Rahmen des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz, sondern auch in bezug auf andere Kantone. Sowohl das medizinische als auch das Überwachungspersonal arbeiten eng mit den zuständigen Behörden zusammen.

Vollzug von Kurzstrafen	1	(4)
Hospitalisation (einschliesslich Untersuchungsgefangene)	223	(203)
Behandlungen		
- hospitalisierte Eingewiesene	612	(660)
- ambulante Untersuchungen/Pflege	770	(800)

2.2.7 *Begnadigungsgesuche*

Der Grosse Rat behandelte:

Busserlassgesuche	5	(3)
Straferlassgesuche	36	(32)
davon: abgewiesen	27	(20)
mit bedingtem bzw. teilweisem Erlass	9	(12)

2.2.8 *Strafregister*

Die verschiedenen Bewegungen im Strafregister (Ein- und Ausgänge) sind 1987 um rund 0,6 Prozent zurückgegangen, während sie 1986 um 3 Prozent zugenommen hatten.

Eintragungen ins Strafregister	94 104	(91 413)
Auszüge aus dem Strafregister	78 334	(82 048)
davon: zuhanded von Privatpersonen erstellt	779	(758)

Im Berichtsjahr wurden 1315 (1296) Vollzugsaufträge erteilt. Diese Dokumente, die vor allem für die Vollzugsanstalten bestimmt sind, liefern nützliche Hinweise über die Art der zu vollziehenden Strafe oder Massnahme sowie die diesbezüglichen Daten.

Die bereits vor einiger Zeit im Hinblick auf die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in Angriff genommenen abteilungsinternen Vorbereitungsarbeiten kommen gut voran. So konnte Ende 1987 ein Konzept für die Bedarfsanalyse vorgelegt werden. Das Verfahren zur Verwirklichung des Vorhabens ist auf guten Wegen.

2.3 **Fremdenpolizei**

Die Entwicklung des Ausländerbestandes von 1983 bis 1987 (Stand jeweils Ende Dezember, ohne Saisonarbeiter und Grenzgänger):

1983	68 215
1984	68 575
1985	68 965
1986	70 059
1987	72 168

Libération conditionnelle		
Exécution en semi-détention		20 (7)
Exécution normale		22 (41)
Révocation		- (1)

2.2.6 *Division cellulaire de l'Hôpital de l'Île*

Cette division rend de très précieux services aux organes d'exécution et de la justice, non seulement dans le cadre du Concordat du Nord-Ouest et de la Suisse centrale mais aussi d'autres cantons. Tant le corps médical que le personnel surveillant collaborent étroitement avec les autorités concernées.

Exécution de peines de courte durée	1	(4)
Hospitalisation (y compris les détenus en préventive)	223	(203)
Consultations		
- détenus hospitalisés	612	(660)
- examens/soins ambulatoires	770	(800)

2.2.7 *Recours en grâce*

Le Grand Conseil a traité:

Demandes de remise d'amende	5	(3)
Demandes de remise de peine	36	(32)
dont: rejetées	27	(20)
portant sur une remise conditionnelle ou partielle	9	(12)

2.2.8 *Casier judiciaire*

Les divers mouvements du casier judiciaire (entrées et sorties) ont, en 1987, régressé de 0,6 pour-cent environ, alors qu'en 1986 ils étaient en augmentation de 3 pour-cent.

Inscriptions au casier judiciaire	94 104	(91 413)
Extraits de casier judiciaire	78 334	(82 048)
dont: établis à l'adresse de personnes privées	779	(758)

Durant l'année écoulée, 1315 (1296) ordres d'exécution ont été établis. Destinés en priorité aux établissements d'exécution, ces documents fournissent, dans un premier temps, les indications utiles, notamment sur la nature de la peine ou de la mesure mise à exécution ainsi que les dates s'y rapportant. Les travaux préliminaires internes entrepris il y a quelques temps déjà en vue de l'introduction du traitement électronique des données vont bon train. C'est ainsi qu'à la fin de l'année 1987, un concept d'analyse des besoins a été déposé. La procédure tendant à la réalisation du projet envisagé suit son cours.

2.3 **Police des étrangers**

Evolution de l'effectif des étrangers de 1983 à 1987 (Recensement de fin décembre sans les travailleurs saisonniers ni les frontaliers)

1983	68 215
1984	68 575
1985	68 965
1986	70 059
1987	72 168

Vergleich der Dezemberzahlen 1986/87

Tableau comparatif des chiffres de décembre 1986/1987

	Wohnbevölkerung			Erwerbstätige		
	1986	1987	%	1986	1987	%
Kontrollpflichtige						
Jahresaufenthalter	15 846	17 408	+9,9	11 011	12 174	+10,6
Niederlasser	54 213	54 760	+1,0	33 493	34 255	+2,3
Total	70 059	72 168	+3,0	44 504	46 429	+4,3
Ausgestellte Bewilligungen (inkl. Verlängerungen)						
				1986	1987	
- Zusicherungen der Aufenthaltsbewilligungen und Einreisebewilligungen				17 506	17 771	
- Bewilligungen zum Stellenantritt und Stellenwechsel				2 719	3 001	
- Aufenthaltsbewilligungen				39 324	40 972	
- Niederlassungsbewilligungen				19 331	22 469	
- Toleranzbewilligungen				3	3	
- Grenzgängerbewilligungen				628	711	
Total				79 511	84 927	
Umwandlung von Saison- in Jahresbewilligungen						
				1986	1987	
<i>Bewilligungsanträge</i> an das Bundesamt für Ausländerfragen (BfA) in Einreisefällen				725	795	
<i>Ablehnung von Gesuchen</i>						
- Direkte Ablehnungen				1 672	1 998	
- Ablehnungsanträge an das BfA in Einreisefällen				27	29	
<i>Entfernungsmassnahmen</i>						
- Ausweisungsverfügungen				2	2	
- Wegweisungsverfügungen				194	186	
- Kurzfristige Ausreiseverfügungen oder sofortige Ausschaffungen				326	293	
- Beim BfA beantragte Einreisesperren gegen Ausländer, die bereits ausgeweisert waren				177	104	
<i>Angedrohte Entfernungsmassnahmen</i>						
- Androhung der Ausweisung				8	8	
<i>Behandelte Einsprachen</i>				149	119	

	Population résidente			Population active		
	1986	1987	%	1986	1987	%
Etrangers à l'année						
sous contrôle	15 846	17 408	+9,9	11 011	12 174	+10,6
Etrangers établis	54 213	54 760	+1,0	33 493	34 255	+2,3
Total	70 059	72 168	+3,0	44 504	46 429	+4,3
Autorisations délivrées (prolongations comprises)						
				1986	1987	
- Assurances de permis de séjour et autorisations d'entrée				17 506	17 771	
- Autorisations de prise d'emploi et de changement de place				2 719	3 001	
- Permis de séjour				39 324	40 972	
- Permis d'établissement				19 331	22 469	
- Permis de tolérance				3	3	
- Permis frontaliers				628	711	
Total				79 511	84 927	
Transformations de permis saisonniers en permis à l'année						
				1986	1987	
<i>Propositions d'autorisations d'entrée</i> adressées à l'Office fédéral des étrangers (OFE)				725	795	
<i>Rejets de requêtes</i>						
- Rejets décidés par le canton				1 672	1 998	
- Propositions de refus d'entrée adressées à l'OFE				27	29	
<i>Mesures d'éloignement</i>						
- Décisions d'expulsion				2	2	
- Décisions de renvoi				194	186	
- Décisions de départ ou refoulement à bref délai				326	293	
- Interdictions d'entrée proposées à l'OFE contre des étrangers ayant déjà quitté la Suisse				177	104	
<i>Menaces de mesures d'éloignement</i>						
- Menaces d'expulsion				8	8	
<i>Oppositions traitées</i>				149	119	

Im Verlauf des Jahres 1987 nahm die ausländische Bevölkerung um 3 Prozent zu; ein Satz, der leicht über dem schweizerischen Mittel von 2,4 Prozent liegt. Diese Zunahme ist nicht allein der weiterhin günstigen Wirtschaftslage zuzuschreiben, sondern auch der steigenden Zahl der Saisonarbeitskräfte, deren Bewilligungen in Ganzjahresbewilligungen umgewandelt wurden sowie den daraus resultierenden Familiennachzügen. Der ausgetrocknete Arbeitsmarkt und die für viele Ausländer nach wie vor grosse Anziehungskraft der Schweiz bewirkten eine beachtliche Zunahme der Bewilligungsbegehren. Diese Tendenz zeigte sich sowohl durch die Anzahl erteilter Bewilligungen als auch abgewiesener Gesuche. Was die Zulassung erwerbstätiger Ausländer betrifft, hat der Bundesrat für die Periode 1987/1988 die gleichen Höchstzahlen (Kontingente) festgelegt wie im Vorjahr. Aus dem Asylbereich ist die Eröffnung eines Erstaufnahmezentrums per 1. Mai 1987 zu erwähnen, welches dazu beitrug, dass die ersten durch den Kanton vorzunehmenden Formalitäten rationalisiert werden konnten und dadurch die Asylverfahren bei den Bundesbehörden beschleunigen hilft. Dank der Eröffnung des Zentrums konnten die kantonalen Behörden die Betreuungs- und Unterkunftprobleme einigermaßen lösen, obschon sich die Zahl der Asylbewerber gegenüber 1986 verdoppelte (501/231). Die vom Regierungsrat am 26. November 1986 eingesetzte Härtefallkommission in Asylsachen hat ihre Arbeit im Januar 1987 aufgenommen. Die Aufgabe besteht in der Prüfung

Au cours de l'année 1987, la population étrangère du canton de Berne s'est accrue de 3 pour-cent, taux légèrement supérieur à la moyenne suisse qui est de 2,4 pour-cent. Cette augmentation est non seulement due à la persistance de la bonne conjoncture économique, mais aussi au nombre croissant des saisonniers ayant vu leur permis transformé en une autorisation à l'année et aux regroupements familiaux qui en sont résultés. L'assèchement du marché du travail et l'attrait que représente toujours la Suisse pour beaucoup d'étrangers ont nécessairement conduit à une progression considérable des demandes d'autorisation. Cette tendance se reflète aussi bien dans le nombre des permis délivrés que dans celui des demandes rejetées. En ce qui concerne l'admission des travailleurs étrangers, le Conseil fédéral a reconduit pour la période 1987/1988 les nombres maximums (contingents) fixés l'année précédente. Dans le domaine de l'asile, on mentionnera l'ouverture à Berne, le 1^{er} mai 1987, d'un centre de premier accueil, qui a permis de rationaliser les tâches relatives aux premières formalités à accomplir par le canton et de contribuer ainsi à une accélération de la procédure d'asile à l'échelon fédéral. Grâce à la création de ce centre, les autorités cantonales ont pu maîtriser tant bien que mal les problèmes de placement et d'encadrement des requérants quand bien même l'afflux de ceux-ci a plus que doublé par rapport à 1986 (501 contre 231). La Commission cantonale de préavis pour cas de rigueur en matière d'asile créée par le Conseil-exécutif le 26 novembre

humanitärer Aspekte, die bei einem abgewiesenen Asylbewerber den weiteren Aufenthalt rechtfertigen könnten, wenn sich sein Verfahren über mehrere Jahre hingezogen hat. Der Antrag muss gestellt werden, bevor die zuständige Bundesbehörde die endgültige Wegweisung verfügt. Die Kommission hat sich der Aufgabe sehr ernsthaft angenommen und in 14 Sitzungen 75 Fälle studiert, wovon deren 42 (meist Familien mit Kindern) als Härtefälle anerkannt wurden.

2.4 **Amt für den Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst**

Zivilstandsdienst

Das Jahr 1987 stand im Zeichen der Vorbereitung auf das neue Eherecht. Der Bundesrat genehmigte am 14. Januar 1987 eine Teilrevision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung. Diese sichert die korrekte Anwendung des neuen materiellen Rechts, bringt zahlreiche Neuerungen in der Technik der Registerführung und verpflichtet die Kantone zur regelmässigen Ausbildung der im Zivilstandswesen tätigen Personen. Im Hinblick auf den Einsatz moderner technischer Hilfsmittel sind die Kantone ermächtigt worden, die regionale oder zentrale Führung des Familienregisters vorzusehen. Diese Fragen werden im Rahmen der bevorstehenden Gesamtrevision des Dekretes über den Zivilstandsdienst zu prüfen sein. Das am 18. Dezember 1987 von den eidgenössischen Räten verabschiedete Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht wird die Aufsichtsbehörden und die Zivilstandsbeamten vor neue Aufgaben stellen.

Namensänderungen

Von den 1071 (Vorjahr 1029) bewilligten Namensänderungen bezogen sich 898 (857) auf Gesuche geschiedener Frauen um Weiterführung des Ehenamens.

2.4.1 *Zivilstandsämter*

Der Regierungsrat bestätigte die Wahlen von neun Zivilstandsbeamtinnen und fünf Zivilstandsbeamten sowie von drei Stellvertreterinnen und einem Stellvertreter. Die Inspektion der Zivilstandsämter erfolgte durch die Regierungsstatthalter, welche der Polizeidirektion über ihre Beobachtungen Bericht erstatteten.

Zur Einführung in das neue Eherecht wurden im Frühjahr 1987 sechs ganztägige Instruktionkurse durchgeführt. Die Detailinstruktion erfolgte im Herbst an zwölf zweitägigen Kursen. Acht Zivilstandsbeamte wurden überdies an interkantonale Kurse für Instrukteure delegiert. Der Regierungsrat erliess am 2. Dezember 1987 eine neue Verordnung über die Gebühren der Zivilstandsbeamten, welche am 24. Dezember durch den Bundesrat genehmigt wurde.

2.4.2 *Bürgerrechtsdienst*

Einbürgerungen

Im *ordentlichen Einbürgerungsverfahren* erteilte der Grosse Rat 231 Bewerberinnen (Vorjahr: 450) das bernische Kantonsbürgerrecht und das Bürgerrecht einer bernischen Gemeinde. Der Rückgang betrifft vorwiegend Schweizer Bürger anderer Kantone. Ein Einbürgerungsgesuch wurde abgewiesen.

1986 a commencé ses travaux en janvier 1987. Son rôle est d'analyser les aspects humanitaires qui pourraient justifier l'ultérieur séjour d'un requérant d'asile en cas de rejet de sa demande lorsque la procédure s'est prolongée sur plusieurs années, le préavis devant être donné avant que ne soit prise la décision définitive de renvoi par l'autorité fédérale compétente. Prenant sa tâche très à cœur, la commission a tenu 14 séances et a examiné 75 dossiers dont 42 (le plus souvent des familles avec enfants) ont été reconnus comme cas de rigueur.

2.4 **Service de l'état civil et de l'indigénat**

Service de l'état civil

L'année 1987 a été marquée par les préparatifs en vue de l'introduction du nouveau droit matrimonial. Le 14 janvier 1987, le Conseil fédéral a sanctionné la révision partielle de l'ordonnance fédérale sur l'état civil. Elle garantit une application correcte du nouveau droit matériel, apporte de nombreuses nouveautés quant à la tenue des registres et oblige les cantons à faire profiter le personnel de l'état civil d'une formation périodique. En considération des moyens techniques modernes qui vont être utilisés, les cantons ont été habilités à prévoir l'introduction d'un registre des familles régional ou central. Ces questions seront examinées dans le cadre de la révision globale du décret sur le service de l'état civil qui est en perspective. La loi fédérale sur le droit international privé qui a été adoptée le 18 décembre 1987 par les deux chambres fédérales va imposer de nouvelles tâches aux autorités de surveillance et aux officiers de l'état civil.

Changements de nom

Des 1071 (1986: 1029) changements de nom autorisés, 898 (857) concernaient des femmes divorcées, désireuses de continuer à porter le nom de leur ex-époux.

2.4.1 *Offices de l'état civil*

Le Conseil-exécutif a confirmé l'élection de quatorze officiers de l'état civil, soit neuf femmes et cinq hommes, ainsi que de trois suppléantes et d'un suppléant. Les préfets ont procédé à l'inspection des offices de l'état civil et présenté leur rapport en la matière à la Direction de la police. L'introduction au nouveau droit matrimonial a fait l'objet de six journées de cours qui ont été organisées au printemps.

La formation détaillée a eu lieu en automne pendant douze fois deux jours de cours. Huit officiers de l'état civil ont été délégués à des cours intercantonaux organisés pour les instructeurs. Le 2 décembre, le Conseil-exécutif a promulgué une nouvelle ordonnance sur les émoluments des officiers de l'état civil du canton de Berne, qui a été approuvée le 24 décembre par le Conseil fédéral.

2.4.2 *Service de l'indigénat*

Naturalisation

Dans la *procédure de naturalisation ordinaire*, le Grand Conseil a octroyé à 231 requérants (1986: 450) le droit de cité du canton de Berne ainsi que celui d'une commune bernoise. Cette diminution concerne principalement les citoyens suisses d'autres cantons. Une demande de naturalisation a été rejetée.

Die Eingebürgerten stammen aus folgenden Staaten:

Staat	Zahl der Bewerber	Zahl der eingebürgerten Personen
Schweiz (Bürger anderer Kantone)	24	58
Deutschland	53	79
Italien	44	56
Jugoslawien	22	37
Österreich	14	21
Spanien	5	5
Tschechoslowakei	27	53
Türkei	5	15
Verschiedene (alle weniger als 5 Bewerber aus 23 verschiedenen Staaten)	37	77
Total	231	401

Durch die Einbürgerung von 207 ausländischen Bewerbern erhielten 343 Personen das bernische Kantonsbürgerrecht, was im Verhältnis zu der an der Volkszählung 1980 ermittelten Einwohnerzahl von 912 091 Personen 0,38 Promille ausmacht. Im Rahmen des *eidgenössischen Bewilligungsverfahrens* konnten 218 Gesuche empfohlen werden und in 23 Fällen wurde Antrag auf Abweisung gestellt.

Bürgerrechtsfeststellungen

Kinder einer mit einem Ausländer verheirateten Schweizerin, die zwischen dem 1. Januar 1953 und dem 30. Juni 1985 geboren wurden, können nach dem bis zum 30. Juni 1988 geltenden Übergangsrecht die Feststellung des Schweizer Bürgerrechts verlangen. Bis Ende 1987 wurden 6020 Personen als Schweizer Bürger anerkannt, davon 2396 im Jahre 1987. Ende 1987 waren noch 2645 Gesuche hängig. Der Zustrom hält unvermindert an.

Bürgerrechtsentlassungen

Aus dem Kantons- und damit aus dem Schweizer Bürgerrecht wurden 17 Personen (Vorjahr: 13) entlassen. 109 Personen (109) verzichteten nach erfolgter Einbürgerung in einem andern Kanton auf ihr bernisches Kantons- und Gemeindebürgerrecht.

2.5 Schutzaufsichtsamt

Personelles

Im Rahmen der internen Fortbildung des Personals wurden verschiedene praxisorientierte Themen behandelt. Freie Mitarbeiter/innen wurden im Berichtsjahr 487 eingesetzt. Die teilweise Freistellung eines Sozialarbeiters für die Werbung und die Einführung freier Mitarbeiter/innen erlaubte die Anzahl der ehrenamtlichen Betreuer/innen erheblich zu erhöhen (1986: 286). Besonders Dank bei der Verbesserung der freien Mitarbeit schulden wir der Evangelisch-reformierten Landeskirche, die uns immer wieder ihre Hilfe bereitwillig zur Verfügung stellt. Trotz der beeindruckenden Zunahme in der freien Mitarbeit muss festgehalten werden: Die Bürger/innen unserer Gesellschaft sind weithin nicht bereit und nicht in der Lage, straffällig gewordene Mitbürger/innen aufzunehmen und zu akzeptieren. Zählbare Vorurteile sind weitverbreitet. Diese Einstellung erschwert die Zunahme der freien Mitarbeit enorm. Ferner ist es irrig zu meinen, die Betreuung straffälliger Mitmenschen sei eine derart einfache Sache, dass beruflich ausgebildete Kräfte durch Laienhelfer/innen ersetzt werden könnten. Selten ermöglicht der Einsatz eines(r) freien Mitarbeiters(in) die vollständige Delegation der Betreuung. Erfahrungsgemäss ist eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen freien Mitarbeitern/-innen und Sozialarbeitern/-innen die effiziente-

Les personnes naturalisées sont originaires des Etats suivants:

Etat	Nombre de requérants	Nombre de personnes naturalisées
Suisse (ressortissants d'autres cantons)	24	58
Allemagne	53	79
Italie	44	56
Yougoslavie	22	37
Autriche	14	21
Espagne	5	5
Tchécoslovaquie	27	53
Turquie	5	15
Divers (tous avec moins de 5 requérants de 23 Etats différents)	37	77
Total	231	401

Par la naturalisation de 207 requérants étrangers, 343 personnes ont obtenu le droit de cité cantonal bernois, ce qui équivaut à 0,38 pour-mille des 912 091 habitants dénombrés lors du recensement fédéral du 2 décembre 1980. Dans le cadre de la *procédure fédérale de naturalisation*, 218 demandes ont pu être préavisées favorablement alors que le rejet a été proposé dans 23 cas.

Constatations du droit de cité suisse

Les enfants d'une Suissesse mariée à un étranger, nés entre le 1^{er} janvier 1953 et le 30 juin 1985, peuvent demander la constatation du droit de cité suisse, selon le droit transitoire en vigueur jusqu'au 30 juin 1988. Jusqu'à fin 1987, le droit de cité suisse a été reconnu en faveur de 6020 personnes, dont 2396 au cours de l'exercice. A la fin de l'année, 2645 demandes étaient en suspens. Les demandes continuent d'affluer.

Libération du droit de cité

Dix-sept personnes (1986: 13) ont été libérées du droit de cité cantonal, partant de la nationalité suisse. 109 personnes (1986: 109) naturalisées dans un autre canton ont renoncé à leur droit de cité cantonal et communal bernois.

2.5 Office du patronage

Personnel

Plusieurs sujets venant de la pratique ont été traités dans le cadre de la formation interne du personnel. 487 collaboratrices et collaborateurs bénévoles ont apporté leur concours au cours de l'exercice. La mise à disposition temporaire d'un assistant social qui s'est chargé du recrutement et de l'instruction des assistants bénévoles a permis d'en augmenter considérablement leur nombre (1986: 286). Nous sommes tout particulièrement reconnaissants à l'Eglise évangélique-réformée qui nous a aidé sans discontinuer, nous permettant ainsi d'améliorer le secteur du bénévolat. Malgré l'extension frappante dans ce domaine, il faut bien constater que la population ne veut et ne peut ni accueillir ni accepter des concitoyennes et des concitoyens ayant subi une peine. Certains préjugés ont la vie longue et mettent un frein aux efforts entrepris pour développer le bénévolat. D'autre part, il est faux de croire que l'assistance accordée à ces personnes est une chose tellement simple que du personnel ayant reçu la formation professionnelle appropriée peut être remplacé par des aides non professionnels. Les tâches inhérentes à l'assistance ne peuvent être totalement déléguées à des collaborateurs bénévoles que dans des cas rares. L'expérience a montré qu'une collaboration bien organisée entre les collaborateurs

ste und kostengünstigste Variante staatlicher Schutzaufsicht.

Betreuungsarbeit

Im Sinne der Artikel 47 und 379 Ziffer 1 Absatz 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Artikels 63 der Strafvollzugsverordnung des Kantons Bern vom 28. Mai 1986 wurden 1453 (1986: 1585) Frauen und Männern soziale Hilfe gewährt.

Diese gegenüber dem Vorjahr festzustellende Verminderung in der Betreuungsarbeit ist zurückzuführen auf die offensichtliche Überbelastung der Sozialarbeiter, also auf das Missverhältnis zwischen der Zahl der Klienten und derjenigen der zur Verfügung stehenden Betreuer. Hauptursache dieser Situation ist die Arbeitszeitverkürzung, mit welcher ein Dienstleistungsabbau ja in Kauf genommen wurde. Der in den Richtlinien der Regierungspolitik 1986 bis 1990, Ziffer 2.2.3, erwähnte Ausbau der Betreuung muss daher nicht in quantitativem, sondern in qualitativem Sinne verstanden werden. Es wird indessen nicht leicht sein, dieses Ziel zu erreichen. Der Weg hierzu führt zwangsläufig über eine Reduktion der Klientenzahlen, mit andern Worten über eine restriktivere Handhabung des Prinzips der durchgehenden Betreuung, über eine möglichst rasche Weiterleitung definitiv Entlassener an die wohnörtliche Gemeindefürsorge oder an eine private Fachstelle usw. Bereits im Berichtsjahr wurden die Unterstellungsbehörden (Gerichts- und Strafvollzugsbehörden) in diesem Zusammenhang um eine flexible Unterstellungspraxis ersucht.

Statistische Zahlen über einzelne Obliegenheiten

Unterkunftsvermittlungen	275	(200)
Vermittlungen von Arbeitseinsätzen	517	(190)
Begleitungen ambulanter Therapien	299	(146)
Vermittlungen stationärer Therapien	9	(9)
Methadonprogramme	104	(28)
Durchführung regelmässiger Urinproben	35	(13)
Lohnverwaltungen	329	(427)
Schuldensanierungen	93	(109)
Finanzielle Unterstützungen	205	(200)
Rückversetzungen in den Straf- und Massnahmenvollzug infolge erneuter Verurteilung zu einer Strafe von mehr als 3 Monaten	89	(74)
Anträge auf fürsorgliche Freiheitsentziehung	5	
Anträge auf Vormund-, Beistand-, Beiratschaft	9	

Die Mehrheit unserer Klienten/-innen kommen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug (89,5%). Nur 7,2 Prozent wurden anlässlich einer bedingten Verurteilung (StGB Art. 41) unter Schutzaufsicht gestellt. In den letzten zehn Jahren ist die Stellung unter Schutzaufsicht beim bedingten Strafvollzug um mehr als 50 Prozent zurückgegangen (1977: 231 Personen/1987: 105 Personen). Da wir die betreuerischen Erfolgsaussichten bei Delinquenten/innen mit bedingtem Vollzug besser einstufen, macht uns die Entwicklung der vergangenen Jahre Sorge. Mit 48 (3,3%) Unterstellungen bei vorzeitiger Entlassung aus der Untersuchungshaft (Gesetz über das Strafverfahren des Kantons Bern, Art. 127) ist die Anzahl der Betreuten in diesem Bereich um 20 angestiegen. Mit ca. 50 Prozent suchtabhängigen Klienten/-innen ist das Schutzaufsichtsamt eine bedeutende kantonale Beratungsstelle für Suchtabhängige. Die starke Zunahme der Methadonprogramme als geeignete Behandlungsmöglichkeiten verlangt vom Sozialarbeiter einen kreativen Einsatz und eine engagierte sozialarbeiterische Hilfe. Die Altersgruppen der 23- bis 30jährigen sind am stärksten vertreten.

Zur Unterstützung der oft komplizierten Betreuungsarbeit

bénévoles et les assistants sociaux est la meilleure solution qui permette de remplir les tâches du patronage d'une manière efficace tout en veillant aux dépenses.

Assistance

L'Office du patronage a offert l'assistance à 1453 (1986: 1585) femmes et hommes au sens défini par les articles 47 et 379, chiffre 1, 1^{er} alinéa, du Code pénal suisse et de l'article 63 de l'ordonnance cantonale du 28 mai 1986 sur l'exécution des peines.

Le ralentissement constaté dans le domaine de l'assistance en comparaison de l'année précédente doit être attribué à la surcharge de travail évidente des assistants sociaux, c'est-à-dire au déséquilibre existant entre le nombre des patronnés et celui des assistants disponibles. Le motif principal de cette situation est la réduction du temps de travail qui a naturellement entraîné une diminution des services. C'est pourquoi l'intensification de l'assistance figurant sous chiffre 2.2.3 des directives sur la politique gouvernementale 1986 à 1990 ne doit pas être considérée du point de vue quantitatif, mais qualitatif. Toutefois, cet objectif ne sera pas facile à atteindre. Ceci impliquera obligatoirement une réduction du nombre des patronnés, soit une application restrictive du principe de l'assistance continue et un transfert aussi rapide que possible des détenus libérés définitivement aux œuvres sociales de leur commune de résidence ou à un service spécialisé privé, etc. Au cours de l'exercice, la demande a été déposée auprès des autorités judiciaires et de l'exécution des peines afin que la pratique en matière de mise sous patronage devienne plus souple.

Statistique concernant les différentes tâches

Recherches de logement	275	(200)
Recherches de travail	517	(190)
Accompagnements à des thérapies ambulatoires	299	(146)
Recherches d'établissements spécialisés	9	(9)
Traitements à la méthadone	104	(28)
Analyses d'urines périodiques	35	(13)
Gestions de salaire	329	(427)
Assainissements de dettes	93	(109)
Soutiens financiers	205	(200)
Réintégrations en exécution des peines et mesures pour une nouvelle condamnation à une peine dépassant trois mois	89	(74)
Demandes de privation de liberté à des fins d'assistance	5	
Demandes de tutelle, d'assistance, de conseil consultatif	9	

La majorité de notre clientèle vient de l'exécution des peines et des mesures (89,5%). Seuls 7,2 pour-cent ont été placés sous patronage lors d'une condamnation avec sursis (art. 41 CPS). Au cours de ces dix dernières années, la mise sous patronage pour l'exécution des peines avec sursis a reculé d'un peu plus de 50 pour-cent (1977: 231, 1987: 105). Cette évolution nous inquiète, car nous sommes d'avis que les chances de réussite de l'assistance accordée aux délinquants condamnés avec sursis sont meilleures. Le nombre des personnes en détention préventive mises en liberté provisoire (art. 127, Code de procédure pénale du canton de Berne) a augmenté de 20, ce qui le porte à 48 (3,3%). Le pourcentage de la clientèle toxicomane étant d'environ 50 pour-cent, l'Office du patronage est devenu un service cantonal de consultation important en la matière. Le nombre des traitements à la méthadone a fortement augmenté; ils exigent de la part des assistants sociaux une adaptation continue de leur méthode de travail et l'apport d'une assistance soutenue. La tranche d'âge de 23 à 30 ans est la plus fortement représentée dans ce domaine.

Le médecin-chef de la psychiatrie médico-légale nous a soutenu dans ce travail d'assistance fort compliqué en organisant

fürhte die Chefärztin der forensischen Psychiatrie bei uns 14 Team- und mehrere Einzelberatungen durch.

Die Arbeitsvermittlung ist zurzeit sehr schwierig. Vor allem für Männer und Frauen mit erheblichen persönlichen, körperlichen, seelischen Benachteiligungen müssen ausschliesslich spezifische Arbeitsplätze mit grossem Schonraum gesucht werden, die im offenen Stellenmarkt kaum zu finden sind. Diese Tatsache bewirkt einen häufigen Stellenwechsel und veranlasst den/die Sozialarbeiter/in zu stets neuen Einsatzvermittlungen und führt zu einer engen Zusammenarbeit mit verschiedenen Büros für temporäre Arbeit. Der häufige Stellenwechsel und das gezielte Bemühen um den geeigneten Arbeitsplatz drückt sich in der starken Zunahme der Einsatzvermittlungen aus. Für drei Klienten konnte ein ordentliches Lehrverhältnis vermittelt werden.

Der Notwohnungsbestand des Amtes umfasst zurzeit 18 Studios und Zimmer im ganzen Kanton. Dennoch sind durchschnittlich 50 bis 60 Klienten mehr oder weniger dauernd obdachlos.

Treuhänderisch wurden 1315 790 Franken verwaltet (1986: 1314 742 Fr.). Davon gingen als Lohngehälter der Klienten bei uns 762 513 Franken ein und als Pekulien 242 087 Franken. Im Rahmen der Schuldensanierungen konnten Klienten/-innen an Steuerausständen und Gerichtskosten dem Staat 120 985 Franken begleichen. Die Unterstützungsbeiträge reduzierten sich pro unterstützte Person und Jahr durchschnittlich um 557 Franken auf 2043 Franken.

Die evangelisch-reformierten und katholischen Kirchgemeinden sowie verschiedene private Spender und Hilfswerke unterstützten unsere Arbeit in verdankenswerter Weise mit rund 75 000 Franken und materiellen Hilfen wie Kleidern, Wohnungseinrichtungen u. a. m.

2.6 Strassenverkehrs- und Schiffsamt

Der Bestand an Motorfahrzeugen und Anhängern hat sich im Berichtsjahr um 13 000 Einheiten oder 2,82 Prozent auf total 481 000 Einheiten erhöht. Auffallend ist erneut die Zunahme bei den Motorrädern. Sie fiel aber mit 6,5 Prozent etwas schwächer aus als im Vorjahr. Ende Jahr war ein Bestand von 26 400 Fahrzeugen zu verzeichnen. Recht deutlich erhöht hat sich immer noch die Zahl der Personenwagen; sie stieg um 7 000 Einheiten (gegenüber 7 800 im Vorjahr). Bei den übrigen Fahrzeugarten sind die Schwankungen gering. So ist der Bestand an immatrikulierten Lastwagen mit 5 500 nur unwesentlich angestiegen (+100). Abgenommen hat erneut die Zahl der in Verkehr stehenden Motorfahräder. Sie beträgt noch rund 113 000 Einheiten (ca. 4 000 Mofas weniger als im Vorjahr). Dieser Abnahme steht andererseits eine massive Zunahme bei den Fahrrädern gegenüber. Deren Bestand hat sich um 16 000 auf nunmehr rund 439 000 Fahrzeuge erhöht.

Die Zahl der auf bernischen Gewässern zugelassenen Schiffe hat sich im Berichtsjahr wegen der beschränkten Zahl von vorhandenen Schiffsliegplätzen nur um ca. hundert Einheiten erhöht. Die Gesamtzahl der immatrikulierten Schiffe beträgt nun ca. 13 600.

Der Ertrag der Fahrzeugsteuern fiel mit 145,83 Mio. Franken zwar um 1,66 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr, erreichte jedoch den budgetierten Wert von 146,0 Mio. Franken nicht ganz. Die Gebühreneinnahmen verringerten sich im Berichtsjahr auf 14,78 Mio. Franken, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang um 0,42 Mio. Franken (2,76%) entspricht. Besonders ins Gewicht fiel hier die erstmals aufs ganze Jahr wirksame Neuregelung der Gebührenerhebung für die Wiederausgabe von Kontrollschildern nach deren Hinterlegung (-0,527 Mio. Fr.).

à notre office 14 consultations de groupe et de nombreuses consultations particulières.

La recherche de travail est actuellement très difficile. Surtout en ce qui concerne les hommes et les femmes fortement handicapés au niveau personnel, physique et psychique, il faudrait pouvoir trouver uniquement des places de travail répondant à leurs besoins et leur assurant les ménagements qui sont nécessités par leur état; de telles places ne se trouvent guère sur le marché du travail. Ceci implique un changement de place fréquent qui oblige les assistants sociaux à entreprendre de nouvelles recherches de travail en étroite collaboration avec divers bureaux procurant du travail temporaire. La forte augmentation du nombre des recherches de travail est le reflet de cette situation. Une place d'apprentissage a été trouvée pour trois clients.

Les logements provisoires de l'Office comportent 18 studios et chambres répartis sur tout le territoire du canton. Malgré tout, il reste encore 50 à 60 patronnés en moyenne qui sont sans abri plus ou moins en permanence.

Nous avons assuré la gérance de 1315 790 francs (1986: 1314 742 fr.), dont 762 513 francs provenant de salaires et 242 087 francs de pécules. Dans le cadre des assainissements de dettes, les patronnés ont pu verser 120 985 francs comme arriérés d'impôts et frais de justice. Les secours versés ont diminué en moyenne de 557 francs et se sont élevés à 2043 francs par patronné pour l'année.

Les paroisses des Eglises évangélique-réformée et catholique ainsi que divers donateurs et œuvres de bienfaisance ont soutenu nos efforts en nous versant la somme de 75 000 francs et en mettant à notre disposition des habits, du mobilier, etc.

2.6 Office de la circulation routière et de la navigation

Au cours de l'exercice, l'effectif des véhicules à moteur et des remorques a augmenté de 13 000 unités (2,82%) pour atteindre un total de 481 000 véhicules. Le nouvel accroissement des motocycles est frappant, bien que son taux de 6,5 pourcent soit légèrement inférieur à celui de l'année précédente. L'effectif enregistré à la fin de l'année était de 26 400 véhicules. Le nombre des voitures de tourisme continue sa nette progression; il a augmenté de 7 000 unités (1986: 7 800). Les fluctuations enregistrées pour les autres catégories de véhicules sont minimes. L'effectif des camions enregistrés n'a augmenté que de 100 unités et s'élève à 5 500. Le nombre des cyclomoteurs admis à la circulation a de nouveau baissé; il est de 113 000 unités (env. 4 000 de moins que l'année précédente). Par contre, celui des bicyclettes a augmenté de 16 000 unités et s'élève à environ 439 000.

Le nombre limité de places d'amarrage dans les eaux bernoises, l'effectif des bateaux immatriculés n'a augmenté que d'une centaine d'unités et compte environ 13 600 bateaux.

Le produit des taxes sur les véhicules se monte à 145,83 millions de francs, l'augmentation de 1,66 million de francs par rapport à l'année précédente n'a tout de même pas permis d'atteindre la somme portée au budget de 146 millions. Les recettes d'émolument ont diminué de 0,42 million de francs par rapport à l'année précédente (2,76%) et se sont montées à 14,78 millions de francs. La nouvelle réglementation concernant la perception d'émolument pour la délivrance des plaques de contrôle qui avaient été déposées a eu de grandes répercussions (-0,527 million), étant donné qu'elle a été appliquée, pour la première fois, au cours de toute l'année.

Les émoluments prélevés sur la petite batellerie ont passé de 2,05 millions de francs l'année précédente à 2,67 millions au

Der Ertrag aus Gebühren der Kleinschiffahrt stieg von 2,05 Mio. Franken im Vorjahr auf 2,67 Mio. Franken im Berichtsjahr. Diese enorme Steigerung ist im wesentlichen auf die strenge Bruttodarstellung von Einnahmen und Ausgaben zurückzuführen; real ergab sich kaum eine Erhöhung.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe zugunsten der Eidgenossenschaft überstieg auch in diesem Jahr die Grenze von zwölf Mio. Franken; dem Kanton verblieb eine Aufwandschädigung von 377 000 Franken (Vorjahr 375 000 Fr.). Die aus dem Vignettenverkauf resultierende Entschädigung bezifferte sich auf 303 100 Franken und war damit leicht rückläufig (Vorjahr 317 000 Fr.); sie bewegte sich auf dem Niveau des Jahres 1985.

Die Zahl der erteilten Lernfahrausweise hat im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen. Im Berichtsjahr wurden 24 597 Ausweise abgegeben, was einer Abnahme von 4,2 Prozent entspricht. Von den erteilten Ausweisen entfielen 15 657 auf die Kat. B (leichte Motorwagen), 6816 auf die Kat. A und A1 (Motorräder), der Rest auf die übrigen Kategorien.

Die Mutationen im Bestand der Fahrzeugführer erforderten das Ausstellen von 84 100 Führerausweisen für Motorfahrzeuge und von 6300 Führerausweisen für Motorfahräder.

Die Zahl der über 70jährigen und somit der periodischen ärztlichen Kontrolluntersuchung unterliegenden Ausweisinhaber hat auch im Berichtsjahr weiter zugenommen. Insgesamt wurden 6450 vertrauensärztliche Untersuchungen veranlasst (inbegriffen die Untersuchungen der Berufsschauffeure) und über 10 000 hausärztliche Zeugnisse angefordert.

Im Administrativverfahren waren 24 229 Anzeigen gegen fehlbare Fahrzeugführer neu zu beurteilen (Abnahme 4,9% gegenüber dem Vorjahr). Insgesamt wurden 3361 Entzüge des Führerausweises für Motorfahrzeuge verfügt. Hievon waren Ende Jahr 3138 Entscheide rechtskräftig. Der leichten Zunahme von 5,8 Prozent gegenüber 1986 steht andererseits eine Abnahme bei den Verwarnungen gegenüber (Gesamttotal 4003 gegenüber 4638 im Vorjahr).

Auf dem Gebiet der Verkehrstechnik wurde im Berichtsjahr die EDV-gestützte Unfallanalyse eingeführt. Aus Rationalisierungsgründen und um die Dispositionen der ausführenden Unternehmungen zu erleichtern, ist für die Markierungsarbeiten auf Staatsstrassen eine 5-Jahres-Submission auf der Basis eines Unterhaltsvertrages erarbeitet und für die Jahre 1988 bis 1992 ausgeschrieben worden. Für den sinnvollen Einsatz von Fussgängerlichtsignalanlagen wurde eine Studie mit einer Kriterienliste zur Beurteilung der zahlreichen Begehren ausgearbeitet. Schliesslich ist für den Betrieb der Lichtsignalanlagen ein neuer Unterhaltsvertrag erarbeitet worden.

Im Berichtsjahr wurden acht Lichtsignalanlagen saniert und verkehrs- und umweltgerecht dem Betrieb übergeben. Eine Anlage wurde neu erstellt. Weitere 17 Anlagen befinden sich in Projektierung oder im Bau.

Eine zunehmende Flut von Verkehrsgutachten und Verkehrsmassnahmen (total 769) wurden geprüft und entsprechende Massnahmen realisiert bzw. verfügt. Auffallend sind insbesondere die zunehmende Zahl von Gesuchen um Herabsetzung der Geschwindigkeiten sowie der Wunsch nach Massnahmen für mehr Sicherheit der Velofahrer und Fussgänger.

Bei den Schiffs- und Schiffsführerprüfungen wurden die Sanierungsarbeiten an den Anlagen weitergeführt. Durch extremes Hochwasser in der Aare sowie durch Stürme auf dem Thuner- und Bielersee entstanden unerwartet viele Schäden an den Anlagen.

Die Zahl der Schiffs- und Schiffsführerprüfungen (2168 und 1567) hielt sich im Rahmen der letzten Jahre. Im Hinblick auf die grossen Rückstände bei den periodischen Schiffsprüfungen wurden Vorbereitungen getroffen, um die Prüfkapazität 1988 wesentlich zu erhöhen.

cours de l'exercice. Cette énorme augmentation est due à la présentation rudimentaire des recettes et des dépenses; en réalité on n'a enregistré qu'une très légère augmentation.

Les recettes de la taxe fédérale sur les poids lourds ont, à nouveau, dépassé les 12 millions de francs; le canton de Berne a été indemnisé avec la somme de 377 000 francs pour le travail effectué (1986: 375 000 fr.). L'indemnisation provenant de vente des vignettes autoroutières s'est élevée à 303 100 francs (1986: 317 000); elle est ainsi revenue au niveau de 1985.

Le nombre des permis d'élève-conducteur délivrés a été de 24 597, ce qui représente une légère diminution de 4,2 pourcent en comparaison de l'année précédente. 15 657 de ces permis concernaient la catégorie B (voitures automobiles légères), 6816 les catégories A et A1 (motocycles), le reste concernant les autres catégories.

Les mutations concernant les conducteurs de véhicules ont nécessité la délivrance de 84 100 permis de conduire pour véhicules à moteur et de 6300 permis de conduire pour cyclo-moteurs.

Le nombre des détenteurs d'un permis de conduire ayant dépassé 70 ans et astreints par conséquent à un contrôle médical périodique n'a pas cessé d'augmenter au cours de l'exercice. 6450 examens ont été effectués par des médecins-conseil (y compris les examens pour les chauffeurs professionnels) et plus de 10 000 certificats établis par des médecins de famille ont été sollicités.

Dans le secteur des procédures administratives, 24 229 nouvelles dénonciations déposées contre des conducteurs fautifs ont dû être examinées (diminution de 4,9% par rapport à l'année précédente). 3361 permis de conduire pour véhicules à moteur ont été retirés. 3138 décisions prises en la matière ont passé en force de chose jugée jusqu'à la fin de l'année. En comparaison avec 1986, ces retraits de permis ont augmenté de 5,8 pourcent, tandis que le nombre des avertissements a baissé (1986: 4638, 1987: 4003).

Dans le domaine de la technique du trafic, l'analyse des accidents assistée par le traitement électronique des données a fait son apparition dans le courant de l'année 1987. Pour des raisons de rationalisation et afin que les entreprises chargées des travaux puissent prendre leurs dispositions plus facilement, le marquage des routes cantonales a fait l'objet d'une soumission des travaux portant cinq ans; élaborée sur la base d'un contrat d'entretien, elle a été publiée pour les années 1988 à 1992. Une étude comprenant une liste de critères pour l'examen des nombreuses demandes déposées en matière d'installations de signaux lumineux pour les piétons devrait permettre une mise en place judicieuse de ces installations. Enfin, un nouveau contrat d'entretien a été élaboré pour l'exploitation des installations de signaux lumineux.

Au cours de l'exercice, huit installations de signaux lumineux ont été adaptées aux conditions du trafic et de l'environnement et mises en exploitation. Une nouvelle installation a été construite, 17 autres sont à l'étude ou en construction.

Un afflux d'expertises et de mesures en matière de circulation (769 au total) ont été examinées et les dispositions appropriées ont été prises. Il convient de relever tout particulièrement le nombre accru de demandes pour l'abaissement des vitesses ainsi que l'attente de mesures offrant une plus grande sécurité aux cyclistes et aux piétons.

Les travaux d'assainissement des installations pour les places d'amarrage ont été poursuivis. Les installations portuaires des lacs de Thoune et de Bienne ont été endommagées de façon inattendue par la crue extrêmement forte de l'Aar et par les tempêtes.

Le nombre des inspections de bateaux (2168) et d'examens de conducteurs de bateaux (1567) est resté dans les limites de l'année précédente. Compte tenu des grands retards enregistrés dans les inspections périodiques des bateaux, les mesures

nécessaires ont été prises afin de développer fortement la capacité en la matière en 1988.

2.7 Expertenbüro für das Motorfahrzeugwesen

Trotz mancherlei Bemühungen und Bestrebungen für eine Eindämmung des motorisierten Strassenverkehrs hat dieser auch 1987 nicht stagniert, sondern wiederum deutlich zugenommen. 1987 war bezüglich motorisiertem Strassenverkehr und Fahrzeugzulassungen geradezu wieder ein Rekordjahr. Dass die Verkehrsunfallstatistik 1987 trotzdem ein besseres Bild zeigt als im Vorjahr ist erfreulich. Die erwähnte Verbesserung ist praktisch auch in allen umliegenden Ländern eingetreten. Bedingt durch verschiedene zwingende Umstände (42-Stunden-Woche, neue Abgasvorschriften, weitere Zunahme der Motorisierung, personelle und finanzielle Restriktionen, Verkehrsunfallgeschehen usw.) mussten im Berichtsjahr beim Expertenbüro Prioritäten neu festgelegt und Rationalisierungs- wie auch Delegierungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Die erforderlichen Dienstleistungen insbesondere in den Bereichen Fahrzeug- und Führerprüfungen waren trotzdem gewährleistet. Dezentralisierte Prüfungen mussten allerdings reduziert erfolgen. Damit wurden zusätzliche produktive Arbeitsstunden verfügbar bzw. sind unproduktive Reisezeiten vermindert worden. Verschiedene Massnahmen für den Umweltschutz, z. B. Einführung der obligatorischen jährlichen Abgaswartung für leichte Motorwagen mit Fremdzündungsmotor, Inkraftsetzung von Abgasvorschriften nach US-Norm 83 (Katalysator), neue Lärmgrenzwerte, haben sich sehr positiv ausgewirkt und werden künftig noch mehr zur Sache beitragen. Eher negativ ausgewirkt haben sich die im Fahrzeuggewerbe manifest gewordene grosse Hektik und der allgemeine Verkaufsdruck. Beides bewirkte beim Expertenbüro öfters schubweise Spitzenbelastungen mit allen damit zusammenhängenden nachteiligen Auswirkungen für das Amt und für die Kundschaft. Bessere Dispositionen und Zeitvorgaben sowie vermehrte Eigenleistungen des Fahrzeuggewerbes könnten hier wesentlich zu einer Verbesserung beitragen. Bei den Führerprüfungen zeigte es sich, dass die Fahrschul Ausbildung allgemein, aber ganz besonders in den Regionen Biel, Berner Jura und Oberaargau noch zu verbessern ist. Es scheint, dass bei der Fahrschul Ausbildung der Konkurrenzdruck immer mehr zu «Billiglösungen» führt. Dies bewirkt eine steigende Anzahl von Fahrschülern, die ohne genügende Ausbildung zur Prüfung gebracht werden. Hier steht den Fahrlehrern noch ein grosses Wirkungsfeld offen, das sie im eigenen Interesse besser abdecken sollten. Ein besseres solidarischeres Verhalten der Auszubildner und eine konsequentere Anwendung der gesamtschweizerisch im Detail festgelegten Ausbildungssystematik stehen als Forderungen im Raum. Künftig muss von seiten der Auszubildner auch die Motivation der Fahrschüler mehr gefördert werden. Diesbezügliche Bemühungen erfordern die Ausrichtung auf eine in jeder Hinsicht neue Generation von Fahrschülern. Wenig Verständnis für eine gute, den heutigen Anforderungen entsprechende Fahrschul Ausbildung zeigen oft Väter und Mütter von Fahrschülern. Dies liegt offensichtlich daran, dass solche Väter und Mütter die Ausbildung ihrer Söhne und Töchter mit ihrer eigenen, vor 20 oder mehr Jahren erfolgten Fahrschul Ausbildung vergleichen/messen und dabei nicht die inzwischen eingetretenen Veränderungen und nötig gewordenen höheren Anforderungen berücksichtigen. Die Fahrzeugprüfhalle Bern wurde saniert (u. a. neues Dach mit Isolation) und mit einem neuen Anbau der Motorradprüfbahn versehen. Im Zweigbetrieb Thun konnten die Arbeitsplatz-

2.7 Bureau des experts pour véhicules automobiles

Malgré tous les efforts entrepris pour endiguer le trafic routier motorisé, celui-ci n'a pas non plus plafonné en 1987 mais a nettement augmenté. 1987 a été à nouveau une année record quant au trafic routier motorisé et aux admissions de véhicules à la circulation routière. Malgré tout, on peut heureusement constater que la statistique des accidents pour 1987 donne un tableau moins sombre que l'année précédente. Cette amélioration est constatée pratiquement dans tous les pays environnants.

Les circonstances (semaine de 42 heures, nouvelles prescriptions sur les gaz d'échappement, limitations au niveau du personnel et des finances, accidents de la circulation, etc.) ont contraint le Bureau des experts à fixer de nouvelles priorités et à épuiser toutes les possibilités de rationalisation et de délégation. Les services touchant en particulier les expertises de véhicules et les examens de conducteurs ont été garantis. Toutefois le nombre des expertises et des examens décentralisés a été diminué, permettant ainsi de réduire les déplacements improductifs et par conséquent de récupérer des heures de travail effectif. Diverses mesures prises en faveur de la protection de l'environnement, comme par exemple l'entretien annuel obligatoire du système antipollution des voitures automobiles légères équipées d'un moteur à allumage commandé, l'entrée en vigueur des prescriptions sur les gaz d'échappement d'après les normes US 83 (catalyseur), les nouvelles valeurs limites du bruit ont eu déjà des répercussions favorables qui devraient se poursuivre à l'avenir. L'activité toujours plus fébrile constatée dans la branche de l'automobile et la pression constante à laquelle est soumise la vente des véhicules ont eu des effets plutôt négatifs pour le Bureau des experts; il a dû faire face à des surcharges de travail qui se manifestaient bien souvent par poussées, occasionnant ainsi des désagréments aussi bien à notre bureau qu'à notre clientèle. De meilleures préparations et références de temps ainsi que des propres prestations accrues des entreprises de la branche automobile contribueraient à une nette amélioration de la situation. Au cours des examens de conducteurs, il est apparu que la formation reçue des auto-écoles devrait être améliorée, en particulier dans les régions de Bienne, du Jura bernois et de la Haute-Argovie. Il semble que, dans ce domaine, la pression de la concurrence suscite de plus en plus la recherche de solutions «bon marché», de sorte que le nombre des élèves conducteurs se présentant à l'examen sans disposer d'une formation suffisante va en s'accroissant. Les moniteurs de conduite devraient en être conscients et agir en conséquence dans leur propre intérêt. Il faudra parvenir à créer une meilleure solidarité professionnelle entre les moniteurs de conduite et à appliquer un système de formation élaboré en détail pour tout le territoire suisse. A l'avenir, les moniteurs de conduite devront soutenir plus amplement la motivation de leurs élèves. Ces efforts vont tendre à former une nouvelle génération d'élèves conducteurs. Les parents ignorent souvent la nécessité d'une formation solide donnée par une auto-école, et qui réponde aux exigences de la circulation routière actuelle. Ces parents comparent et évaluent en effet la formation en matière de conduite de leurs enfants avec celle qu'ils ont reçue il y a 20 ans ou plus et ne prennent pas en considération les changements intervenus entre temps, qui posent des exigences plus élevées.

La halle d'expertise des véhicules de Berne a été rénovée (entre

verhältnisse in den Büros der Experten mit einem zusätzlichen Raum für schriftliche Theorieprüfungen (20 Kandidatenplätze) wesentlich verbessert werden.

Die gesamte Infrastruktur aller Betriebe zeigte während dem ganzen Jahr einen hohen Auslastungsgrad und blieb ohne nennenswerte Verfügbarkeitsausfälle. Erneuerungen von technischen Anlagen der Fahrzeugprüfhalle Thun konnten soweit bearbeitet werden, dass für 1988 die Realisierung in Aussicht steht.

1987 sind 108 556 vom Expertenbüro durchgeführte ganze Fahrzeugprüfungen ausgewiesen, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 15 741 Prüfungen entspricht. Nachkontrollen von beanstandeten Fahrzeugen erfolgten insgesamt 48 810 (Vorjahr 56 853). Der Rückgang ist auf die 42-Stunden-Woche zurückzuführen (weniger verfügbare Arbeitsstunden). Die zur Selbstabnahme von typengeprüften neuen Personenwagen und Motorrädern autorisierten Betriebe des Fahrzeuggewerbes haben 38 665 Neufahrzeuge geprüft. Diese Prüfungen sind gegenüber 1986 um 4226 Einheiten bzw. um 12,2 Prozent angestiegen und decken 81,8 Prozent aller erfolgten Neufahrzeugprüfungen ab.

Im Berichtsjahr wurden 14 887 erstmalige ganze Führerprüfungen (leichte und schwere Motorwagen) abgenommen. Im Vorjahr waren 14 547 solche Prüfungen zu verzeichnen, die Zunahme beläuft sich daher auf 340 Prüfungen. Von den erwähnten 14 887 Prüfungen wurden 8933 auf Anrieb bestanden, was 60,0 Prozent entspricht (1986: 61,1%). Bei den praktischen Führerprüfungen ist die Erfolgsquote gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozent abgesunken, bzw. nahezu unverändert geblieben.

Die theoretischen Führerprüfungen zeigen gegenüber 1986 eine um 1,6 Prozent angestiegene Rückstellungsquote von 17,0 Prozent. Die erwähnten Veränderungen sind einerseits auf weiter erhöhte Prüfungsanforderungen und andererseits darauf zurückzuführen, dass viele Kandidaten ohne genügende Ausbildung die erste Prüfung sozusagen als Versuch ablegen.

Theoretische Führerprüfungen der Kategorie Motorfahrrad erfolgten 5179 (1986: 5680). Zudem wurden 4127 theoretische Führerprüfungen der Kategorie G (landwirtschaftliche Motorfahrzeuge) durchgeführt, gegenüber 4331 solchen Prüfungen im Vorjahr. Die Erfolgsquoten bei den theoretischen Führerprüfungen der Kategorien G und Motorfahrrad waren wieder sehr erfreulich, lagen sie doch bei über 96 bzw. 89 Prozent.

Über die Tätigkeiten der Fahrlehrer und weiterer Ausbilder geben folgende Angaben Auskunft:

	1987	1986
- Von autorisierten Fahrlehrern sind 13 591 Schüler (Vorjahr 13 431) ausgebildet bzw. zur Prüfung gebracht worden. Davon haben 5242 die erste Prüfung nicht bestanden.	= 38,5%	37,6%
- Von ausserkantonalen Fahrlehrern sowie von Betriebsfahrlehrern kamen 347 Schüler (Vorjahr 304) zur Prüfung. Von diesen haben 155 die erste Prüfung nicht bestanden.	= 44,6%	45,4%
- Privatpersonen haben 718 Kandidaten ausgebildet (Vorjahr 599), von denen 378 die erste Prüfung nicht bestanden.	= 52,6%	47,5%
- Von 167 schriftlich abgelehnten Kandidaten (Vorjahr 148) mussten bei der ersten Prüfung 159 zurückgestellt werden.	= 95,2%	95,9%
- Von den 64 Schülern (Vorjahr 65) mit roten Karten (der Fahrlehrer bestätigt damit schriftlich eine Ausbildung von weniger als 10 Lektionen Fahrunterricht) mussten 20 zurückgestellt werden	= 31,2%	40,0%
- Die Rückstellquoten der Teilprüfungen betragen:		
Theorie	= 17,0%	= 15,4%
Manöver	= 14,4%	= 13,5%
Verkehr	= 25,6%	= 26,6%
Praktischer Teil (Verkehr und Manöver)	= 32,8%	= 32,7%

autres un nouveau toit isolé) et pourvue d'une nouvelle piste d'expertise pour motocycles. Les conditions concernant les places de travail des bureaux des experts de la succursale de Thoune ont été nettement améliorées grâce à un local supplémentaire destiné aux examens de théorie écrits (pour 20 candidats).

Un degré élevé d'utilisation de l'infrastructure globale de toutes les exploitations a été enregistré tout au long de l'année sans pannes notables. La planification du renouvellement des installations techniques de la halle d'expertise des véhicules de Thoune permet de prévoir sa réalisation dans le courant de 1988.

Le Bureau des experts a procédé à 108 556 expertises complètes, soit 15 741 de moins que l'année précédente. 48 810 (1986: 56 853) expertises subséquentes de véhicules défectueux ont eu lieu après réclamation. Cette diminution est due à la semaine de 42 heures (capacité de travail réduite). Les entreprises autorisées à expertiser les voitures de tourisme et les motocycles neufs ont contrôlé 38 665 véhicules, soit 4226 (12,2%) de plus que l'année précédente; ce nombre représente le 81,8 pour-cent de toutes les expertises de véhicules neufs.

14 887 examens complets de nouveaux conducteurs ont été enregistrés (voitures automobiles légères et lourdes). 14 547 ont été dénombrés l'année précédente, ce qui donne une augmentation de 340 examens. De ces 14 887 examens, 8933 ont été réussis du premier coup, soit 60,0 pour-cent (1986: 61,1%). Le taux de succès des examens pratiques a baissé de 0,1 pour-cent en comparaison de l'année précédente, il est donc resté pour ainsi dire inchangé.

Le pourcentage d'échecs aux examens théoriques s'est élevé à 17,0 pour-cent, soit une augmentation de 1,6 pour-cent en comparaison de l'année précédente. Ces modifications sont d'une part dues aux exigences plus élevées des examens et d'autre part au fait que de nombreux candidats mal préparés considèrent ce premier examen comme un ballon d'essai.

Il y a eu 5179 (1986: 5680) examens théoriques pour cyclo-moteurs. En outre, 4127 (1986: 4331) examens théoriques pour la catégorie G (véhicules automobiles agricoles) ont été effectués. Le taux de succès des examens théoriques de conducteurs de la catégorie G et de cyclomoteurs était de nouveau fort réjouissant puisqu'il dépassait respectivement 96 et 89 pour-cent.

L'aperçu suivant renseigne sur l'activité des moniteurs de conduite et autres responsables de la formation:

	1987	1986
- 13 591 élèves (1986: 13 431) ont été formés par des moniteurs de conduite autorisés et présentés à l'examen, 5242 d'entre eux ont échoué au premier examen	= 38,5%	= 37,6%
- 347 élèves (1986: 304) ont été présentés à l'examen par des moniteurs d'autres cantons ainsi que par des moniteurs d'entreprise, 155 d'entre eux ont échoué au premier examen	= 44,6%	= 45,4%
- 718 candidats (1986: 599) ont été formés par des particuliers, 378 d'entre eux ont échoué au premier examen	= 52,6%	= 47,5%
- Des 167 élèves (1986: 148) dont la candidature a été refusée par écrit, 159 ont échoué au premier examen	= 95,2%	= 95,9%
- Des 64 candidats (1986: 65) munis de la carte rouge (le moniteur de conduite y confirme par écrit une formation de moins de 10 leçons de conduite), 20 ont échoué au premier examen	= 31,2%	= 40,0%
- Le pourcentage des échecs aux examens partiels se répartit comme suit:		
Théorie	= 17,0%	= 15,4%
Manœuvres	= 14,4%	= 13,5%
Circulation	= 25,6%	= 26,6%
Partie pratique (circulation et manœuvres)	= 32,8%	= 32,7%

Die Arbeiten des Jahres 1987 entfallen vorwiegend auf folgende Prüfungen:

	1987	1986
Führerprüfungen jeglicher Art: Total 76 079 (Vorjahr 75 210) bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	346	342
Fahrzeugprüfungen jeglicher Art: ¹ Total 157 366 (Vorjahr 181 150) bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	715	823
¹ Davon periodische Kontrollen: Total 89 790 (Vorjahr 104 582) bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	408	475

Insgesamt sind 1987 vom Expertenbüro 233 445 Fahrzeug- und Führerprüfungen jeglicher Art durchgeführt worden, bzw. 22 915 weniger als im Vorjahr. Dieser Rückgang wurde durch die 42-Stunden-Woche verursacht (die weggefallenen Arbeitsstunden machten einen Abbau bei den Fahrzeugprüfungen unumgänglich). Die Gebühreneinnahmen sind bei unverändert gebliebenen Gebührenansätzen um 451 606,15 Franken geringer als im Vorjahr. Trotzdem decken die Einnahmen alle Ausgaben des Expertenbüros. Die Eigenwirtschaftlichkeit des Expertenbüros ist daher auch für 1987 wieder ausgewiesen. Auch im Jahre 1987 waren beim Expertenbüro grosse Anstrengungen erforderlich, damit die Kundschaft termingerecht bedient werden konnte. Die Schlussbilanz in allen Bereichen des Amtes darf trotzdem eindeutig positiv gesehen werden.

Les activités principales du Bureau des experts en 1987 peuvent être résumées comme suit:

	1987	1986
Examens de conducteurs pour toutes les catégories: 76 079 au total (1986: 75 210), soit par journée de travail en moyenne	346	342
Expertises de véhicules pour toutes les catégories: 157 366 au total (1986: 181 150), soit par journée de travail, en moyenne dont contrôles périodiques: 89 790 au total (1986: 104 582), soit par journée de travail, en moyenne	715	823
	408	475

233 445 expertises de véhicules et examens de conducteurs au total, regroupant toutes les catégories, ont été effectués au cours de l'année, ce qui représente 22 915 cas en moins que l'année précédente. Cette diminution est due à la semaine de 42 heures; les heures de travail supprimées ont entraîné une réduction inévitable des expertises de véhicules. Les recettes d'émoluments ont baissé de 451 606 francs 15 en comparaison avec l'année précédente, avec des taux d'émoluments inchangés. Elles couvrent tout de même toutes les dépenses du Bureau des experts, ce qui assure à nouveau sa rentabilité pour 1987.

Le Bureau des experts a dû fournir toute l'année de gros efforts afin que sa clientèle soit servie en temps opportun. Les résultats obtenus dans tous les domaines sont malgré tout positifs.

2.8 Polizeikorps

2.8.1 Einleitung

Die Polizei von heute steht vor einer Fülle von Problemen, deren Komplexität mehr als bisher die Entwicklung von polizeistrategischen Konzepten erfordert. Interdisziplinäre Zusammenarbeit gewinnt entscheidend an Bedeutung und führt zu einer Professionalität, die die Kantonspolizei Bern in ihrer Arbeit anstrebt. Die nötigen Reorganisationsmassnahmen bedingen als Grundlage eine Überprüfung nach ganzheitlichen Gesichtspunkten.

Mit RRB Nr. 1986 vom 29. April 1987 wurde dem Polizeikommando des Kantons Bern ein Projektierungskredit von 63 000 Franken für die Durchführung einer Voranalyse zur Überprüfung der Organisationsstruktur bewilligt. Der Auftrag zur Durchführung dieser Voranalyse erging an die Firma «TC Team Consult AG» in Zürich, die bei Analysen im Polizeibereich eine führende Rolle einnimmt.

Im Verlaufe des Sommers 1987 führten die Projektleiter von «TC Team Consult AG» unter Einbezug des Offizierskaders die nötigen Erhebungen durch, erstellten eine Stärken-Schwächen-Voranalyse und formulierten aufgrund eines «Leitbildes 1995» erste Ausführungsstrategien. Die Ergebnisse sind im Schlussbericht vom November 1987 dargestellt, wobei die Voranalyse von Beginn weg ins Konzept des Gesamtprojektes «Effista» (Effizienz- und Effektivitätssteigerung in der Staatsverwaltung) und dessen Zielsetzungen eingegliedert und berücksichtigt wurde. Am 13. November 1987 reichte die Firma «TC Team Consult AG» zudem einen ausführlichen Projektvorschlag für die zweite Phase, die die detaillierte Reorganisationsstudie und die notwendigen konkreten Vorgehensstrategien beinhaltet, ein. Damit sind die Entscheidungsgrundlagen für die eigentliche Überprüfung der Kantonspolizei Bern vollständig.

2.8 Corps de police

2.8.1 Introduction

La police d'aujourd'hui doit faire face à une multiplicité de problèmes, dont la complexité exige un développement accru des concepts de stratégie policière. La collaboration interdisciplinaire prend une importance décisive et mène au professionnalisme, auquel tend la police cantonale bernoise. Les mesures de réorganisation nécessitent à la base un examen de tous les aspects considérés dans leur globalité.

Par l'ACE N° 1986 du 29 avril 1987, un crédit de 63 000 francs a été accordé au Commandement de la police du canton de Berne pour l'exécution d'une analyse préliminaire de la structure d'organisation de la police cantonale. Le mandat concernant cette analyse préliminaire a été confié à la firme «TC Team Consult SA» à Zurich, qui possède déjà une grande expérience dans les analyses du domaine policier.

Au cours de l'été 1987, les responsables de «TC Team Consult SA», en collaboration avec les officiers, ont procédé aux investigations nécessaires, établi une analyse préliminaire, relevé points forts et points faibles et formulé une première stratégie en se fondant sur le «profil 1995». Les résultats figurent dans le rapport final de novembre 1987; dès sa phase initiale, l'analyse préliminaire s'intègre dans le concept du projet global «EFFISTA» (accroissement de l'efficacité de l'Administration cantonale) et tient compte en particulier des objectifs «EFFISTA». Le 13 novembre 1987, la firme «TC Team Consult» a établi une proposition de projet pour la deuxième phase comprenant l'étude détaillée de la réorganisation et l'élaboration des stratégies et des mesures concrètes. Ainsi, les bases décisives de l'analyse proprement dite de la police cantonale sont complètes.

Im Jahre 1987 hatte sich der Personaldienst mit einer ausserordentlich grossen Anzahl Abgängen aus dem Polizeikorps zu beschäftigen. 18 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (1 Offizier, 10 vereidigte Beamte und Beamtinnen, 1 Aspirant und 6 Zivilangestellte) haben ihre Stelle beim Polizeikommando gekündigt, 7 (6 Polizeibeamte und 1 Zivilangestellter) sind verstorben und 15 wurden pensioniert, davon 6 aus gesundheitlichen Gründen vor dem Erreichen der Altersgrenze.

Die Grundausbildung an der 15monatigen Polizeischule erfolgte wiederum deutsch und französisch getrennt. Aspiranten und Aspirantinnen absolvierten das gleiche Programm, welches neuerdings die allgemein-schulischen Fächer an den Anfang nimmt, um in der zweiten Hälfte die spezifisch beruflichen Fächer konzentrierter angehen zu können. Der allgemeine Motorwagenkurs bei der Armee wurde aufgehoben und an dessen Stelle eine gezielte Ausbildung nach individuellen Bedürfnissen eingeführt. Ferner wurde die kriminalpolizeiliche Ausbildung themenkonzentriert und sehr praxisorientiert gestaltet. In der obligatorischen Weiterbildung wurden die psychologischen Kurse zur Vermeidung von Konflikten (sog. TACT-Seminare) mit gutem Erfolg weitergeführt. Erfreulicherweise erfuhr die freiwillige Weiterbildung während der Freizeit neuerdings eine steigende Nachfrage.

Mit der Wiedereröffnung des Polizeipostens in Heimberg sowie mit dem Bezug der beiden Bezirkswachen in Biel und Moutier konnten langgehegte Wünsche verwirklicht werden. Ebenfalls darf die Gesamtrenovation des Bezirksgefängnisses Laufen als gelungen betrachtet werden. Überdies konnte das Bezirksgefängnis Burgdorf den Spazierhof für die Gefangenen in Betrieb nehmen und so die Forderungen der Öffentlichkeit nach menschlicherem Strafvollzug erfüllen.

Für die Bewachungsaufgaben in Gerzensee (Europäische Asylkonferenz) und im Lohn (verschiedene Staatsbesuche) wurden je ein bis zwei Einsatzkompanien eingesetzt. Ein Grossaufgebot war notwendig im Zusammenhang mit dem zweitägigen Pflingstmarsch nach Mühleberg.

Das Detachement Enzian wurde im vergangenen Jahr vermehrt durch die Bundesanwaltschaft für Begleit- und Schutzmassnahmen anlässlich von Besuchen ausländischer Persönlichkeiten angefordert. Ferner wurde das Det E bei insgesamt 138 (130) Valoren-Transporten der Schweizerischen Nationalbank eingesetzt. Die Ehrengarde wurde je dreimal in geschlossener Formation und als Delegation aufgebildet.

Die Stabsstelle Presse und Information hat sich schwerkemässig mit der Problematik der Information in ausserordentlichen Lagen befasst, Erfahrungen ausgewertet und die nötigen Voraussetzungen für eine rasche Bereitschaft vor Ort geschaffen, dies in Absprache mit dem Amt für Information. Sicherergestellt ist ebenfalls die zeitverzugslose Verbreitung von Alarmmeldungen an das Radio. Die ordentliche Informationstätigkeit wurde weiter ausgebaut; so wurden unter anderem rund 400 Pressemitteilungen verfasst, an einer Pressekonferenz über die Themen «Ausbildung» und «Frauen im uniformierten Polizeidienst» orientiert und zahlreiche Anliegen von Medienvertretern erfüllt.

Mit einem «Tag der offenen Tür» in Langnau, Einladungen von Schulklassen aus Randgebieten zur Besichtigung von Polizeieinrichtungen, Führungen, Vorträgen wurde die konkrete Öffentlichkeitsarbeit weitergeführt; dies mit dem Ziel, der Bevölkerung und insbesondere den Jugendlichen einen Einblick in die vielfältige Polizeiarbeit zu geben und einen Beitrag zum Abbau von negativen Vorurteilen zu leisten.

Wie auch die Vorarbeiten der Firma «Team Consult AG» gezeigt haben, weist die interne Information noch Schwächen auf, die im Jahre 1988 gezielt angegangen werden. Auf ein positives Echo ist die ausgebaute Hauszeitung gestossen, die jährlich in acht Ausgaben erscheint.

Au cours de l'exercice, le service du personnel a dû s'occuper d'un nombre particulièrement important de départs au sein du Corps de la police. 18 collaborateurs et collaboratrices ont résilié leur contrat d'engagement (1 officier, 10 fonctionnaires assermentés, 1 aspirant, 6 fonctionnaires civils), 7 sont décédés (6 fonctionnaires de police, 1 fonctionnaire civil) et 15 ont pris leur retraite, dont 6 pour des raisons de santé avant d'avoir atteint la limite d'âge.

D'une durée de 15 mois, la formation de base à l'Ecole de police a de nouveau eu lieu séparément en français et en allemand. Les aspirants et aspirantes suivent le même programme; depuis peu, cet enseignement débute avec les matières scolaires générales afin que la seconde moitié du programme puisse être concentrée sur les branches spécifiquement professionnelles. Le cours du service des automobiles de l'armée a été supprimé et remplacé par une formation répondant aux besoins individuels. D'autre part, la formation au niveau de la police judiciaire a été structurée d'une manière essentiellement thématique tout en procurant une large base pratique. Au niveau de la formation permanente obligatoire, les cours de psychologie pour la maîtrise des conflits (séminaires TACT) ont continué d'être organisés et ont eu de bons résultats. La formation continue facultative pendant les loisirs a joui depuis peu d'une recrudescence d'intérêt.

La réouverture du poste de police à Heimberg ainsi que l'installation dans le corps de garde de Bienne et de Moutier ont permis la réalisation de projets de longue haleine. La rénovation globale de la prison du district de Laufen peut également être considérée comme une réussite. En outre, une promenade a pu être ouverte à la prison du district de Berthoud ce qui permet de répondre aux exigences exprimées par le public demandant un système d'exécution des peines plus humain pour les détenus.

Une à deux compagnies d'intervention ont été mises chaque fois à disposition pour assumer les tâches de surveillance de la Conférence européenne sur l'asile à Gerzensee et de diverses visites d'Etat au «Lohn». Un grand déploiement de forces de police a été rendu nécessaire par la marche de deux jours de Pentecôte sur Mühleberg.

Le Ministère public a requis dans une plus large mesure les services du détachement «Gentiane» pour assurer les tâches d'accompagnement et de protection de personnalités étrangères en visite en Suisse. Ce détachement a en outre accompagné 138 (130) transports d'argent de la Banque nationale suisse. La garde d'honneur a été convoquée trois fois en formation complète et trois fois comme délégation.

Le service d'état-major «Presse et information», d'entente avec l'Office d'information, s'est occupé en premier lieu de l'ensemble des problèmes posés par l'information se rapportant à des événements extraordinaires; il a tiré profit des expériences faites et créé les conditions nécessaires pour une intervention rapide sur les lieux. La diffusion sans perte de temps d'alarmes par la radio est également assurée. Le domaine se rapportant à l'information courante a été développé; environ 400 communiqués de presse ont été entre autres publiés, une conférence de presse a été organisée sur les thèmes «La formation» et «Les femmes en uniforme à la police» et les nombreuses demandes émanant des représentants des mass media ont été satisfaites.

L'information du public a été poursuivie; une journée Portes ouvertes à Langnau, les invitations faites aux classes des régions périphériques pour visiter les installations de police, les visites commentées et les conférences ont servi à donner une vue plus concrète du travail de police à la population et aux adolescents en particulier, tout en contribuant à diminuer les préjugés négatifs.

Comme les travaux préliminaires de la firme «TC Team Consult

Im Berichtsjahr hatte sich der Rechtsdienst wiederum mit einer Vielzahl juristischer Fragen zu befassen und Beschwerden zu behandeln. Feststellbar ist eine gewisse Sensibilisierung der Bevölkerung in Sachen Persönlichkeitsrechte bzw. Datenschutz.

2.8.3. Kriminalabteilung

Im Betäubungsmittelbereich musste insbesondere im schweren Drogenhandel eine Zunahme festgestellt werden. Einige Beispiele zeigen auch, dass die Händler immer grössere Mengen verdealen. So konnte ein Haschisch-Handel zwischen Malaga und der Schweiz, bei dem neben 7 Spaniern und 5 Deutschen auch verschiedene Schweizer beteiligt waren, aufgedeckt werden, in dem es um über 1000 kg Haschisch ging. Leider konnten nur etwa 40 kg beschlagnahmt werden. Im Heroin-Handel sind nach wie vor vor allem Ausländer tätig. Als wichtigste Gruppen konnten einer tunesische Bande der Handel mit 11 kg Heroin nachgewiesen werden sowie eine jugoslawische Gruppe aus dem Raum Kosovo, bei deren Anhaltung neben grösseren Geldbeträgen auch 1,5 kg Heroin sichergestellt wurden, ermittelt werden. Leider muss die bereits im letzten Jahr festgestellte Tendenz, dass Kokain vermehrt auch auf der Gasse erhältlich ist, bestätigt werden. Dass bei dieser Sachlage die Drogentoten von 11 auf 21 für das Kantonsgebiet zunahm, kann nicht erstaunen.

Im Einbruchsektor sind dieses Jahr noch mehr Serientäter ermittelt worden als 1986. Im Vordergrund stehen bei den Tätern einerseits immer noch jugoslawische Banden, andererseits aber auch immer mehr Drogenabhängige.

Wieweit die markante Zunahme der Raubüberfälle (von 54 auf 71) ebenfalls auf die Beschaffungskriminalität zurückzuführen ist, ist unsicher. Tatsache ist aber, dass sich viele Drogenabhängige nicht mehr mit Entreissdiebstählen begnügen und sich auch auf andere Weise Geld zu verschaffen versuchen. Im übrigen ist die Aufklärungsquote bei den Raubüberfällen von rund 50 auf rund 35 Prozent gesunken. Hier wird für das Jahr 1988 ein Schwergewicht zu setzen sein.

Auch im Jahre 1987 konnten sämtliche Tötungsdelikte abgeklärt werden. Beachtung fand vor allem das Auffinden einer Leiche, die während eines Hausneubaus eingemauert worden war.

Am meisten belastet wurde die Kriminalpolizei (und nicht nur sie) ohne Zweifel durch die schweren Brand- und Sprengstoffanschläge im Berner Jura. Gezielte Massnahmen sollen weitere Anschläge verhindern und ermöglichen, dass die Täter gefunden werden können.

Im Bereich Wirtschaftskriminalität darf man von einem guten Jahr 1987 sprechen. Neben der Tatsache, dass mehrere Fälle mit Millionenschäden abgeklärt werden konnten, wirkt vor allem die neue Organisation auf Justizseite für die Polizeibeamten motivierend. Effektiv haben sich die Verstärkung des besonderen Untersuchungsrichteramtes und die Neuorganisation des Wirtschaftskriminalitätsgerichtes sehr positiv ausgewirkt. Längst abhängige Fälle konnten erledigt, neue angepackt werden. Damit dürfte auch der nötige und gewünschte Erfolg in der Prävention erreicht werden. Leider konnte bis heute noch kein geeigneter Bewerber als Offizier und Leiter der «Gruppe Wirtschaftskriminalität» bei der Kriminalabteilung in Bern gefunden werden.

Im Rahmen einer Neuüberprüfung des Aus- und Weiterbildungskonzeptes bei der Kriminalpolizei wurde als erster Schritt der Unterricht an der Polizeischule reorganisiert. Das neue Konzept soll einen koordinierten, praxisbezogenen und stufenberechtigten Unterricht garantieren.

SA» l'ont déjà démontré, l'information interne présente encore des points faibles, qui devront être écartés au cours de 1988. La nouvelle présentation du «Journal de la police cantonale», qui paraît huit fois par an, a trouvé un accueil favorable.

Le Service juridique s'est occupé de multiples questions juridiques et a traité de nombreuses plaintes. On constate une certaine sensibilisation de la population aux droits de la personnalité et à la protection des données.

2.8.3 Police judiciaire

Dans le secteur des stupéfiants, le gros trafic de drogues dures et de drogues douces a particulièrement augmenté. Quelques exemples démontrent bien que les trafiquants écoulent leur marchandise dans des quantités de plus en plus grandes. Un trafic de haschisch dépassant 1000 kg a été découvert entre Malaga et la Suisse; outre sept ressortissants espagnols et cinq allemands, divers Suisses y ont également participé. Malheureusement, seuls 40 kg ont pu être saisis. Ce sont principalement les étrangers qui continuent d'exercer leur activité dans le trafic d'héroïne. Il a été établi que les groupes les plus importants étaient formés par une bande tunisienne contre laquelle on a pu apporter la preuve qu'elle avait participé au trafic de 11 kg d'héroïne et par une bande yougoslave provenant de la région du Kosovo, à laquelle on a confisqué, au moment de son arrestation, des sommes importantes d'argent et 1,5 kg d'héroïne. Malheureusement, la tendance constatée l'année passée, selon laquelle la vente de cocaïne dans la rue est en augmentation, se confirme. Il n'est par conséquent pas étonnant que le nombre de décès dus à la drogue ait passé de 11 à 21 sur le territoire du canton de Berne.

Dans le domaine des cambriolages, le nombre des délinquants ayant commis des délits en série et qui ont été découverts a dépassé celui de 1986. Au premier plan, il s'agit encore des bandes yougoslaves, mais aussi d'un nombre toujours plus élevé de drogués.

On ne peut pas établir avec certitude dans quelle mesure la forte augmentation des agressions (de 54 à 71) est aussi liée à la criminalité due à l'approvisionnement en stupéfiants. Cependant, on constate que de nombreux drogués ne se contentent plus de commettre des vols à l'arraché, mais essayent de se procurer de l'argent par d'autres moyens. Au demeurant, le taux des agressions élucidées a baissé d'environ 50 pour-cent à environ 35 pour-cent. Une attention toute particulière devra être donnée à ce problème au cours de 1988.

Tous les homicides ont pu être élucidés. L'attention a été surtout retenue par la découverte d'un cadavre qui avait été muré lors de la construction d'une nouvelle maison.

Sans aucun doute, la police judiciaire (et pas seulement elle) a été mise le plus fortement à contribution par les graves incendies et attentats à l'explosif perpétrés dans le Jura bernois. Les mesures prises devraient empêcher d'autres attentats et permettre de trouver les auteurs.

L'année a été favorable quant à la criminalité économique. En plus du fait que plusieurs cas représentant des pertes s'élevant à des millions ont pu être éclaircis, les agents de police se sentent motivés par la nouvelle organisation dans le domaine de la justice. Le renforcement des juges d'instruction spéciaux et la nouvelle organisation du Tribunal de la criminalité économique ont donné des résultats très positifs. Des cas en suspens depuis longtemps ont été vidés et des cas nouveaux ont été entrepris. Ceci devrait aussi permettre de mener à bien la prévention dans ce genre de criminalité. Malheureusement, il n'a pas encore été possible de trouver un candidat capable de remplir la fonction d'officier et de chef du «Groupe de la criminalité économique» à la police judiciaire.

Dans le cadre du réexamen du concept de formation de base et de formation continue de la police judiciaire, c'est l'enseigne-

Die zunehmende Regeldichte in der Umweltgesetzgebung hat ihre Auswirkungen auch auf die Kantonspolizei. Einerseits ist die Verwaltung noch nicht in der Lage, den Gesetzen in allen Bereichen Nachachtung zu verschaffen. Andererseits drängen sich wie alle Jahre auch 1987 in ungefähr gleichbleibendem Rahmen Lärmmessungen aus verschiedensten Quellen wie aus Dancing- und Discobetrieben, aus Gewerbe und Industrie, aus der Landwirtschaft, aus Sportanlagen (Motorsport- und Schiessanlagen) und anderen Betrieben auf. Bedingt durch die Tatsache, dass der Bürger hauptsächlich zur Nachtzeit auf Lärm sensibilisiert ist, mussten sich die Lärmfachleute der Verkehrsabteilung ihren Dienst des öfters auch entsprechend einteilen.

2.8.4 Verkehrsabteilung

Ein Hauptanliegen der Verkehrsabteilung war im Berichtsjahr wiederum die Sorge um die Verkehrssicherheit. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wurde in enger Zusammenarbeit mit der Bezirksabteilung versucht, durch noch erhöhte Präsenz von Uniformpolizei, die Strassenbenützer zu korrektem Verhalten auf der Strasse anzuhalten. Während den bereits aus dem Vorjahr bekannten Aktionen «Präventivo» wurde zusätzlich Innendienstpersonal aus den Kommandodiensten und der Verkehrsabteilung mobilisiert und in Uniform an vorderster Front eingesetzt. Dieser vermehrte Einsatz scheint sich gelohnt zu haben, ergaben doch die ersten Hochrechnungen, dass sowohl die Zahl der Unfälle wie jene der Verletzten und Toten im Laufe des Jahres im Kanton Bern abnahm.

Erfahrungsgemäss nützt bei einer bestimmten Anzahl Strassenbenützer der erhobene Mahnfinger der Polizei wenig oder nichts. Aus diesem Grunde und weil zudem vielen Verkehrsunfällen als Ursache übersetzte Geschwindigkeit zugrunde liegt, wurden in die Aktionen auch repressive Massnahmen wie Geschwindigkeitskontrollen, vermehrte Überwachung unfallträchtiger Strassenstrecken usw. einbezogen. Ferner leisten auch Polizeibeamte mit privaten Motorrädern in den Amtsbezirken eine wertvolle Mithilfe bei der Verkehrsüberwachung. Der Polizeimotorradfahrer fällt mit seinem wendigen Fahrzeug im Verkehrsfluss besser auf und trägt auch bei stehender Überwachung des Verkehrs automatisch zur Unfallprävention bei. Die leichte Abnahme der eingereichten Strafanzeigen nach der Strassenverkehrsgesetzgebung von 10 725 auf 10 163 im Jahre 1987 sowie der Rückgang der Einnahmen aus dem Sektor Ordnungsbussen von 2 659 146 Franken auf 2 598 249 Franken dürfte gesamthaft betrachtet doch als Erfolg der vermehrten Präsenz der Uniformpolizei auf den Strassen gewertet werden.

Die Kantonspolizei musste hauptsächlich wegen Angetrunkenheit am Steuer an Ort und Stelle insgesamt 1958 (2035) Führerausweise abnehmen, was einer Verminderung von rund 3,8 Prozent entspricht.

Die Anzahl der Schüler und Schulklassen hat sich während den letzten Jahren nicht wesentlich verändert, so dass auch die Anzahl der Lektionen in Verkehrsunterricht ungefähr gleich blieb (12 065 gegenüber 11 853). Trotzdem wurde dem Verkehrsunterricht in den Schulen wiederum grösste Beachtung geschenkt, um damit nach Möglichkeit verhindern zu können, dass die kleinsten Verkehrsteilnehmer Opfer des Strassenverkehrs unserer Generation werden.

Die in Bern, Biel und Thun stationierten Unfalldienste befassten sich wie immer auch im Berichtsjahr hauptsächlich mit der Tatbestandsaufnahme schwerer oder komplizierter Verkehrsunfälle. Trotz der Abnahme auf dem Unfallsektor waren die

ment à l'école de police qui a été remanié en premier lieu. Cette nouvelle formule doit garantir un enseignement coordonné, pratique et bien échelonné.

L'intensification de la réglementation dans le domaine de la législation sur l'environnement a également des conséquences pour la police cantonale. D'une part, l'administration n'est pas encore en mesure d'observer ces lois dans tous les domaines. D'autre part, comme c'est le cas chaque année, des mesures de bruit ont dû être effectuées dans le même cadre que jusqu'à maintenant; elles concernaient les sources de bruit les plus diverses, telles que les dancings, discos, l'artisanat et l'industrie, l'agriculture, les installations sportives (installations pour le sport motorisé et le tir), etc. Etant donné que la population est particulièrement sensibilisée au bruit nocturne, les spécialistes de la circulation routière ont été bien souvent dans l'obligation d'effectuer leur service en conséquence.

2.8.4 Circulation routière

Un des objectifs principaux du Service de la circulation routière a été, à nouveau, de veiller à la sécurité de la circulation. Il a tenté, avec les moyens dont il dispose et en étroite collaboration avec la police des districts, d'inciter les usagers de la route à se comporter correctement sur la route, en augmentant la présence de forces de police en uniforme. En plus de la campagne «Präventivo» lancée l'année précédente, du personnel interne en uniforme des services du commandement et de la brigade de la circulation routière a été mobilisé et engagé au premier rang. Cet engagement semble avoir eu l'effet escompté; il ressort des premières estimations que le nombre des accidents aussi bien que celui des blessés et des morts a diminué au cours de l'année.

L'expérience a montré qu'un certain nombre d'usagers de la route ne se soucie que fort peu ou pas du tout de l'avertissement donné par la police. C'est pour cette raison et parce que de nombreux accidents sont de plus dus à un excès de vitesse que ces diverses opérations ont été étayées par des mesures répressives telles que les contrôles de vitesse, la surveillance accrue des tronçons de routes présentant des risques d'accidents, etc. En outre, les agents de police munis de motocyclettes privées ont apporté leur précieux concours lors de la surveillance du trafic dans les districts. L'agent de police en motocyclette fait davantage d'impression lorsqu'il se trouve au milieu du trafic avec son véhicule facile à manœuvrer et il contribue automatiquement à la prévention des accidents lorsqu'il effectue son service de planton.

La légère diminution des plaintes en matière de législation sur la circulation routière (1986: 10 725, 1987: 10 163) ainsi que la baisse des recettes dans le secteur des amendes d'ordre, qui ont passé de 2 659 146 à 2 598 248 francs devraient être considérées, dans l'ensemble, comme une réussite due à la présence accrue de la police en uniforme sur les routes.

C'est principalement pour cause d'ivresse au volant que la police cantonale a dû procéder au retrait sur place du permis de conduire (1986: 2035; 1987: 1958), ce qui représente une diminution d'environ 3,8 pour-cent.

Le nombre d'écoliers et de classes d'école n'ayant guère changé au cours de ces dernières années, celui des heures d'éducation routière est resté pour ainsi dire le même (1986: 11 853; 1987: 12 065). Toutefois, la plus grande attention a été prêtée à cette éducation afin d'éviter, autant que possible, que les usagers de la route les plus jeunes deviennent les victimes de la circulation routière de notre génération.

Les brigades des accidents de Berne, Bienne et Thoun se sont chargées principalement de relever les accidents graves et compliqués. Malgré la diminution des accidents, le volume de travail des agents des brigades des accidents est resté com-

Beamten der Unfalldienste in ziemlich gleichbleibendem Ausmass (838 gegenüber 812 Aufnahmen im Jahre 1986) beschäftigt.

2.8.5 Gefängniswesen, Flughafen Belpmoos

Das Regionalgefängnis Bern verzeichnete im Berichtsjahr eine leicht höhere Anzahl von Einweisungen als in den vorangegangenen Jahren. Dies ist zum Teil auf die durch den Neubau bedingte Schliessung des Gefängnisses der Stadtpolizei Bern zurückzuführen. Der durchschnittliche Tagesbestand belief sich auf 94,6 Personen, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme von rund 2,5 Personen entspricht. Der Anteil der Ausländer betrug ca. 30 Prozent.

Nach diversen baulichen Massnahmen wurde auf Frühjahr 1987 ein Beamter auf dem Flughafen Belpmoos fest stationiert. Die Schaffung dieser vollamtlichen Stelle hat sich bis heute gut bewährt.

Durch die im Inselspital untergebrachte Bewachungsstation wurden 770 (800) Inhaftierte zur ärztlichen Behandlung vorgeführt, während total 612 (660) zur Hospitalisierung eingewiesene Gefangene betreut werden mussten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Häftlings betrug zehn (10) Tage.

3. Parlamentarische Vorlagen

3.1 Gesetze

Keine.

3.2 Dekrete

Keine.

3.3 Verordnungen

- Verordnung vom 11. Januar 1978 über die Strassenpolizei und Strassensignalisation; Änderung vom 25. Februar 1987.
- Verordnung vom 24. März 1982 über den Betrieb und Kennzeichnung von Schiffen; Änderung vom 11. November 1987.
- Verordnung vom 10. Dezember 1975 über die Gebühren der Polizeidirektion; Änderung vom 2. Dezember 1987.
- Verordnung vom 2. Dezember 1987 über die Gebühren der Zivilstandsbeamten des Kantons Bern (Totalrevision).
- Verordnung vom 16. Dezember 1987 über die Gebühren in Fremdenpolizeisachen (Totalrevision).
- Verordnung vom 15. Dezember 1906 zum Gesetz betreffend das Bernische Polizeikorps; Aufhebung vom 23. Dezember 1987.

4. Parlamentarische Vorstösse

Die Direktion hat im Berichtsjahr zuhanden des Grossen Rates zu 14 Motionen, 1 Postulat, 22 Interpellationen und 2 Schriftlichen Anfragen Stellung genommen.

parable à celui de l'année précédente (1986: 812; 1987: 838 constats d'accident).

2.8.5 Prisons, aéroport de Berne-Belpmoos

La prison régionale de Berne a enregistré une légère augmentation des entrées en comparaison des années précédentes. Ceci est dû en partie à la fermeture de la prison de la police municipale de Berne pour cause de reconstruction. L'effectif journalier moyen a été de 94,6 personnes, ce qui représente une diminution d'environ 2,5 personnes en comparaison de l'année précédente. Le pourcentage des étrangers s'est élevé à environ 30 pour-cent.

Après l'achèvement de divers travaux de construction, un agent a été stationné définitivement depuis le printemps à l'aéroport de Berne-Belpmoos. Ce poste à plein temps a déjà donné de bons résultats.

770 (800) détenus ont suivi un traitement ambulatoire à la division cellulaire de l'Hôpital de l'île et 612 (660) ont été hospitalisés. La durée moyenne du séjour d'un détenu était de dix (10) jours.

3. Documents soumis au Parlement

3.1 Lois

Aucune.

3.2 Décrets

Aucun.

3.3 Ordonnances

- Ordonnance du 11 janvier 1978 sur la police des routes et la signalisation routière; modification du 25 février 1987.
- Ordonnance du 24 mars 1982 concernant la navigation et les signes distinctifs des bateaux; modification du 11 novembre 1987.
- Ordonnance du 10 décembre 1975 fixant les émoluments de la Direction de la police du canton de Berne; modification du 2 décembre 1987.
- Ordonnance du 2 décembre 1987 sur les émoluments des officiers de l'état civil du canton de Berne; révision totale.
- Ordonnance du 16 décembre 1987 concernant les taxes perçues en matière de police des étrangers; révision totale.
- Ordonnance du 15 décembre 1906 pour l'exécution de la loi concernant le corps de la police cantonale; abrogation du 23 décembre 1987.

4. Interventions parlementaires

Au cours de l'exercice, la Direction s'est prononcée à l'intention du Grand Conseil sur 14 motions, 1 postulat, 22 interpellations et 2 questions écrites.

4.1 **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

4.1.1.1 Motionen

Motion Waber vom 13. Februar 1984 und *Motion Ruf* vom 25. Januar 1984 betreffend Verbot von Automobil- und Motorradrennen im Kanton Bern bzw. Verbot des Gurnigel-Bergrennens:

Der Grosse Rat lehnte im Berichtsjahr eine Revisionsvorlage zum Gesetz über den Strassenverkehr und die Besteuerung der Strassenfahrzeuge mit dem Ziel, für motorsportliche Rennen im Kanton Bern keine Bewilligungen mehr zu erteilen, ab.

Motion Herrmann vom 30. August 1984 betreffend Freihaltung der Alten Aare:

Annahme als Postulat. Der Grosse Rat ist auf das neue Schiffahrtsgesetz, mit welchem man u.a. die gewünschten Grundlagen hätte schaffen wollen, nicht eingetreten. Die Motion ist daher abzuschreiben.

Motion Strahm vom 15. November 1984 betreffend den Schwerverkehr in der Route du Château in La Neuveville:

Annahme als Postulat. Der Baustellenverkehr von und zum Lignièrès-Tunnel der N 5 erfolgt heute nicht mehr auf der fraglichen Route. Der Tunnel ist durchgeschlagen und der vom Motionär beanstandete Schwerverkehr eingestellt. Da zudem die verlangten Vorkehrungen zum Schutze der Fussgänger vor Verkehrsgefahren und der Anstösser vor dem Strassenlärm getroffen worden sind, kann der Vorstoss abgeschrieben werden.

Motion Wenger vom 6. Mai 1985 betreffend Massnahmen gegen die Lärmimmissionen bei der Abnahme von Führerprüfungen für Motorräder, bzw. bei Lernfahrten für angehende Motorradfahrer:

Annahme als Postulat. Für die Realisierung der beschlossenen Lösung wurden im Berichtsjahr neue Funkgeräte beschafft. Deren vollumfänglicher Einsatz wird ab Frühjahr 1988 erfolgen. Der Vorstoss kann somit als erfüllt betrachtet werden.

Motion BUK vom 26. August 1985 betreffend Vergütung an Polizeibeamte:

Hinsichtlich der Forderung b) (Inkonvenienzentschädigungen) fand eine Anpassung statt: der bisherige Steuererlass für Korpsangehörige wurde abgelöst durch eine Entschädigungsregelung für die Bereitstellung von Privatfahrzeugen für den Polizeieinsatz. Die Motion ist in diesem Punkt daher abzuschreiben.

Motion Schmitz vom 29. August 1985 betreffend Lösung des Asylantenproblems:

Annahme als Postulat. Seit der Einreichung des Vorstosses wurde das neue eidgenössische Asylgesetz angenommen und in Kraft gesetzt, im Kanton Bern ein erstes Aufnahmezentrum geschaffen, die Möglichkeiten der Einweisung in Durchgangszentren verbessert usw. Zu Beginn des nächsten Jahres (s. RRB vom 13. Januar 1988) wird der Regierungsrat über die Verteilung der neu ankommenden Asylbewerber an die bernischen Gemeinden Beschluss fassen und eine Aufnahmeverpflichtung von bis zu 0,7 Prozent der Bevölkerung statuieren. Die Ausrichtung von entsprechenden Entschädigungen an die Gemeinden ist vorgesehen. Im Rahmen des revidierten Asylrechts wird der Regierungsrat seine Asylpolitik, wie sie bei der Beantwortung der Motion aufgezeigt und bereits an die Hand genommen worden ist, weiterführen. Aus diesen Gründen kann der Vorstoss abgeschrieben werden.

Motion Weyeneth vom 2. September 1985 betreffend Asylsuchende fremder Kulturkreise:

Annahme als Postulat. Die Arbeitsgruppe «Tamilen» hat ihre Arbeiten in der Zwischenzeit abgeschlossen, und mit dem neuen eidgenössischen Asylgesetz stehen nun die Instru-

4.1 **Motions et postulats classés**

4.1.1 *Motions et postulats réalisés et classés*

4.1.1.1 Motions

Motion Waber du 13 février 1984 – Interdiction des courses automobiles et des courses de motos dans le canton de Berne.

Motion Ruf du 25 janvier 1984 – Interdiction de la course de montagne du Gurnigel:

Au cours de l'exercice, le Grand Conseil a rejeté un projet de révision de la loi sur la circulation routière et l'imposition des véhicules routiers visant à ne plus accorder d'autorisations pour des courses de sport motorisé dans le canton de Berne.

Motion Herrmann du 30 août 1984 – Interdiction de naviguer sur l'ancien cours de l'Aar:

Acceptée sous forme de postulat. Le Grand Conseil n'est pas entré en matière au sujet de la nouvelle loi sur la navigation; celle-ci aurait créé, entre autres, les bases nécessaires pour la réalisation de cette motion, qui doit, par conséquent être classée.

Motion Strahm du 15 novembre 1984 – Trafic poids lourds à la route du Château à La Neuveville:

Acceptée sous forme de postulat. Le trafic de chantier de et jusqu'au tunnel de Lignièrès de la N5 ne se déroule déjà plus sur la route en question. Le tunnel est percé et le trafic poids lourds mis en cause par le motionnaire a cessé. En plus, les mesures demandées pour la protection des piétons contre les dangers de la circulation et pour celle des riverains contre le bruit ayant été prises, cette intervention peut être classée.

Motion Wenger du 6 mai 1985 – Mesures de lutte contre les immissions phoniques produites lors d'examens de conducteur de motocycles ou de courses d'apprentissage pour candidats motocyclistes:

Accepté sous forme de postulat. Les nouveaux équipements radio nécessaires pour exécuter la solution qui avait été décidée ont été achetés au cours de l'exercice. Leur mise en exploitation totale sera effective à partir du printemps 1988. En conséquence, cette intervention peut être considérée comme étant réalisée.

Motion de la Commission d'enquête du 26 août 1985 – Indemnités en faveur des fonctionnaires de police:

En ce qui concerne la demande b) (indemnités pour inconvénients), une adaptation a été réalisée; l'exemption d'impôt pour les membres du corps de police a été remplacée par une réglementation des indemnités versées pour la mise à disposition de voitures privées pour le service de police. Sur ce point, la motion peut donc être classée.

Motion Schmitz du 29 août 1985 – Solution du problème des demandeurs d'asile:

Acceptée sous forme de postulat. Depuis la remise de cette intervention, la nouvelle loi fédérale sur l'asile a été approuvée et est entrée en vigueur, un centre de premier accueil a été ouvert dans le canton de Berne, les possibilités de placement dans les centres de transit ont été améliorées, etc. Au début de l'année prochaine (voir ACE du 13 janvier 1988), le Conseil-exécutif va décider de la répartition des demandeurs d'asile entre les communes bernoises et statuer sur l'obligation de les accueillir jusqu'à concurrence de 0,7 pour-cent de la population. Les communes seront indemnisées en conséquence. Comme mentionné dans sa réponse à la motion en la matière, le Conseil-exécutif va poursuivre sa politique d'asile, comme il l'a déjà fait, dans le cadre de la législation sur l'asile révisée. Pour ces motifs, cette interpellation peut être classée.

Motion Weyeneth du 2 septembre 1985 – Demandeurs d'asile de culture étrangère:

mente, wie sie der Motionär fordert, auch zur Verfügung. Die Motion kann daher abgeschrieben werden.

Motion Seiler vom 11. September 1986 betreffend Abschaffung der Velonummern:

Annahme als Postulat. Die verlangte Überprüfung des Kollektivhaftpflicht-Versicherungsvertrages für Fahrräder und Mofas ist vorgenommen. Es wurden zwei neue Verträge abgeschlossen, wobei sich für die Fahrradhalter in den folgenden Jahren eine wesentlich günstigere Versicherungsprämie als bisher ergeben wird. Die angestrebte Kostensenkung für Fahrradhalter kann damit realisiert werden.

Motion Suter vom 18. November 1986 betreffend Kostenbeiträge von ausserkantonalen Benützern bernischer Anstalten: Mit Bezug auf Punkt 1, der abgeschrieben werden kann, wird auf die vorstehenden Ausführungen zur BUK-Motion verwiesen.

Motion BUK vom 19. Dezember 1986 betreffend kostendeckende Kostgelder im Straf- und Massnahmenvollzug:

Die Polizeidirektion hat den mit der Überweisung der Motion erteilten Auftrag, sich für kostendeckende Kostgelder einzusetzen, erfüllt. Anlässlich der Konkordatskonferenz der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz vom 20. November 1987 wurde zwar einer weiteren Erhöhung der Kostgelder um 3 bis 15 Prozent zugestimmt, der Berner Antrag auf Einführung kostendeckender Kostgelder indessen abgelehnt. Der Kanton Bern hat diesen Kostgeld-Entscheid entweder zu akzeptieren oder aber durch den Grossen Rat den Austritt aus dem Konkordat – gebunden an eine sechsjährige Kündigungsfrist – beschliessen zu lassen. Ein Austritt hätte nun für den bernischen Straf- und Massnahmenvollzug allerdings ausgesprochen unerwünschte Konsequenzen: Er hätte beispielsweise eine Isolation im Vollzugsbereich mit fehlender Einweisungsmöglichkeit in ausserkantonale Anstalten zur Folge, würde den Bau einer Arbeitserziehungsanstalt für junge männliche Erwachsene bedingen und den Wegfall von Bundessubventionen sowie eine starke Verteuerung des Insassenplatzes nach sich ziehen usw.

Motion Merki vom 16. Februar 1987 betreffend Orange vor Grün:

Die vom Motionär verlangte Vervollständigung der Umstellung der Verkehrsampeln auf Orange vor Grün ist bereits zu 95 Prozent vollzogen und wird weitergeführt. Das Motorabstellen vor Lichtsignalanlagen ist in Artikel 34 Absatz 2 der Verordnung vom 13. November 1962 über die Strassenverkehrsregeln (VRV) geregelt. Der Vorstoss kann daher als erfüllt betrachtet werden.

Motion Klopstein vom 19. Mai 1987 betreffend Gebühren der Polizeidirektion, Änderung:

Mit einer entsprechenden, auf den 1. Januar 1988 in Kraft tretenden Änderung der Gebührenverordnung der Polizeidirektion sowie mit der verlangten Orientierung der Schulbehörden durch das Strassenverkehrs- und Schiffsamt kann die Motion abgeschrieben werden.

4.1.1.2 Postulate

Postulat Herrmann vom 30. August 1984 betreffend Schifffahrt auf Fließgewässern:

Die Prüfungsexperten sind im Besitze entsprechender Anweisungen. Es wird zudem versucht werden, die bernische Regelung in die in Vorbereitung stehende Eidgenössische Prüfungsordnung für Schiffsführer einfließen zu lassen. Das Postulat kann daher als erfüllt betrachtet werden.

Acceptée sous forme de postulat. Le groupe de travail «Tammouls» a, entretemps, achevé ses travaux; les instruments demandés par le motionnaire sont devenus disponibles par la promulgation de la nouvelle loi fédérale sur l'asile. En conséquence, la motion peut être classée.

Motion Seiler du 11 septembre 1986 – Suppression des plaques de vélos:

Acceptée sous forme de postulat. Comme demandé, le contrat d'assurance collective responsabilité civile pour les bicyclettes et les cyclomoteurs a été revu. Deux nouveaux contrats ont été conclus, de sorte que les cyclistes bénéficieront ces prochaines années d'une prime d'assurance beaucoup plus avantageuse. La réduction des coûts souhaitée pour les cyclistes sera ainsi réalisée.

Motion Suter du 18 novembre 1986 – Participation aux frais pour les usagers non bernois des établissements cantonaux: Le point 1 pouvant être classé, on est prié de se référer aux considérations ci-dessus se rapportant à la Commission d'enquête.

Motion de la Commission d'enquête du 19 décembre 1986 – Prix de pension couvrant les frais dans le cadre de l'exécution des peines et des mesures:

La Direction de la police a rempli le mandat qui lui avait été confié par l'acceptation de la motion lui demandant d'intervenir afin d'obtenir des prix de pension couvrant les frais. Au cours de la Conférence concordataire des cantons du Nord-Ouest et de Suisse centrale qui s'est tenue le 20 novembre 1987, une nouvelle augmentation des prix de pension allant de 3 à 15 pour-cent a bien été acceptée, mais la proposition du canton de Berne demandant l'introduction des prix de pension couvrant les frais de l'exécution des peines et des mesures a été rejetée. Le canton de Berne ne peut qu'accepter cette décision concernant les prix de pension ou alors faire décréter sa démission du Concordat par le Grand Conseil avec un délai de résiliation de six ans. Une telle démission aurait des conséquences des plus fâcheuses pour l'exécution des peines et des mesures du canton de Berne. Elle provoquerait par exemple un isolement dans le domaine de l'exécution en éliminant les possibilités de placement dans des établissements extra-cantonaux, elle nécessiterait la construction d'un établissement d'éducation au travail pour des jeunes hommes adultes, entraînerait la suppression des subventions fédérales et un fort renchérissement pour chaque place destinée aux détenus, etc.

Motion Merki du 16 février 1987 – Orange avant le vert:

L'achèvement de la transformation des feux de circulation pour qu'ils passent à l'orange avant de devenir verts est déjà exécuté pour le 95 pour-cent et va être poursuivi. L'arrêt du moteur devant les signaux lumineux est déjà réglé à l'article 34, alinéa 2, de l'ordonnance du 13 novembre 1962 sur les règles de la circulation routière (OCR). Cette intervention peut donc être considérée comme étant réalisée.

Motion Klopstein du 19 mai 1987 – Modification des émoluments de la Direction de la police:

L'ordonnance fixant les émoluments de la Direction de la police a été modifiée en conséquence avec entrée en vigueur au 1^{er} janvier 1988; comme demandé, les autorités scolaires en ont été informées par l'Office de la circulation routière et de la navigation. La motion peut être classée.

4.1.1.2 Postulats

Postulat Herrmann du 30 août 1984 – Navigation sur les eaux fluviales:

Les experts chargés de l'inspection des bateaux ont reçu les directives nécessaires. En outre, on s'efforce de faire intégrer la réglementation bernoise dans le règlement fédéral concernant l'examen des conducteurs de bateau. Ce postulat peut ainsi être considéré comme étant réalisé.

Postulat Christen vom 21. Mai 1985 betreffend kein Fahrverbot für Radfahrer auf Wald- und Flurwegen:

Da es nicht in der Kompetenz der kantonalen Behörden steht, die verlangten Weisungen zu erlassen, kann der Vorstoss nicht im Sinne des Postulanten vollzogen werden. Das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ist jedoch sehr bestrebt, Fahrräder überall dort zirkulieren zu lassen, wo es irgendwie verantwortbar ist. In zahlreichen Fällen bereits bewilligte diese Amtsstelle entweder Gesuche seitens von Strasseneigentümern und erteilte die Zustimmung zu einer Ersetzung der entsprechenden Verkehrssignale, oder sie überprüfte von sich aus, ob die in Frage kommenden Strassen den Fahrradfahrern nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt wird dies auch weiterhin tun. Unter diesen Voraussetzungen erscheint es angezeigt, wenn das Postulat abgeschrieben wird.

4.1.2 *Ausserordentliche Abschreibung*

4.1.2.1 Motionen

Motion Lehmann vom 11. November 1974 betreffend Erlass eines Bürgerrechtsgesetzes:

Der Vollzug der Motion hängt von der sich in Revision befindenden Bundesgesetzgebung ab.

Motion Renggli vom 21. November 1979 betreffend Erleichterung für die Teilnahme an Flohmärkten:

Annahme als Postulat. Das Begehren wird bei der Revision des Gewerbegesetzes, die im Gange ist, Berücksichtigung finden. Auf Grund einer geänderten Prioritätenordnung haben diese Arbeiten jedoch eine Verzögerung erfahren. Ein neuer Terminplan liegt noch nicht vor.

4.1.2.2 Postulate

Postulat Aebi vom 17. Mai 1979 betreffend Sportvereine, Bewilligung vereinsinterner Totospiele und Tombolas:

Eine bundesrechtskonforme, der Praxis der Polizeidirektion – als zuständige Bewilligungsinstanz – entsprechende Lösung konnte bisher nicht gefunden werden. Die provisorische Verordnung vom 27. August 1986 über die Verwendung von Lotteriegeldern soll bis Ende 1991 in eine definitive gesetzliche Regelung überführt werden. Auf den gleichen Zeitpunkt ist die Änderung der bernischen Vollziehungsverordnung zum Eidgenössischen Lotteriegesez vorgesehen. Mit diesen Revisionsarbeiten wird auch die Bewilligungspraxis neu überprüft werden.

Postulat Golowin vom 11. September 1979 betreffend Strassenmusik:

Das Begehren wird bei der Revision des Gewerbegesetzes, die im Gange ist, Berücksichtigung finden. Auf Grund einer geänderten Prioritätenordnung haben diese Arbeiten jedoch eine Verzögerung erfahren. Ein neuer Terminplan liegt noch nicht vor.

4.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

4.2.1 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

4.2.1.1 Motionen

Motion Beiner vom 3. September 1984 betreffend Erlass einer kantonalen Taxiverordnung:

Die Vorarbeiten für eine Totalrevision der Taxiverordnung sind

Postulat Christen du 21 mai 1985 – Pas d'interdiction de circuler pour les cyclistes sur les chemins forestiers et ruraux:

Les autorités cantonales n'ayant pas la compétence pour édicter les prescriptions demandées, cette intervention ne peut pas être exécutée dans l'esprit de l'auteur du postulat. L'Office de la circulation routière et de la navigation s'applique à laisser circuler les cyclistes partout où c'est possible. Dans de nombreux cas, cet Office a déjà donné une suite favorable à des requêtes présentées par les propriétaires de routes et autorisé le remplacement de la signalisation routière en question ou examiné de son propre chef si certaines routes pouvaient être mises à la disposition des cyclistes. L'Office de la circulation routière et de la navigation va continuer ses efforts dans cette direction. Dans ces conditions, il semble indiqué de classer ce postulat.

4.1.2 *Classement extraordinaire*

4.1.2.1 Motions

Motion Lehmann du 11 novembre 1974 – Promulgation d'une loi sur l'indigénat:

L'exécution de cette motion dépend de la législation fédérale actuellement en révision.

Motion Renggli du 21 novembre 1979 – Libéralisation de l'organisation des marchés aux puces:

Acceptée sous forme de postulat. La requête sera prise en considération lors de la révision de la loi sur l'industrie actuellement en cours. Les circonstances ayant exigé un ordre des priorités différent, les travaux nécessaires ont subi un retard. Un nouveau calendrier n'a pas encore été établi.

4.1.2.2 Postulats

Postulat Aebi du 17 mai 1979 – Associations sportives; autorisation d'organiser pour elles-mêmes des sport-totos et des tombolas:

Une solution conforme au droit fédéral et correspondant à la pratique de la Direction de la police – en sa qualité d'autorité compétente en matière d'autorisation – n'a pas encore été trouvée. L'ordonnance provisoire du 27 août 1986 réglant l'affectation des recettes de loterie aura sa réglementation légale au plus tard à fin décembre 1991. La modification de l'ordonnance bernoise portant exécution de la loi fédérale sur les loteries est prévue également à ce moment-là; la pratique en matière d'autorisation sera réexaminée lors des travaux de révision.

Postulat Golowin du 11 septembre 1979 – Musique de rue: Cette demande sera prise en considération lors de la révision de la loi sur l'industrie, qui est actuellement en cours. Les circonstances ayant exigé un ordre des priorités différent, les travaux nécessaires ont subi un retard. Un nouveau calendrier n'a pas encore été établi.

4.2 **Réalisation de motions et de postulats adoptés**

4.2.1 *Motions et postulats avec prolongation du délai*

4.2.1.1 Motions

Motion Beiner du 3 septembre 1984 – Ordonnance concernant la détention et la conduite de taxis dans les communes:

Les travaux préparatoires pour la révision totale de cette

im Gange. Ein Revisionsentwurf wird im Jahre 1988 vorgelegt werden.

Motion Leibundgut vom 6. Mai 1985 betreffend Begräbniswesen:

Die Vorarbeiten für eine Totalrevision des Begräbnisdekretes sind im Gange. Ein Revisionsentwurf wird im Jahre 1988 vorgelegt werden.

Motion BUK vom 26. August 1985 betreffend Vergütung an Polizeibeamte:

Das Begehren a) (Wohnungsentschädigungen) wird im Rahmen von Grundsatzabklärungen der Firma Team-Consult, welche die Tätigkeit der gesamten Kantonspolizei überprüft, zu lösen sein. Ein Revisionsentwurf des Ortspolizeidekretes (s. Begehren c) und d)) liegt vor.

4.2.1.2 Postulate

Keine.

4.2.2 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist nicht abgelaufen ist*

4.2.2.1 Motionen

Motion Lutz vom 11. September 1985 betreffend automatische Radarkontrollen auf Autobahnen:

Annahme als Postulat. Die Fragen im Zusammenhang mit Radarkontrollen auf Autobahnen werden weiterhin geprüft. Neue, wirksame Geräte stehen in Entwicklung.

Motion Hurni vom 3. Februar 1986 betreffend Besteuerung von Motorfahrzeugen:

Dieser Vorstoss sollte im Jahre 1988 vollzogen werden können. Eine entsprechende Revisionsvorlage des Dekretes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge steht in Bearbeitung.

Motion Matter vom 20. Februar 1986 betreffend Änderung von Artikel 2.2 des Dekretes über die gewerbmässigen Tanz- und Unterhaltungsbetriebe vom 30. August 1983:

Annahme als Postulat. Eine Arbeitsgruppe bereitet die gewünschte Regelung vor.

Motion Suter vom 18. November 1986 betreffend Kostenbeiträge von ausserkantonalen Benützern bernischer Anstalten: Annahme von Punkt 2 des Vorstosses als Postulat. Die Erhebungen sind im Gange.

Motion Merki vom 17. November 1986 betreffend Schaffung besonderer Vollzugsmöglichkeiten für Halbgefangenschaft:

Annahme als Postulat. Die Abklärungen über Möglichkeiten zur Verbesserung der Platzsituation, allenfalls unter Schaffung weiterer Vollzugsmöglichkeiten ausserhalb der Gefängnisse, sind im Gange.

Motion Suter vom 28. August 1986 betreffend Befreiung Behinderter von der Motorfahrzeugsteuer:

Dieser Vorstoss sollte im Jahre 1988 vollzogen werden können. Eine entsprechende Revisionsvorlage des Dekretes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge steht in Bearbeitung.

Motion Berthoud vom 2. Februar 1987 betreffend Leumundszeugnisse:

Die Ausarbeitung von Vorschriften für das Erstellen von Leumundszeugnissen ist im Gange.

Motion Baumann vom 3. Februar 1987 betreffend Waldschäden: Verdoppelung der Motorfahrzeugsteuern:

Annahme als Postulat. Eine Revisionsvorlage des Dekretes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge steht zurzeit in Bearbeitung.

Motion Matter vom 3. Februar 1987 betreffend Standesinitiative zur Einführung von 12 autofreien Sonntagen pro Jahr und

ordonnance sont en cours. Un projet de révision sera présenté en 1988.

Motion Leibundgut du 6 mai 1985 – Inhumations:

Les travaux préparatoires pour une révision totale du décret concernant les inhumations sont en cours. Un projet de révision sera présenté en 1988.

Motion de la Commission d'enquête du 26 août 1985 – Indemnités en faveur des fonctionnaires de police:

Une solution de la requête a) (indemnités de logement) devra être trouvée dans le cadre des analyses de base de la firme Team Consult, qui a été chargée d'examiner les structures de la police cantonale. Un projet de révision de décret sur la police locale a été élaboré (voir requêtes c) et d)).

4.2.1.2 Postulats

Aucun.

4.2.2 *Motions et postulats dont le délai de deux ans n'est pas encore expiré*

4.2.2.1 Motions

Motion Lutz du 11 septembre 1985 – Contrôles automatiques par radar sur les autoroutes:

Acceptée sous forme de postulat. Les questions relatives aux contrôles radar sur les autoroutes continuent à être examinées. De nouveaux appareils plus efficaces sont en train d'être développés.

Motion Hurni du 3 février 1986 – Imposition des véhicules routiers:

Cette intervention devrait être réalisé en 1988. Un projet de révision y relatif du décret sur l'imposition des véhicules routiers est en élaboration.

Motion Matter du 20 février 1986 – Modification de l'article 2.2 du décret du 30 août 1983 sur l'exploitation à titre professionnel des établissements de danse et de spectacles: Acceptée sous forme de postulat. Un groupe de travail prépare la réglementation demandée.

Motion Suter du 18 novembre 1986 – Participation aux frais pour les usagers non bernois des établissements cantonaux: Le point 2 de cette intervention a été adopté sous forme de postulat. Les études nécessaires sont en cours.

Motion Merki du 17 novembre 1986 – Créer en faveur des personnes condamnées à des peines de semi-détention des conditions d'exécution spéciales:

Adoptée sous forme de postulat. Les investigations sont en cours concernant les possibilités d'améliorer la situation dans le domaine des places carcérales, à la rigueur en créant de nouvelles possibilités d'exécution en dehors des prisons.

Motion Suter du 28 août 1986 – Exonérer de la taxe pour véhicule à moteur les automobilistes handicapés:

Cette intervention devrait être réalisée en 1988. Un projet de révision y relatif du décret sur l'imposition des véhicules routiers est en élaboration.

Motion Berthoud du 2 février 1987 – Certificats de bonnes vie et mœurs:

L'élaboration de prescriptions pour l'établissement de certificats de bonnes vie et mœurs est en cours.

Motion Baumann du 3 février 1987 – Dépérissement des forêts: l'impôt sur les véhicules à moteur doit être doublé:

Adoptée sous forme de postulat. Un projet de révision du décret sur l'imposition des véhicules routiers est actuellement en élaboration.

Motion Matter du 3 février 1987 – Initiative cantonale pour l'introduction de douze dimanches sans voitures par an et

Motion Brüggemann vom 3. Februar 1987 betreffend Standesinitiative für autofreien Bettag:

Die im Rahmen der «Walddebatte» in der Mai-Session 1987 verlangten Standesinitiativen werden zu Beginn des Jahres 1988 gesamthaft eingereicht werden.

Motion Strahm vom 4. Februar 1987 betreffend Erhebung der kantonalen Motorfahrzeugsteuern über den Benzinpreis (Standesinitiative):

Die im Rahmen der «Walddebatte» in der Mai-Session 1987 verlangte Standesinitiative wird zu Beginn des Jahres 1988 eingereicht werden.

Motion Waber vom 16. Februar 1987 betreffend Massnahmen zur beschleunigten Umstellung auf abgasarme Katalysatorfahrzeuge:

Annahme als Postulat. Eine Revisionsvorlage des Dekretes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge steht zurzeit in Bearbeitung.

Motion Schärer vom 18. Februar 1987 betreffend Erhebung einer Umweltabgabe für alle Privatfahrzeuge, welche mit Dieselmotoren betrieben werden:

Annahme als Postulat. Eine Revisionsvorlage des Dekretes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge steht zurzeit in Bearbeitung.

4.2.2.2 Postulate

Postulat Dysli vom 10. September 1986 betreffend Lawinengefahr im Schwefelberggebiet – ungenügende Signalisationen:

Über die Lawinensicherung im Gantrisch- und Schwefelberggebiet wurde eine Studie in Auftrag gegeben. Diese sollte im Verlaufe des Jahres 1988 vorliegen.

Postulat Siegenthaler vom 20. November 1986 betreffend Altersgrenze für Zivilstandsbeamte:

Das Begehren wird bei der Totalrevision des Dekretes über den Zivilstandsdienst Berücksichtigung finden. Die Vorarbeiten sind im Gange.

Postulat Dütschler vom 9. Februar 1987 betreffend Verordnung über Anlagen für die Schifffahrt und den Wassersport:

Nach dem Nichteintreten des Grossen Rates auf ein neues Schifffahrtsgesetz wird geprüft, wieweit dem Begehren des Postulanten entsprochen werden kann.

4.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

4.2.3.1 Motionen

Motion Lutz vom 8. November 1982 betreffend steuerliche Begünstigung von Elektroautos:

Annahme als Postulat. Nach dem heutigen Stand der Technik ist auch in nächster Zeit nicht mit einem Durchbruch bei der Entwicklung von Elektroautos zu rechnen. Deren technische Entwicklung stagniert, weil als Zukunftslösung nicht der direkte elektrische Antrieb, sondern der mit Sonnenenergie zu gewinnende Wasserstoff als Energieträger mit Kraftstoff für Motorfahrzeuge in den Vordergrund getreten ist. Auch für Leichtbau-Elektrofahrzeuge dürfte unter diesen Voraussetzungen eine steuerliche Begünstigung keine grossen Entwicklungen bewirken. Die abschliessende Erledigung des Vorstosses wird bei der in Bearbeitung stehenden Revision des Dekretes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge erfolgen können.

Motion Brüggemann du 3 février 1987 – Initiative cantonale pour un Jeûne fédéral sans voitures:

Les initiatives cantonales présentées lors des débats sur les forêts au cours de la session de mai 1987 seront déposées globalement au début de 1988.

Motion Strahm du 4 février 1987 – Imposition des véhicules routiers par le biais du prix de l'essence (initiative cantonale):

L'initiative cantonale présentée lors des débats sur les forêts au cours de la session de mai 1987 sera déposée au début de 1988.

Motion Waber du 16 février 1987 – Mesures visant à hâter la conversion aux véhicules équipés d'un catalyseur:

Adoptée sous forme de postulat. Un projet de révision du décret sur l'imposition des véhicules routiers est actuellement en élaboration.

Motion Schärer du 18 février 1987 – Taxe d'environnement pour tous les véhicules privés à moteur diesel:

Adoptée sous forme de postulat. Un projet de révision du décret sur l'imposition des véhicules routiers est actuellement en élaboration.

4.2.2.2 Postulats

Postulat Dysli du 10 septembre 1986 concernant les risques d'avalanches dans la région du Schwefelberg – signalisation insuffisante:

Une étude a été commandée en vue de mesures de sécurité dans les régions du Gantrisch et du Schwefelberg. Elle devrait être disponible en 1988.

Postulat Siegenthaler du 20 novembre 1986 concernant la limite d'âge des officiers d'état civil:

Il en sera tenu compte lors de la révision totale du décret sur le service de l'état civil. Les préparatifs sont en cours.

Postulat Dütschler du 9 février 1987 concernant l'ordonnance relative aux installations pour la navigation et les sports nautiques:

Le Grand Conseil ayant refusé d'entrer en matière, on examine les moyens de satisfaire à ce postulat.

4.2.3 *Motions et postulats dont la prolongation du délai est expiré*

4.2.3.1 Motions

Motion Lutz du 8 novembre 1982 – Réduction de l'imposition pour les voitures électriques:

Acceptée sous forme de postulat. L'état actuel de la technique ne laisse pas prévoir, dans un proche avenir, une percée dans le développement des voitures électriques. Ce développement technique est en stagnation, parce que la solution d'avenir ne réside pas dans l'entraînement direct avec l'énergie électrique: c'est l'hydrogène extrait par l'énergie solaire comme carburant pour les véhicules routiers qui a passé au premier plan. Dans ces conditions, une réduction de l'imposition pour les véhicules électriques de construction légère ne devrait pas avoir une grande influence. Cette intervention sera réglée définitivement lors de la révision en cours du décret sur l'imposition des véhicules routiers.

4.2.3.2 Postulate

Keine.

Bern, im April 1988

Der Polizeidirektor: *Hofstetter*

Vom Regierungsrat genehmigt am 4. Mai 1988

4.2.3.2 Postulats

Aucun.

Berne, en avril 1988

Le directeur de la police: *Hofstetter*

Approuve par le Conseil-exécutif le 4 mai 1988

Anhang

Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern

Allgemeines – Arbeitsaufwand

Die Zusammensetzung der verwaltungsunabhängigen Rekursinstanz gegen Verfügungen des Strassenverkehrs- und Schiffahrtsamtes des Kantons Bern betreffend Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern wie auch deren Aufgabenbereich sind im Berichtsjahr – abgesehen von personellen Veränderungen – gleich geblieben. Die fünfköpfige Verwaltungsjustizbehörde (3 Juristen, 1 Verkehrspsychologe, 1 Alkoholfürsorger) entschied an elf Tagessitzungen über 129 Rekurse. Die Verhandlungen werden protokolliert, das Motivieren und die Eröffnung der Entscheide erfolgt durch die juristische Sekretärin der Rekurskommission.

Das Strassenverkehrs- und Schiffahrtsamt entzog im Jahre 1987 3532 Personen den Führerausweis bzw. den Lernfahrausweis für Motorfahrzeugführer oder aberkannte deren ausländischen Ausweis. Verweigert wurde 324 Gesuchstellern die Erteilung bzw. die Wiedererteilung eines Führerausweises für Motorfahrzeuge. Von diesen insgesamt 3856 Betroffenen gelangten 171 an die Rekurskommission. Über 129 Beschwerden, d. h. über 3,3 Prozent der Verfügungen des Strassenverkehrs- und Schiffahrtsamtes, befand schliesslich die Rekurskommission. Ganz oder teilweise gutgeheissen wurden hievon 16 Rekurse, also rund 11 Prozent.

Bei fast einem Drittel der Rekursfälle (33) ging es einmal mehr um Fahren in angetrunkenem Zustand. Auffallend viele (8) Fahrzeugführer wehrten sich dagegen, dass ihnen der Führerausweis wegen Fahrens in nichtfahrfähigem Zustand (kurzes Einnicken am Steuer) mit Selbstunfall entzogen worden war.

Über die Behandlung der Beschwerden ergibt die nachfolgende Aufstellung Auskunft:

Beschwerden

1987 eingegangene Beschwerden	171	
Übertrag von 1986	34	
Total zu behandelnde Beschwerden		205
Zuständigkeitshalber an Strassenverkehrs- und Schiffahrtsamt des Kantons Bern überwiesen	4	
Präsidialverfügungen		
– Nichteintreten	1	
– Abschreibungen	46	47

Annexe

Commission de recours en matière de mesures à l'égard des conducteurs de véhicules

Généralités, travail investi

Il n'y a eu aucune modification, des changements personnels mis à part, dans la composition de l'instance de recours indépendante de l'administration qui statue sur les recours formés contre des décisions de l'Office de la circulation routière et de la navigation du canton de Berne en matière de mesures à l'égard des conducteurs de véhicules; il en va de même dans le domaine d'activité de cette Commission. L'autorité judiciaire administrative composée de cinq membres (trois juristes, un psychologue en matière de circulation et un assistant pour alcooliques) a pris une décision au sujet de 129 recours au cours de 11 séances. La secrétaire juridique de la Commission de recours tient le procès-verbal des débats, motive et notifie les décisions prises.

Au cours de l'exercice, l'Office de la circulation routière et de la navigation a retiré le permis de conduire ou d'élève-conducteur ou a interdit de faire usage d'un permis étranger à 3532 personnes. Il a refusé de délivrer ou de délivrer à nouveau un permis de conduire pour véhicules automobiles à 324 requérants. 171 de ces 3856 personnes concernées ont eu recours à la Commission. En fin de compte, la Commission a statué sur 129 recours, soit 3,3 pour-cent des décisions de l'Office de la circulation routière et de la navigation. 16 recours, environ 11 pour-cent, ont été admis intégralement ou en partie.

Une fois de plus, presque un tiers des recours (33) concernait la conduite en état d'ébriété. Il est frappant de constater le nombre élevé (8) de conducteurs qui se sont opposés au retrait de leur permis pour avoir conduit un véhicule sans être en état de conduire (court assoupissement au volant), provoquant ainsi un accident les impliquant seuls.

Les recours ont été traités comme mentionné ci-dessous:

Recours

Recours interjetés en 1987	171	
Report de 1986	34	
Total des recours à vider		205
Transmis à l'Office de la circulation routière et de la navigation pour des raisons de compétence	4	
Décisions du président		
– non-entrée en matière	1	
– recours rayés des rôles	46	47

244 Polizei

Von der Rekurskommission behandelt			
– Nichteintreten	2		
– ganze oder teilweise Gutheissung	16		
– Abweisung	111	129	
<hr/>			
Nichtbehandelt wegen Unvollständigkeit der Akten oder Eintreffens kurz vor Jahresende		25	
<hr/>			
		205	205

Finanzielles

Für abgewiesene und nur teilweise gutgeheissene Beschwerden sowie für Abschreibungs- und Nichteintretensverfügungen wurden den Beschwerdeführern im Berichtsjahr Verfahrenskosten in der Höhe von 42 770 Franken auferlegt. An die Kommissionsmitglieder sind gemäss Dekret vom 11. Dezember 1985 betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen in der Gerichts- und Justizverwaltung pro 1987 44 279.45 Franken ausbezahlt worden.

Im Namen der Rekurskommission des Kantons Bern für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern

Der Präsident: *Christen*

Police

Recours vidés par la Commission			
– non-entrée en matière	2		
– admis intégralement ou en partie	16		
– rejetés	111	129	
<hr/>			
Recours non vidés, les dossiers étant incomplets ou les recours interjetés peu avant la fin de l'exercice			25
<hr/>			
			205 205

Aspects financiers

Des frais de procédure totalisant 42 770 francs ont été mis à la charge des requérants pour les recours rejetés et admis en partie ainsi que pour les décisions de recours rayés des rôles et celles de non-entrée en matière. En vertu du décret du 11 décembre 1985 concernant les indemnités journalières et de déplacement dans l'administration de la justice et des tribunaux, 44 279 francs 45 ont été versés aux membres de la Commission.

Au nom de la Commission de recours du canton de Berne en matière de mesures à l'égard des conducteurs de véhicules

Le président: *Christen*